



Beteiligungsbericht

**Gemeinde Arnsdorf
für das Berichtsjahr 2024**

Stand 31.12.2024
(Stand KBO 31.08.2024)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1 Beteiligungsübersicht gemäß § 99 Abs. 2, Nr. 1 SächsGemO.....	4
2 Übersicht über die Finanzbeziehungen der Gemeinde Arnsdorf zu den Unternehmen und Zweckverbänden gemäß § 99 Abs. 2, Nr. 2 SächsGemO.....	5
3 Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen und Zweckverbände gemäß § 99 Abs. 1, Nr. 3 SächsGemO	6
4 Unternehmen und Zweckverbände im Einzelnen.....	7
4.1 KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost.....	7
4.2 Zweckverband Bischofswerda – RÖDERAUE	9
4.3 Abwasserzweckverband „Obere Röder	10
4.4 Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen	11
4.5 Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden	12
5 Anlagen.....	14
5.1 Anlage zu Punkt 4.1 Beteiligungsbericht KBO 01.09.2023 bis 31.08.2024	14
5.2 Anlage zu Punkt 4.2 Beteiligungsbericht ZBR für das Jahr 2024	69
5.3 Anlage zu Punkt 4.3 Beteiligungsbericht AZV für das Jahr 2024	87
5.4 Anlage zu Punkt 4.4 Beteiligungsbericht KISA für das Jahr 2024	100
5.5 Anlage zu Punkt 4.5 Beteiligungsbericht SKSD für das Jahr 2024	158

Vorwort

Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts, ungeachtet der Rechtsform, unmittelbar oder mittelbar beteiligen. Mit dem jährlichen Beteiligungsbericht wird ein Überblick über die wirtschaftlichen Daten sowie die Entwicklung der Beteiligungen an Unternehmen und Zweckverbänden, auf Grundlage der geprüften Jahresabschlüsse, für das jeweilige Geschäftsjahr gegeben.

Auf diese Weise wird der Informationspflicht, gegenüber Gemeinderäten, den Bürgern sowie der Rechtsaufsichtsbehörde Rechnung getragen. Die Berichterstattung umfasst die Beteiligungsübersicht, die Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen sowie dem Lagebericht, welcher den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen darstellen. Die im Bericht enthaltenen betriebswirtschaftlichen Daten sind den Jahresabschlüssen und den Meldungen des Jahres 2024 entnommen.

Rechtliche Grundlage für den Beteiligungsbericht bildet § 99 Sächsische Gemeindeordnung. Dementsprechend ist dem Gemeinderat, jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres, ein Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

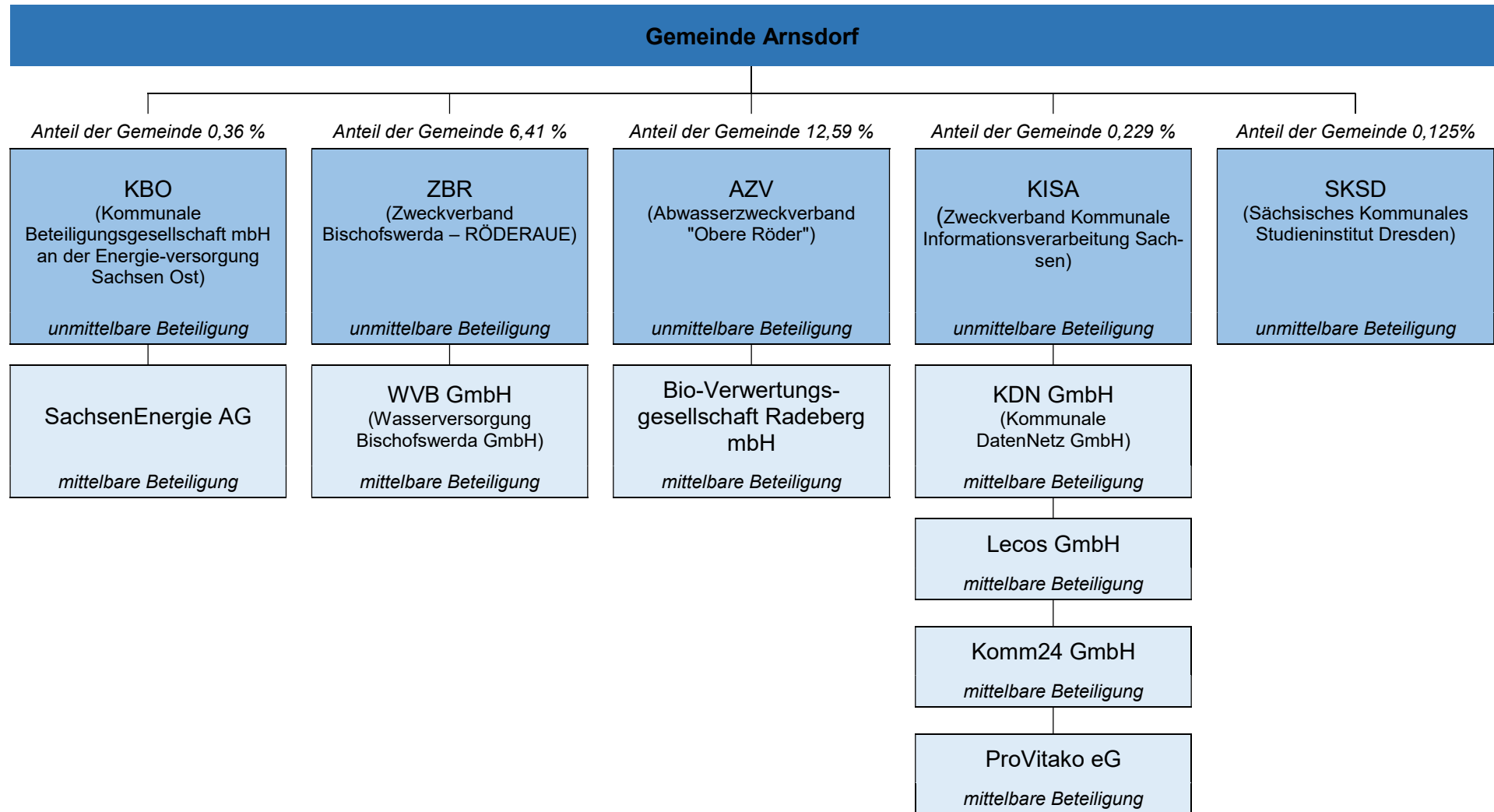
Arnsdorf, 27.03.2026



Frank Eisold
Bürgermeister

1 Beteiligungsübersicht gemäß § 99 Abs. 2, Nr. 1 Sächsische Gemeindeordnung

Organigramm der mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen der Gemeinde Arnsdorf



2 Übersicht über die Finanzbeziehungen der Gemeinde Arnsdorf zu den Unternehmen und Zweckverbänden gemäß § 99 Abs. 2, Nr. 2 Sächsische Gemeindeordnung

Name der Gesellschaft/ des Zweckverbandes	Stammeinlage / Haftungskapital			Verlustabdeckung und sonstige Zuschüsse aus dem Gemeinde- haushalt, Umlagen 2023 in T€	Gewinnabführun- gen an die Gemeinde 2023 in T€	Bürgerschaften sonst. Gewährleis- tungen der Gemeinde 2023 in T€	Sonstige gewährte Vergünstigungen 2023 in T€
	Gesamt in T€	2023 Gemeindeanteil in T€	in %				
Gesellschaften							
KBO	20.144,18	72,15	0,36	0	24,29	0	0
Zweckverbände Ver- und Entsorgung							
ZBR	0	0	0	0	0	499	0
AZV	0	0	0	490	0	0	0
Zweckverbände Sonstige							
KISA	0	0	0	0	0	0	0
SKSD	0	0	0	0,31	0	0	0

3 Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen und Zweckverbände gemäß § 99 Abs. 1, Nr. 3 Sächsische Gemeindeordnung

Die Gemeinde Arnsdorf hat vielfältige Aufgaben der Daseinsfürsorge, der Ver- und Entsorgung sowie der Wirtschafts- und Kulturförderung zu erfüllen. Sie bedient sich sowohl privaten Unternehmen als auch Zweckverbänden. Eigenbetriebe führt die Gemeinde Arnsdorf nicht.

Die **KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost** hält eine Beteiligung in Höhe von 16,42 % an der SachsenEnergie AG und nimmt alle sich aus dieser Beteiligung ergebenden Rechte und Pflichten wahr.

Die Gemeinde ist mittelbar an der SachsenEnergie AG beteiligt. Diese Beteiligung ist auf den Besitz von Aktien zurückzuführen, welche die KBO (als Vermögensverwalter) gegenüber dem Aufsichtsrat der SachsenEnergie AG für die Gemeinde verwaltet. In der Hauptversammlung der SachsenEnergie AG ist die Ausschüttung der Dividende für das Geschäftsjahr 2024 festgelegt, wobei die KBO entsprechend ihrer Beteiligungsquote und folgend die Gemeinde entsprechend ihrem Anteil eine Dividende in Höhe von 24.292,90 € erhalten hat.

Der Anteil der Gemeinde Arnsdorf an der KBO beläuft sich auf 0,36 %.

Der **Zweckverband Bischofswerda – RÖDERAUE** ging aus der Vereinigung des Zweckverbandes Wasserversorgung Bischofswerda und des Trinkwasserzweckverbandes RÖDERAUE hervor und ist mit 100 % Geschäftsanteilen unmittelbar an der Wasserversorgung Bischofswerda GmbH beteiligt. Das Stammkapital der WVB GmbH beträgt 200 T€ und zum 31.12.2024 ist ein positives Jahresergebnis in Höhe von 619 T€ ausgewiesen.

Die Gemeinde Arnsdorf hält eine unmittelbare Beteiligung von 6,41 % Anteilen an dem ZBR.

Der **Abwasserzweckverband „Obere Röder“** hat als Teilzweckverband die Aufgabe, einen Teil der den Gemeinden obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht zu erledigen. Satzungsgemäß strebt der Verband keine Gewinne an und finanziert sich hauptsächlich für die nicht durch Zuschüsse Dritter (Fördermittel) gedeckten Kosten über die Erhebung von Betriebskosten- und Kapitalumlagen von den Mitgliederkommunen. Durch die Vereinbarung zur Betriebsführung der Ortsnetze, seiner zwei Betriebe gewerblicher Art (Bio-Verwertungsgesellschaft und BgA Leistungen für fremde Dritte) und die Annahme von Fäkalien/Abwasser aus Fremdgebieten werden zusätzlich Deckungsbeiträge erwirtschaftet, die zur Finanzierung des AZV beitragen und die Mitglieder entlasten. Die endgültigen Umlagen werden mit Feststellung des Jahresabschlusses 2024 bei den Mitgliedsgemeinden im Folgejahr erhoben. Gegenüber der Gemeinde Arnsdorf in 2024 eine Betriebskostenumlage AZV in Höhe von 490.463,00 € erhoben worden.

Mit der im Entsorgungsbereich tätigen Nehlsen-Gruppe gründete der AZV die Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH und hält 51 % der Gesellschaftsanteile.

Der prozentuale Anteil der Gemeinde Arnsdorf am AZV liegt bei 12,59 %.

Die Gemeinde Arnsdorf ist Verbandsmitglied im **Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA**, wobei die KISA auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit arbeitet. Neben den 276 Verbandsmitgliedern betreut KISA viele weitere Kunden, darunter insbesondere kommunale Einrichtungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Mitteldeutschland. Die Gemeinde Arnsdorf nutzt die Softwareanwendungen im Finanz-, Personal-, Melde- und Ordnungswesen.

KISA hält vier Beteiligungen, an welchen die Gemeinde Arnsdorf mittelbar beteiligt ist. Dies sind die Beteiligungen an der KDN GmbH mit 100 % Anteil, an der Komm24 GmbH mit 20 % Anteil und an der Lecos GmbH mit 10 % Anteil sowie 10 Geschäftsanteilen an der ProVitako eG.

Auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende ein positives Ergebnis von 264.085,38 € und liegt deutlich über dem Planansatz, sodass im Geschäftsjahr 2024 keine Umlagen erhoben wurden.

Zum Stichtag 31.12.2024 beträgt der Anteil der Gemeinde Arnsdorf an der unmittelbaren Beteiligung der KISA 0,229 %.

Dem **Sächsischen Kommunalen Studieninstitut Dresden** obliegt die Aus- und Fortbildung vor allem der Beschäftigten der Verbandsmitglieder einschließlich der Abnahme der Prüfungen sowie die Vertretung der Kommunen in Fachgremien der Aus- und Weiterbildung. Der Zweckverband SKSD kann gemäß § 14 Abs. 1c der Satzung des Zweckverbandes eine Umlage pro Verbandsmitglied erheben. Die Gesamthöhe der Mitgliederumlage für 2024 beträgt 251.460 € und wird auf die Gesamtzahl aller Mitglieder umgelegt. Für 2024 hat die Gemeinde eine Umlage in Höhe von 314,33 € gezahlt.

Die Gemeinde Arnsdorf ist Mitglied im Zweckverband mit einer Beteiligungsquote in Höhe von 0,125 %.

4 Unternehmen und Zweckverbände im Einzelnen

4.1 KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost

Die Gesellschaft wurde am 08.09.1995 unter der Firma „Kommunale Beteiligungsgesellschaft an der Energieversorgung Sachsen Ost mbH“ gegründet und am 18. November 2008 in „KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost“ umfirmiert.

Die Gemeinde Arnsdorf ist unmittelbare an der KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost mit 0,36 % Anteilen beteiligt.

Beteiligungsübersicht

Name:	KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost
Sitz:	01855 Sebnitz, Kirchstraße 5
Geschäftsadresse:	01844 Neustadt in Sachsen, Dresdener Straße 48
Telefon:	03596/561240
E-Mail:	kbo@kbo-online.de
Rechtsform:	GmbH
Handelsregister:	Amtsgericht Dresden, Abteilung B, Nr. 12833
Gegenstand des Unternehmens:	Halten und Verwalten von Beteiligungen, insbesondere an der ENSO Energie Sachsen Ost AG, und die Wahrnehmung aller Rechte und Pflichten, die sich aus der Beteiligung an dieser Gesellschaft ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und aktienrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Gesellschafter.
Stammkapital:	20.144.184 €
Anteil Gemeinde:	0,36 %

Finanzbeziehungen

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Gemeinde und Gesellschaft

Leistungen der Gesellschaft an die Gemeinde Arnsdorf	in T €
Gewinnabführungen	24,29
Leistungen der Gemeinde Arnsdorf an die Gesellschaft	
Laufende Umlagen	0
Investive Umlagen	0
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0
Sonstige Vergünstigungen	0
Sonstige Zuschüsse	0

Lagebericht

Die KBO hält eine Beteiligung in Höhe von 16,42 % an der SachsenEnergie AG und nimmt alle sich aus dieser Beteiligung ergebenden Rechte und Pflichten wahr. Die KBO besitzt 675.769 Aktien an der SachsenEnergie AG. Davon werden 3.884 Aktien von der KBO treuhänderisch für 4 Kommunen verwaltet.

An der KBO sind 146 Gesellschafter (ohne KBO) beteiligt. Das Stammkapital beträgt 20.144.184 €. Die KBO hält eigene Anteile von 383.500 €.

Ertragslage - Im Geschäftsjahr 2023/2024 hat die KBO einen Jahresüberschuss in Höhe von 13.916,8 T€ erzielt. Das Ergebnis wird maßgeblich von den Beteiligungserträgen aus der Festen Ausgleichszahlung der SachsenEnergie AG bestimmt. Die KBO erhielt entsprechend ihrer Aktienzahl eine Zahlung von 14.667,3 T€. Dies entspricht der vertraglich vereinbarten Festen Ausgleichszahlung von 21,83 € je Aktie.

Finanzlage – Für das Geschäftsjahr 2023/2024 betrug der Finanzmittelbestand am 31.08.2024 15.643 T€.

Die Finanzierungstätigkeit im Geschäftsjahr betrifft die Auszahlung an Gesellschafter in Höhe von 9.474 T€ sowie die planmäßige Tilgung für den Kaufpreis der zugekauften Aktien in Höhe von 3.818 T€.

Die Verschuldung ist im Geschäftsjahr aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Finanzmittelbestandes sowie der um die Tilgung verringerten Verbindlichkeiten gesunken. Die kurzfristige Liquidität ist aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Finanzmittelbestandes gestiegen. Die Liquidität war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Vermögenslage - Die Bilanzsumme der KBO beträgt 111.017 T€. Diese ist im Vergleich zum Vorjahr um 574 T€ angestiegen. Das Anlagevermögen beträgt unverändert zum Vorjahr 95.347 T€ und besteht im Wesentlichen aus Finanzanlagen (Beteiligung an der SachsenEnergie AG).

Das Eigenkapital beträgt 57.362 T€ und ist im Vergleich zum Vorjahr um 4.443 T€ angestiegen. Der Anstieg betrifft den Jahresüberschuss des Berichtsjahres abzüglich der Gewinnausschüttung des Vorjahres. Die Eigenkapitalquote hat sich entsprechend von 48 % im Vorjahr auf 52 % erhöht.

Gesamtaussage - Der Geschäftsverlauf der KBO ist maßgeblich mit der Entwicklung der SachsenEnergie AG verknüpft. Die SachsenEnergie AG erzielte im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von 142 Mio. € (Vj. 79 Mio. €). Der Jahresüberschuss wurde zur Stärkung der Eigenkapitalquote vollständig der Gewinnrücklage zugeführt. Die Feste Ausgleichszahlung an die KBO betrug 21,83 €/Aktie und bestimmt damit den im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Beteiligungsertrag in Höhe von 14.667 T€. Der Beteiligungsertrag bestimmt im Wesentlichen das Jahresergebnis der KBO.

Beteiligungsbericht der Gesellschaft

Der Beteiligungsbericht liegt vor und ist in Anlage, Punkt 5.1 einzusehen.

4.2 Zweckverband Bischofswerda – RÖDERAUE

Der Zweckverband Bischofswerda – RÖDERAUE ging aus der Vereinigung des Zweckverbandes Wasserversorgung Bischofswerda und des Trinkwasserzweckverbandes RÖDERAUE hervor, wurde zum 03.03.2006 gebildet und ist zu 100 % an dem privaten Unternehmen Wasserversorgung Bischofswerda GmbH unmittelbar beteiligt. Die WVB GmbH als Eigengesellschaft des ZBR erbringt im Rahmen eines Ver- und Entsorgungsvertrages Leistungen zur Erfüllung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungspflicht des ZBR.

Beteiligungsübersicht

Name:	Zweckverband Bischofswerda - RÖDERAUE
Anschrift:	01877 Bischofswerda, Belmsdorfer Straße 27
Telefon:	03594 / 777-0
E-Mail:	info@wvbiw.de
Rechtsform:	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gegenstand des Unternehmens:	Öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserbeseitigung gemäß Sächsisches Wassergesetz (SächsWG)
Anteil Gemeinde:	6,41 %
Stammkapital:	Der ZBR ist an der WVB GmbH mit 100 % beteiligt. Diese hat ein Stammkapital in Höhe von 200.000 €.

Finanzbeziehungen

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Gemeinde und Zweckverband

Leistungen des Zweckverbandes an die Gemeinde Arnsdorf	in T €
Gewinnabführungen	0
Leistungen der Gemeinde Arnsdorf an den Zweckverband	
Laufende Umlagen	0
Investive Umlagen	0
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	499
Sonstige Vergünstigungen	0
Sonstige Zuschüsse	0

Lagebericht

Der Lagebericht wird entsprechend der Berichterstattung der Wasserversorgung Bischofswerda dargelegt.

Ertragslage - Die Ertragslage wird zum 31.12.2024 mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 619 T€ ausgewiesen. Dabei erhöht sich die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 648 T€ auf 11.327 T€.

Finanzlage - Die Finanzlage ist unverändert als stabil zu bezeichnen. Die Entwicklung des Eigenkapitals ist weiterhin positiv zu bewerten. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich im Berichtsjahr auf 61,7 %. Das langfristige Vermögen ist fristkongruent finanziert. Die Liquidität III nahm, aufgrund des im Vorjahresvergleich höheren Jahresergebnisses zum Bilanzstichtag auf 290,7 %, zu.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2024 jederzeit gegeben.
 Vermögenslage - Die Vermögenslage ist durch einen Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme von 85,0 % geprägt. Den Investitionen im Berichtsjahr in Höhe von 1.805 T€ stehen Abgänge in Höhe von 1 T€ sowie planmäßige Abschreibungen von 3.274 T€ entgegen.

Beteiligungsbericht des Zweckverbandes

Der Beteiligungsbericht liegt vor und ist in Anlage, Punkt 5.2 einzusehen.

4.3 Abwasserzweckverband „Obere Röder

Seit der Gründung des **Abwasserzweckverband „Obere Röder“** ist die Gemeinde Arnsdorf Mitglied.

Beteiligungsübersicht

Name: Abwasserzweckverband „Obere Röder“
 Anschrift: 01454 Radeberg, An den Drei Häusern 14
 Telefon: 03528 / 433-30
 E-Mail: info@zv-radeberg.de
 Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts – Eigenbetrieb
 Gegenstand des Unternehmens:
 Der AZV hat als Teilzweckverband die Aufgabe, einen Teil der den Gemeinden nach dem SächsWG obliegenden Abwasserbeseitigungspflichten zu erledigen. Weitere Verbandsaufgaben sind die Errichtung und der Betrieb von Kläranlagen sowie der Bau und der Betrieb von Hauptsammlern, Pumpwerken, Regenüberlaufbecken und Messschächten.

Anteil Gemeinde: Die Gemeinde Arnsdorf, mit ihren Ortsteilen, besitzt derzeit einen Anteil von 12,59 %.
 Der Anteil des AZV an der Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg GmbH beträgt 51 %. Die Gemeinde Arnsdorf ist mittelbar an der Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg GmbH beteiligt.

Finanzbeziehungen

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Gemeinde und Zweckverband

Leistungen des Zweckverbandes an die Gemeinde Arnsdorf	in T €
Gewinnabführungen	0
Leistungen der Gemeinde Arnsdorf an den Zweckverband	
Laufende Umlagen	490
Investive Umlagen	0
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0
Sonstige Vergünstigungen	0
Sonstige Zuschüsse	0

Lagebericht

Auch im Jahr 2024 waren im Bereich der Abwasserentsorgung Preissteigerungen im bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen zu verzeichnen. Grundsätzlich positiv zu bewerten war die rückläufige Inflationsrate im Jahr 2024 gegenüber 2023, aber auch diese führte zu Verteuerungen.

Ertragslage - Nach Satzung des AZV erstrebt der Zweckverband keinen Gewinn an. Da der AZV ein Teilzweckverband ist, finanziert sich der Verband hauptsächlich für die nicht durch Zuschüsse Dritter (Fördermittel) gedeckten Kosten über die Erhebung von Betriebskosten- und Kapitalumlagen von den Mitgliedskommunen. Entsprechend der durch das LRA Bautzen genehmigten Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2024 ist ein Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.063.409 € festgesetzt. Durch Vereinbarungen zur Betriebsführung der Ortsnetze, seiner Betriebe gewerblicher Art und die Annahme von Fäkalie/Abwasser aus Fremdgebieten werden zusätzlich Deckungsbeiträge erwirtschaftet, die zur Finanzierung des AZV beitragen und die Mitglieder entlasten.

Finanzlage - Die Finanzlage weist zum 31.12.2024 einen Bestand an liquiden Mitteln in Höhe von 3.162 T€ aus. Für das Jahr 2024 waren Ersatzinvestitionen in Höhe von 417 T€ geplant, davon entfielen 55 T€ auf Investitionen aus Vorjahren. Es wurden Ersatzinvestitionen im Wert von 94 T€ vorgenommen. Die Zahlungsfähigkeit des AZV war während des gesamten Wirtschaftsjahres gewährleistet. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen.

Vermögenslage – Die wesentlichen Vermögenswerte sind Sachanlagen sowie liquide Mittel. Der Eigenkapitalanteil liegt bei 94,4 % (i. Vj. 92,6 %) unter Einbeziehung des Sonderpostens. Das Fremdkapital besteht zu 81,2 % aus Finanzkrediten (zwei Tilgungsdarlehen) mit Zinssätzen von 1,40 % bis 4,04 %, mit einer Laufzeit für die Zinsbindung von 2026 bis 2031. Die übrigen 18,8 % des Fremdkapitals resultieren aus geschäftstypischen Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr.

Beteiligungsbericht des Zweckverbandes

Der Beteiligungsbericht liegt vor und ist in Anlage, Punkt 5.3 einzusehen.

4.4 Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen

Die Gemeinde Arnsdorf ist Mitglied im Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen.

Beteiligungsübersicht

Name:	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
Anschrift:	Geschäftsstelle Leipzig, Eilenburger Straße 1a, 04317 Leipzig
Telefon:	0351/86652-120
E-Mail:	post@kisa.it
Rechtsform:	Körperschaft des öffentlichen Rechts - Zweckverband
Gegenstand des Unternehmens:	Der Zweckverband stellt Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung.
Anteil Gemeinde:	0,229 % Die KISA ist an der KDN GmbH mit 100 %, an der Lecos GmbH mit 10% und an der Komm24GmbH mit 20% beteiligt. Weiterhin bestehen 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

Finanzbeziehungen

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Gemeinde und Zweckverband

Leistungen des Zweckverbandes an die Gemeinde Arnsdorf	in T €
Gewinnabführungen	0
Leistungen der Gemeinde Arnsdorf an den Zweckverband	
Laufende Umlagen	0
Investive Umlagen	0
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0
Sonstige Vergünstigungen	0
Sonstige Zuschüsse	0

Lagebericht

Die Verbesserung der Servicequalität, eine gute Erreichbarkeit und beschleunigte Reaktions- und Lösungszeiten waren für KISA im Jahr 2024 ein herausforderndes Thema. KISA unterstützte die Kunden bei der Durchführung der EU- und Kommunalwahlen. Die angekündigte Umstellung der KISA-Kunden auf IFRweb/H2R wurde im Jahr 2024 planmäßig vorbereitet, wobei die Inbetriebnahme noch nicht abgeschlossen werden konnte.

Die Produktlinie VOIS wurde wie beabsichtigt in 2024 um das Verfahren VOIS|GESO erweitert und die Umstellung der Kunden aus dem bisherigen Verfahren GEVE 4 läuft an. VOIS|OWI wird voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2026 bereitgestellt.

Nach einjähriger Vorbereitungsphase ist im Jahr 2024 das Projekt eAkte mit der Landeshauptstadt Dresden mit einer vertraglichen Laufzeit bis Juni 2025 gestartet. Ziel des Projektes ist die Ausstattung von ca. 12 Ämtern der Landeshauptstadt Dresden mit dem Programm VIS Smart Client und damit letztlich mit einer reinen digitalen Bearbeitung von Vorgängen.

Ertragslage – Zum Jahresende 2024 entstand ein positives Jahresergebnis von 264 T€. Es wurden keine Umlagen erhoben und die Ertragslage ist weiterhin gesichert.

Finanzlage – Die Liquidität ist im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr etwas gesunken. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Vermögenslage – Die Bilanzsumme in Höhe von 17.027 T€ ist zum Vorjahr (15.858 T€) um 7 % erhöht.

Beteiligungsbericht des Zweckverbandes

Der Beteiligungsbericht liegt vor und ist in Anlage, Punkt 5.4 einzusehen.

4.5 Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden

Weiterhin ist die Gemeinde Arnsdorf Mitglied im Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden.

Beteiligungsübersicht

Name: Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden

Anschrift: An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden

Telefon: 0351/438 35-12

E-Mail: sekretariat@sksd.de

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegenstand des Unternehmens:

Dem SKSD obliegt die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten der Verbandsmitglieder, einschließlich der Abnahme der

Prüfungen sowie die Vertretung der Kommunen in Fachgremien der Aus- und Weiterbildung.

Anteil Gemeinde: Die Gemeinde Arnsdorf besitzt derzeit, bei einer Beteiligungsquote von 0,125 %, ein Stimmrecht 2024 in Höhe von 0,719 %.

Finanzbeziehungen

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Gemeinde und Zweckverband

Leistungen des Zweckverbandes an die Gemeinde Arnsdorf	in T €
Gewinnabführungen	0
Leistungen der Gemeinde Arnsdorf an den Zweckverband	
Laufende Umlagen	0,31
Investive Umlagen	0
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0
Sonstige Vergünstigungen	0
Sonstige Zuschüsse	0

Lagebericht

Ertragslage - In der Ertragslage wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 100,2 T€ ausgewiesen, welcher auf die laufende Rechnung vorgetragen werden soll. Haupteinnahmequelle des SKSD sind die Entgelte der Aus- und Fortbildung.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur zeigt einen Eigenkapitalanteil in Höhe von 40,35 % und weist in der Finanz- und Liquiditätsstruktur eine Anlagendeckung II in Höhe von 988,93 % aus, wobei eine Liquidität 2. Grades in Höhe von 148,39 % erreicht wird.

Beteiligungsbericht des Zweckverbandes

Der Beteiligungsbericht liegt vor und ist in Anlage, Punkt 5.5 einzusehen.

5 Anlagen

5.1 Anlage zu Punkt 4.1 Beteiligungsbericht KBO 01.09.2023 bis 31.08.2024

K B O

Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr

vom 1. September 2023

bis 31. August 2024



Inhaltsverzeichnis

1.	KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost	3
1.1.	Allgemeine Angaben	3
1.2.	Lagebericht der KBO für das Geschäftsjahr vom 1. September 2023 bis zum 31. August 2024	5
1.3.	Bilanz- und Leistungskennzahlen	13
2.	SachsenEnergie AG	16
2.1.	Allgemeine Angaben	16
2.2.	Lagebericht der SachsenEnergie AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023	19
2.3.	Bilanz- und Leistungskennzahlen	48
2.4.	Angaben zum Anteilsbesitz	50
3.	Anlagen	51
3.1.	Liste der Gesellschafter der KBO zum 31. August 2024	51
3.2.	Liste der Treugeber zum 31. August 2024	54

Fotoverzeichnis:

Quelle: SachsenEnergie AG

Bild 1 – Bauvorhaben UW Neustadt Luftbild (Foto: Lutz Weidler)

Bild 2 – Windpark Streumen (Foto: Oliver Killig)

Bild 3 – Mobilstore SachsenGigabit Großenhain (Foto: Saxevent)

1. KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost

1.1. Allgemeine Angaben

Firma:	KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost, Sebnitz
Sitz:	Kirchstraße 5 01855 Sebnitz
Geschäftsadresse:	Dresdner Straße 48 01844 Neustadt in Sachsen Telefon (0 35 96) 56 12 40 Telefax (0 35 96) 56 12 41 kbo@kbo-online.de
Gründung:	Die Gesellschaft wurde am 8. September 1995 unter der Firma "Kommunale Beteiligungsgesellschaft an der Energieversorgung Sachsen Ost mbH" (kurz: KBO) gegründet. Die Gesellschaft wurde am 12. März 1996 unter der HRB-Nr. 12833 am Amtsgericht Dresden eingetragen. Die Gesellschaft wurde in der Gesellschafterversammlung am 18. November 2008 in „KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost“ umfirmiert. Die Eintragung am Amtsgericht Dresden erfolgte am 3. Dezember 2008.
Gegenstand des Unternehmens:	Gegenstand des Unternehmens ist das Halten und Verwalten von Beteiligungen, insbesondere an der ENSO Energie Sachsen Ost AG, und die Wahrnehmung aller Rechte und Pflichten, die sich aus der Beteiligung an dieser Gesellschaft ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und aktienrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Gesellschafter. Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben, 1. in der Hauptversammlung der ENSO AG und – soweit gesetzlich zulässig – in deren Aufsichtsrat die Interessen ihrer Gesellschafter bestmöglich zu vertreten; dies betrifft insbesondere das Interesse der Gesellschafter an einer möglichst hohen und nachhaltigen Ausschüttung von Dividenden; 2. in Angelegenheiten des gemeinsamen Interesses der Gesellschafter tätig zu werden; 3. die Interessen der Gesellschaftergesamtheit in allen Fragen der Versorgung gegenüber der ENSO AG, den staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten; 4. die Gesellschaftergesamtheit und im Ausnahmefall auch Dritte in allen Fragen der Versorgung zu beraten.
Rechtsform:	GmbH
Handelsregister:	Amtsgericht Dresden, Abteilung B, Nr. 12833 Ersteintragung: 12.03.1996 Letzte Änderung: 30.11.2017 (Änderung der Satzung, GV 21.11.2017)
Stammkapital:	20.144.184 EUR

Geschäftsführung:	Katrin Fischer
Mitarbeiter:	Geschäftsführerin und 1 Angestellte
Aufsichtsrat:	Frank Schöning, Bürgermeister der Gemeinde Kreischa (Aufsichtsratsvorsitzender) Frank Peuker, Bürgermeister der Gemeinde Großschönau (Erster Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden) Heiko Driesnack, Bürgermeister der Stadt Königsbrück (Zweiter Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden) Willem Riecke, Bürgermeister der Stadt Herrnhut Ralf Rother, Bürgermeister der Gemeinde Wilsdruff Andrea Beger, Bürgermeisterin der Gemeinde Nünchritz Dr. Sven Mißbach, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Großenhain Peter Mühle, Bürgermeister der Stadt Neustadt in Sachsen Michaela Ritter, Bürgermeisterin der Stadt Radeburg Stefan Schneider, Bürgermeister der Stadt Großröhrsdorf Tobias Steiner, Bürgermeister der Gemeinde Oybin Achim Wünsche, Bürgermeister der Gemeinde Schmölln-Putzkau
Gesellschafter:	147 Eine Auflistung der Gesellschafter ist als Anlage 3.1. beigefügt.
Treugeber:	4 Eine Auflistung der Treugeber ist als Anlage 3.2. beigefügt.
Gremien:	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat
Abschlussprüfer:	ETL AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Wuppertal

1.2. Lagebericht der KBO für das Geschäftsjahr vom 1. September 2023 bis zum 31. August 2024

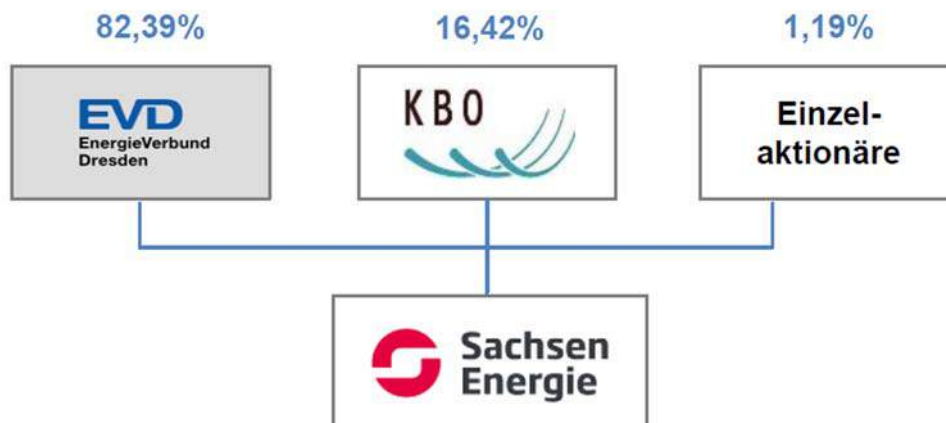
I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die KBO hält eine Beteiligung in Höhe von 16,42 % an der SachsenEnergie AG und nimmt alle sich aus dieser Beteiligung ergebenden Rechte und Pflichten wahr. Die KBO besitzt 675.769 Aktien an der SachsenEnergie AG. Davon werden 3.884 Aktien von der KBO treuhänderisch für 4 Kommunen verwaltet.

An der KBO sind 146 Gesellschafter beteiligt. Das Stammkapital beträgt 20.144.184 EUR. Die KBO hält eigene Anteile von 383.500 EUR.

Beteiligungsstruktur der SachsenEnergie AG zum 31.08.2024



Die SachsenEnergie AG ist ein Konzernunternehmen der Technischen Werke Dresden GmbH (TWD). Die TWD ist die konzernsteuernde kommunale Management-, Finanz- und Steuer-Holding der Landeshauptstadt Dresden mit den Geschäftsbereichen der Energie- und Wasserversorgung, der Entsorgung, des öffentlichen Nahverkehrs, der Dresdner Bäder sowie ergänzender Dienstleistungen. Die Unternehmen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung sind seitens der TWD in der EnergieVerbund Dresden GmbH (EVD) konzentriert.

Das Grundkapital der SachsenEnergie AG beträgt 210.978.927,50 EUR, dem 4.116.662 Aktien gegenüberstehen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Wie bereits 2022, war auch das Jahr 2023 ein energiepolitisch dynamisch geprägtes Jahr mit umfangreichen Novellen sowie neuen Gesetzen. Im internationalen Kontext wirkte dabei weiterhin der Russland-Ukraine-Krieg auf die Energiewirtschaft sowie die damit verbundene Substitution des russischen Erdgases durch andere Energieträger und -quellen inkl. deren Auswirkungen auf die Energiekosten. Damit im Zusammenhang steht auch der von EU und Bund forcierte Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 verfügte das

Bundesfinanzministerium Ende 2023 eine Haushaltssperre, welche sich auf den Klima- und Transformationsfonds (KTF) und damit auf die für die Energiewende zentralen Förderprogramme des Bundes auswirkte.

Energiepolitische Schwerpunktthemen in 2023 waren u. a.:

- die Gewährleistung der Versorgungssicherheit,
- die Entlastungen für Verbraucher bei hohen Strom- und Gaspreisen,
- Schaffung eines Rahmenwerks für ein europäisches und nationales Wasserstoffnetz sowie
- die Wärmewende in Gebäuden und Kommunen.

Auf Bundesebene ist die im Oktober 2023 veröffentlichte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) hervorzuheben, mit der die Dekarbonisierung des Wärmesektors im Gebäudebereich forciert werden soll. Damit eng verknüpft ist das zum Januar 2024 in Kraft getretene Wärmeplanungsgesetz (WPG), welches die verpflichtende Erstellung von kommunalen Wärmeplänen vorsieht. Die Unternehmen des SachsenEnergie Konzerns werden die Umsetzung der neuen Vorgaben aus GEG und WPG basierend auf der Energieverteilstrategie für die Verteilnetze aktiv begleiten. Dies betrifft sowohl die Unterstützung der Kommunen bei der Durchführung der kommunalen Wärmeplanung, die Energieverteilstrategie und damit die Erstellung zukunftssicherer Wärmeversorgungs-lösungen für die Kunden.

Mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG 2023) hat die Bundesregierung die notwendigen Rechtsgrundlagen für das Wasserstoffkernnetz geschaffen. Neben den Regelungen zum Wasserstoffkernnetz wurde mit der EnWG-Novelle auch einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Stärkung der Bundesnetzagentur Rechnung getragen. Diese soll künftig frei über Netzentgelte und Netzzugänge entscheiden können und unabhängiger vom deutschen Verordnungsgeber sein.

Die für das gesamte Jahr 2023 wirksamen Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme wurden für das Jahr 2024 nicht verlängert.

Um insbesondere die stromintensive Industrie bei den gestiegenen Stromkosten zu entlasten wurde mit dem Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 beschlossen, die Stromsteuer für alle Betriebe des produzierenden Gewerbes für mindestens zwei Jahre von derzeit rund 2 Cent/kWh auf den europäischen Mindestwert von 0,05 Cent/kWh abzusenken.

Die Energiemärkte haben sich im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren beruhigt. Die erheblichen Verwerfungen an den Terminmärkten Gas und Strom wie im Jahr 2022 traten 2023 nicht mehr auf.

Die SachsenEnergie AG beteiligt sich an ausgewählten perspektivreichen Projekten im Bereich von Forschung und Entwicklung, aus denen Ansätze für neue Dienstleistungen, Effizienzverbesserungen oder eine noch bessere Servicequalität hervorgehen können.

2. Geschäftsverlauf der SachsenEnergie AG im Jahr 2023

Die SachsenEnergie AG zieht für das abgelaufene Geschäftsjahr eine positive Bilanz. Mit 232,1 Mio. EUR liegt das Ergebnis vor Ergebnisabführung weit über dem Vorjahreswert und auch über dem geplanten Wert (175,1 Mio. EUR).

Die Umsatzerlöse liegen mit 3.799,4 Mio. EUR um 1.173,2 Mio. EUR über dem Vorjahr.

Der Stromabsatz liegt mit 10.233 GWh über dem Vorjahresniveau, während der Gasabsatz mit 15.968 GWh im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist.

Der Materialaufwand beträgt 3.590,5 Mio. EUR (Vj. 2.445,3 Mio. EUR). Ausschlaggebend für den Anstieg sind in erster Linie die preisbedingt höheren Strom- und Gasbezugsaufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 98,8 Mio. EUR um 26,7 Mio. EUR über dem Vorjahr. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Erträgen aus der Inanspruchnahme und der Auflösung von Rückstellungen.

Der Personalaufwand liegt mit 47,1 Mio. EUR über dem Vorjahreswert (Vj. 38,4 Mio. EUR). Die Ursachen hierfür sind Tarifsteigerungen, eine im Vergleich zum Vorjahr höhere durchschnittliche Anzahl der Mitarbeitenden und Rückstellungszuführungen.

Die Abschreibungen betragen 62,0 Mio. EUR und liegen aufgrund des unverändert hohen Investitionsvolumens um 1,5 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Die Verminderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf 105,3 Mio. EUR (Vj. 135,6 Mio. EUR) resultiert vor allem aus Rückstellungszuführungen im Geschäftsjahr 2022 für drohende Verluste aus Strom- und Gasverkäufen, die im aktuellen Geschäftsjahr 2023 nicht mehr in dem Volumen gebildet werden mussten.

Das Finanzergebnis von 201,2 Mio. EUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 41,9 Mio. EUR verbessert. Der Anstieg resultiert aus Erträgen aus Gewinnabführungen, vor allem bedingt durch höhere Gewinnabführungen der DREWAG. Die Übernahme der Verluste der SachsenNetze, der SachsenNetze HS.HD, der SachsenServices, der SachsenGigaBit, der SachsenIndustriewasser, der RING30 und der SachsenEnergie Delta GmbH (Vj. nur SachsenNetze und SachsenServices) aufgrund der Verlustausgleichsverpflichtungen aus den Gewinnabführungsverträgen wirkt sich 2023 mit -10,7 Mio. EUR (Vj. -7,5 Mio. EUR) negativ auf das Jahresergebnis aus.

Die Ertragsteuern haben sich aufgrund des im Geschäftsjahr 2023 neu abgeschlossenen Steuerumlagevertrags mit der TWD um 49,0 Mio. EUR auf 51,9 Mio. EUR erhöht.

Das Investitionsvolumen der SachsenEnergie AG betrug im Jahr 2023 359,6 Mio. EUR (Vj. 175,4 Mio. EUR). Schwerpunkt bildeten dabei die Investitionen in die Erneuerung und Erweiterung der Stromverteilungsanlagen, der Ausbau der Gasbezugs- und Verteilungsanlagen sowie der Ausbau der Informationsnetze.

Der SachsenEnergie Konzern baut seit 2015 die Breitbandinfrastruktur im Netzgebiet stufenweise aus. In 2023 wurden 73,3 Mio. EUR investiert. Im Jahr 2023 begann das für die SachsenEnergie bisher größte Breitbandausbauprojekt im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit einem Volumen von 123 Mio. EUR. Strategisch soll der geförderte Ausbau auch eigenwirtschaftlich ergänzt werden. Neben der Etablierung der neuen Telekommunikationsmarke SachsenGigaBit wird auch der Aufbau eines zukunftsweisenden Glasfasernetzes für Dresden seit Ende 2023 in den nördlichen Stadtgebieten vorangetrieben.

Die Investitionen in Finanzanlagen betragen im Jahr 2023 insgesamt 137,0 Mio. EUR. Neben der Übernahme des Gesellschafterdarlehens der DREWAG (100 Mio. EUR) wurde in Geschäftsanteile verschiedener Tochter- und Beteiligungsgesellschaften investiert.

Die Investitionen waren zum großen Teil fremdfinanziert. Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit gesichert.

Das Ziel des SachsenEnergie Konzerns, möglichst bis 2035, spätestens bis 2045, klimaneutral zu werden, soll mit dem im Juni 2023 vom Aufsichtsrat beschlossenen Konzept DECARB35+ umgesetzt werden. Das geschäftsfeld-übergreifende Programm umfasst die Vermeidung von Emissionen, die bei der Erzeugung von Strom und Wärme in den eigenen Kraftwerken, dem Ausgleich von Netzverlusten sowie im Fuhrpark entstehen. Da ca. 90 % der zu vermeidenden Emissionen des SachsenEnergie Konzerns in der Sächsischen Landeshauptstadt Dresden entstehen, ist die Ergrünung der Fernwärmeversorgung, ein zentraler Bestandteil des Dekarbonisierungskonzeptes.

Beispielhaft für die schrittweise Realisierung des Dekarbonisierungskonzeptes ist das Projekt RING30. Im April 2023 erfolgte die Gründung der RING30 GmbH mit dem Ziel der Errichtung und dem Betrieb einer Anlage zur klimaschonenden Aufbereitung und energetischen Verwertung von Restabfällen der Stadt Dresden.

Um der erhöhten Nachfrage der stark wachsenden Chip-Industrie im Norden der Landeshauptstadt Dresden an Industriewasser bei gleichzeitigem Erhalt der hohen Versorgungssicherheit der Dresdner Bevölkerung mit Trinkwasser gerecht zu werden, soll bis 2030 ein neues Flusswasserwerk und das dazugehörige

Transportsystem im Dresdner Nordraum errichtet werden. Mit dem Bau dieses Flusswasserwerkes wird die Industriewasserversorgung von der Trinkwasserversorgung entkoppelt, so dass industrielle Neuansiedlungen und Erweiterungen ermöglicht werden, ohne die Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung zu beeinträchtigen.

Parallel dazu werden bis 2026 die bestehenden Wasserwerke Coschütz, Hosterwitz und Tolkewitz ertüchtigt und das Reserve-Wasserwerk Albertstadt erneut in Betrieb genommen. Bereits Anfang des Jahres 2023 wurde die Wasserfassung Saloppe mit 15 Uferfiltrat-Brunnen zur ausschließlichen Belieferung von Unternehmen im Dresdner Norden in Betrieb genommen. Damit hat der SachsenEnergie Konzern einen ersten wichtigen Schritt zur Errichtung eines umfangreichen reinen Industriewassersystem getan.

Das Energieverbraucherportal hat der SachsenEnergie AG für das Jahr 2023 erneut das TOP-Lokalversorger-Siegel in den Sparten Strom und Gas verliehen. An diesem Siegel erkennen Kunden auf einen Blick ein Energieunternehmen mit transparenter Preispolitik, Engagement und Investitionen in die eigene Region, einen hohen Stellenwert an Umweltgesichtspunkten und mit einer hohen Servicequalität.

Die SachsenEnergie AG betreibt seit dem Jahr 2008 ein Umweltmanagementsystem, welches durch ein Überwachungsaudit im Jahr 2023 erneut erfolgreich zertifiziert wurde. Bereits seit dem Jahr 2017 stellen sich die Unternehmen des SachsenEnergie Konzerns Audits zur Informationssicherheit.

Der SachsenEnergie-Konzern war auch im Jahr 2023 ein wichtiger Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb in der Region Ostsachsen. Zum 31. Dezember 2023 beschäftigte die SachsenEnergie AG 580 Mitarbeitende (Vj. 481) und 64 Auszubildende (Vj. 48) sowie drei Vorstände.

3. Wirtschaftliche Lage der KBO im Geschäftsjahr 2023/2024

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023/2024 hat die KBO einen Jahresüberschuss in Höhe von 13.916,8 TEUR erzielt (Vj. 13.835,3 TEUR).

Das Ergebnis wird maßgeblich von den Beteiligungserträgen aus der Festen Ausgleichszahlung der SachsenEnergie AG bestimmt. Die KBO erhielt entsprechend ihrer Aktienzahl eine Zahlung von 14.667,3 TEUR. Dies entspricht der vertraglich vereinbarten Festen Ausgleichszahlung von 21,83 EUR je Aktie.

Mit Datum vom 10.12./11.12.2020 hat die KBO einen Beratervertrag mit der TWD für Leistungen einer möglichen Zusammenarbeit zwischen TWD und den ostsächsischen Kommunen geschlossen. Im Geschäftsjahr erzielte die KBO im Zusammenhang mit diesem Vertrag Umsatzerlöse in Höhe von 60 TEUR. Des Weiteren erfolgte erstmals im Geschäftsjahr die Abwicklung der Ausgleichszahlungen gemäß der Ausgleichsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Dresden, der SachsenEnergie AG, der TWD sowie der KBO. Die KBO hat mit den Gesellschafter- und Treugeberkommunen eine Vereinbarung zur Übernahme von Funktionen im Zusammenhang mit der Durchführung der Ausgleichsvereinbarung abgeschlossen. Für diese Leistungen erhält KBO eine Vergütung, die im Geschäftsjahr insgesamt 3,9 TEUR betrug.

Im Aufwandsbereich sind als größte Kostenpositionen Personalkosten in Höhe von 80,3 TEUR, Rechts- und Beratungskosten in Höhe von 77,7 TEUR sowie Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von 35,8 TEUR hervorzuheben. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten (Darlehensentgelt und Kompensationszahlung) in Höhe von 417,7 TEUR enthalten, die im Zusammenhang mit dem zwischen EVD und KBO abgeschlossenen Aktienleihvertrag stehen.

Der Zinsaufwand in Höhe von 328,2 TEUR ist im Geschäftsjahr im Zusammenhang mit dem gestundeten Kaufpreis für die zugekauften Aktien von der EVD angefallen.

Der Zinsertrag in Höhe von 150,7 TEUR betrifft im Wesentlichen Zinsen aus kurzfristigen Geldanlagen.

Der Plan-Ist-Vergleich für das Berichtsjahr 2023/2024 weist folgende Werte aus:

	Plan TEUR	Ist TEUR	Abweichung TEUR
Einnahmen	14.881,3	14.883,5	2,2
davon Beteiligungserträge	14.667,2	14.667,2	0,0
Ausgaben	1.039,5	966,8	-72,7
Jahresergebnis	13.841,8	13.916,7	74,9
Tilgung	3.818,2	3.818,2 (fällig zum 01.10.2024)	0
ausschüttbares Jahresergebnis	10.023,6	10.098,5	74,9

Die Abweichungen beim Plan-Ist-Vergleich betreffen im Wesentlichen geringeren Aufwand für Rechts- und Beratungskosten.

Die Geschäftsführung schlägt nach dem vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023/2024 eine Gewinnausschüttung in Höhe von 7.895,06 TEUR vor. Dies entspricht wie geplant einer Gewinnausschüttung je Geschäftsanteil von 0,40 EUR. Der Gewinnverwendungsvorschlag berücksichtigt die Finanzierung des beabsichtigten Erwerbs von Aktien an der SachsenEnergie auf der Grundlage eines Call-Option-Vertrages aus Eigenmitteln.

b) Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2023/2024 zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes.

	GJ 2023/2024 TEUR	GJ 2022/2023 TEUR
Mittelzu-/abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+13.911	+14.211
Mittelzu-/abfluss aus Finanzierungstätigkeit	-13.292	-1.580
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	+619	+12.641
Finanzmittelbestand am 31.08.	15.643	15.024

Die Finanzierungstätigkeit im Geschäftsjahr betrifft die Auszahlung an Gesellschafter in Höhe von 9.474 TEUR sowie die planmäßige Tilgung für den Kaufpreis der zugekauften Aktien in Höhe von 3.818 TEUR.

Die Kennzahlen zur Liquidität haben sich in den letzten 3 Jahren wie folgt entwickelt:

	GJ 2023/2024	GJ 2022/2023	GJ 2021/2022
Effektivverschuldung (FK-UV)	37.968 TEUR	42.407 TEUR	54.701 TEUR
Kurzfristige Liquidität (UV/kurzfr. Verbindlichkeiten)	371 %	357 %	20965 %

Die Verschuldung ist im Geschäftsjahr aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Finanzmittelbestandes sowie der um die Tilgung verringerten Verbindlichkeiten gesunken. Die kurzfristige Liquidität ist aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Finanzmittelbestandes gestiegen. Die Liquidität war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der KBO beträgt 111.017 TEUR. Diese ist im Vergleich zum Vorjahr um 574 TEUR angestiegen. Das Anlagevermögen beträgt unverändert zum Vorjahr 95.347 TEUR und besteht im Wesentlichen aus Finanzanlagen (Beteiligung an der SachsenEnergie AG).

Das Umlaufvermögen in Höhe von 15.668 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 573 TEUR erhöht und besteht im Wesentlichen aus Geldanlagen und Guthaben bei Banken.

Das Eigenkapital beträgt 57.362 TEUR und ist im Vergleich zum Vorjahr um 4.443 TEUR angestiegen. Der Anstieg betrifft den Jahresüberschuss des Berichtsjahres abzüglich der Gewinnausschüttung des Vorjahres. Die Eigenkapitalquote hat sich entsprechend von 48 % im Vorjahr auf 52 % erhöht.

Die Verbindlichkeiten betragen 53.636 TEUR (Vj. 57.502 TEUR) und bestehen im Wesentlichen zu 32.265 TEUR aus dem von EVD gestundeten Kaufpreis für die zugekauften Aktien sowie zu 21.297 TEUR aus der Rückgabeverpflichtung für die von EVD geliehenen Aktien. Die Verbindlichkeiten haben sich um den Tilgungsbetrag verringert.

4. Finanzielle / Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung von wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren der letzten 3 Jahre zusammengefasst:

	GJ 2023/2024	GJ 2022/2023	GJ 2021/2022
Investitionsdeckung	Keine Investitionen	Keine Investitionen	193 %
Vermögensstruktur	86 %	86 %	98 %
Fremdkapitalquote	48 %	52 %	58 %
Eigenkapitalquote	52 %	48 %	42 %
Eigenkapitalrendite	24 %	26 %	34 %
Gesamtkapitalrendite	13 %	13 %	14 %

Die Vermögensstruktur als Verhältnis von Anlagevermögen zu Gesamtkapital ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Das Anlagevermögen ist unverändert vollständig durch die Finanzanlagen (Beteiligung an der SachsenEnergie AG) bestimmt. Die Fremdkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der gesunkenen Verbindlichkeiten (Tilgung) verringert. Die Eigenkapitalrendite hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des gestiegenen Eigenkapitals verringert.

Aufgrund des Geschäftsmodells der KBO wird auf die Implementierung von nichtfinanziellen Leistungsindikatoren verzichtet.

5. Gesamtaussage

Der Geschäftsverlauf der KBO ist maßgeblich mit der Entwicklung der SachsenEnergie AG verknüpft. Die SachsenEnergie AG erzielte im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von 142 Mio. EUR (Vj. 79 Mio. EUR). Der Jahresüberschuss wurde zur Stärkung der Eigenkapitalquote vollständig der Gewinnrücklage zugeführt. Die Feste Ausgleichszahlung an die KBO betrug 21,83 EUR/Aktie und bestimmt damit den im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Beteiligungsertrag in Höhe von 14.667 TEUR. Der Beteiligungsertrag bestimmt im Wesentlichen das Jahresergebnis der KBO.

III. Prognosebericht

1. SachsenEnergie AG

Gemäß dem Wirtschaftsplan soll in 2024 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 219 Mio. EUR erwirtschaftet werden, welches damit unter dem Vorjahresniveau liegen wird. Einen wesentlichen Teil des Unternehmensergebnisses machen die Ergebnisübernahmen aus den Abführungsverträgen (insbesondere DREWAG) aus.

Weiterhin hängt die voraussichtliche Ergebnisentwicklung der SachsenEnergie AG wesentlich von den energiewirtschaftlichen und politischen Regelungen und Rahmenbedingungen ab.

Für 2024 beinhaltet der Investitionsrahmen der SachsenEnergie AG Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 383,1 Mio. EUR. Besondere Schwerpunkte der kommenden Jahre sind:

- Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Netzbereich
- Ausbau von Breitbandinfrastruktur
- Erweiterung der Infrastruktur Telekommunikationsnetze
- Investitionen in die Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung, insb. für die Errichtung von dezentralen Wärmepumpen mit unterschiedlichen Wärmequellen
- Investitionen in die Informationsverarbeitung (u. a. Umstellung des Abrechnungssystems und Einführung SAP S/4 HANA als neues ERP-System)
- Ersatz und Erweiterung der Liegenschaften (u. a. Sanierung Bestandsgebäude SachsenEnergie Center)
- Investitionen in Finanzanlagen.

Für den SachsenEnergie Konzern sind Investitionen in erneuerbare Energien ein zentraler Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre. Zur Forcierung der Aktivitäten auf der Erzeugungsseite wurde zu Beginn des Jahres 2024 das neue strategische Geschäftsfeld NaturKraft geschaffen, in dem vor allem die Umsetzung von Solar- und Windkraftprojekten gebündelt ist.

Die weiteren Auswirkungen des noch immer andauernden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind weiterhin weder geopolitisch noch energiepolitisch und wirtschaftlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt absehbar. Auch der seit Oktober 2023 eskalierte israelisch-arabische Konflikt sowie die Befürchtung vor einer Ausweitung auf Nachbarländer hat zu einer angespannten und unsicheren geopolitischen Lage geführt, dessen wirtschaftliche Folgen derzeit noch nicht vollständig abschätzbar sind. Somit sind auch eine belastbare Prognose und eine vollumfängliche Bewertung der Folgen dieser Konflikte für Unternehmen und Verbraucher nicht möglich. Die SachsenEnergie AG beobachtet die aktuelle Lage genau und bewertet sie regelmäßig entlang der bestehenden Vorsorgepläne neu.

Für das Jahr 2024 geht SachsenEnergie AG zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Erreichen des geplanten EBT aus.

2. KBO

Die Geschäftsführung der KBO geht für die Planungsperiode 2024/2025 von einer positiven Geschäftsentwicklung der SachsenEnergie AG aus. KBO erhält aufgrund eines zwischen SachsenEnergie AG und EVD bestehenden Ergebnisabführungsvertrages für die Dauer von 10 Jahren eine feste Ausgleichszahlung in Höhe von 21,83 EUR/Aktie. In diesem Zeitraum soll der gestundete Kaufpreis für die zugekauften Aktien an EVD getilgt werden. Ab 2031 sinkt die feste Ausgleichszahlung auf einen Betrag von 14,81 EUR/Aktie.

Die KBO plant für das Geschäftsjahr 2024/2025 mit einem Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau. Für die Gesellschafter der KBO wird für das Geschäftsjahr 2024/2025 eine Dividende in Höhe von 0,49 EUR/GA geplant.

Im Geschäftsjahr 2024/2025 ist der Erwerb von 5.769 Aktien an der SachsenEnergie AG von der EVD auf der Grundlage des Call-Option-Vertrages zwischen der EVD und der KBO zu einem Kaufpreis in Höhe von 3.242 TEUR eingeplant. Die Finanzierung erfolgt durch Eigenmittel aus einbehaltener Dividende in Bezug auf das Geschäftsjahr 2023/2024. Die auf die erworbenen Aktien entfallenden Ausgleichszahlungen gemäß

Ergebnisabführungsvertrag zwischen EVD und SachsenEnergie AG stehen der KBO ab dem Geschäftsjahr 2025 zu und erhöhen somit den Beteiligungsertrag ab dem Geschäftsjahr 2025/2026.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die Entwicklung der KBO ist an die wirtschaftliche Entwicklung der SachsenEnergie AG und deren Tochterunternehmen geknüpft und somit auch an deren Chancen und Risiken. Für die Dauer des Gewinnabführungsvertrages zwischen der EVD und der SachsenEnergie AG erhält die KBO unabhängig vom wirtschaftlichen Ergebnis der SachsenEnergie AG jährlich eine Feste Ausgleichszahlung. Darüber hinaus besteht für die KBO die Chance ab dem Jahr 2025, bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der SachsenEnergie AG zusätzlich von einer Variablen Ausgleichszahlung zu partizipieren.

Auch künftig muss die Energiebranche mit tiefgreifenden Veränderungen, instabilen Rahmenbedingungen und volatilen Energiemärkten rechnen. Die Geschäftstätigkeit der SachsenEnergie AG ist demzufolge mit Risiken behaftet. Risiken der künftigen Entwicklung sieht die SachsenEnergie AG in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld, schwankenden Marktpreisen und insbesondere im Industriekundensegment der konjunkturellen Entwicklung. Darüber hinaus werden Risiken vor allem im Ausfall von Vertragspartnern sowie in möglichen Zinsschwankungen gesehen.

Vorteilhaft ist die thematisch breite Aufstellung sowie die diversifizierte Kundenstruktur der SachsenEnergie AG. Dies wird durch die Eingliederung der DREWAG verstärkt. Chancen bestehen überwiegend bei Absatz und Beschaffung von Strom und Gas sowie in einer reduzierten Inanspruchnahme von bilanzierten Risikovorsorgen.

Obwohl die SachsenEnergie AG eine klare Ausrichtung hat, kann sie die Folgen globaler Krisen, die Umsetzung der klimapolitischen Ziele, die allgemeine Ressourcenverknappung und damit die weitere Entwicklung für den SachsenEnergie Konzern nur unzureichend in Gänze absehen. Die Prognose für das Geschäftsjahr 2024 ist deshalb weiterhin mit Unsicherheiten verbunden.

Sebnitz, 13. September 2024

Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH
an der Energie Sachsen Ost

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Katrin Fischer', with a long, sweeping flourish extending to the right.

Katrin Fischer
Geschäftsführerin

1.3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

1. Bilanz (Kurzform)

AKTIVA	<u>31.08.2024</u>	<u>31.08.2023</u>	<u>31.08.2022</u>
	EUR	EUR	EUR
Anlagevermögen	95.346.508,21	95.346.529,21	95.346.812,21
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
2. Sachanlagen	12,00	33,00	316,00
3. Finanzanlagen	95.346.496,21	95.346.496,21	95.346.496,21
Umlaufvermögen	15.668.297,84	15.095.315,32	2.392.769,46
Rechnungsabgrenzung	1.784,08	1.515,34	34.368,37
	111.016.590,13	110.443.359,87	97.773.950,04

PASSIVA	<u>31.08.2024</u>	<u>31.08.2023</u>	<u>31.08.2022</u>
	EUR	EUR	EUR
Eigenkapital	57.362.059,89	52.919.164,57	40.663.669,87
1. Gezeichnetes Kapital	20.144.184,00	20.144.184,00	20.144.184,00
abzüglich Nennbetrag der eigenen Anteile	-383.500,00	-383.500,00	-383.500,00
2. Kapitalrücklage	8.490.304,72	8.490.304,72	8.490.304,72
3. Gewinnrücklage	42.950,00	42.950,00	42.950,00
4. Gewinnvortrag	15.151.361,53	10.789.900,43	0,00
5. Jahresüberschuss	13.916.759,64	13.835.325,42	0,00
6. Bilanzgewinn	0,00	0,00	12.369.731,15
Rückstellungen	18.385,13	22.369,26	16.429,19
Verbindlichkeiten	53.636.145,11	57.501.826,04	57.093.550,98
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	300,00
	111.016.590,13	110.443.359,87	97.773.950,04

2. Gewinn- und Verlustrechnung (Kurzform)

	<u>GJ 2023/2024</u>	<u>GJ 2022/2023</u>	<u>GJ 2021/2022</u>
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatz	64.925,13	61.812,23	61.534,54
2. Sonstige betriebliche Erträge	660,93	1.917,48	412,31
3. Personalaufwand	-80.285,53	-83.975,12	-74.400,21
4. Abschreibungen	-19,00	-283,00	-957,03
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-558.265,01	-522.517,35	-530.230,58
6. Erträge aus Beteiligungen	14.667.249,55	14.667.249,55	14.667.249,55
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	150.671,00	76.159,50	664,31
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-328.177,53	-365.813,09	-416.047,27
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.916.759,54	13.834.550,20	13.708.225,62
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	775,22	8.412,57
11. Sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00
12. Jahresüberschuss	13.916.759,54	13.835.325,42	13.716.638,19
13. Gewinnvortrag			4.573.618,16
14. Gewinnausschüttung			-5.920.525,20
15. Bilanzgewinn			12.369.731,15

3. Kennzahlen

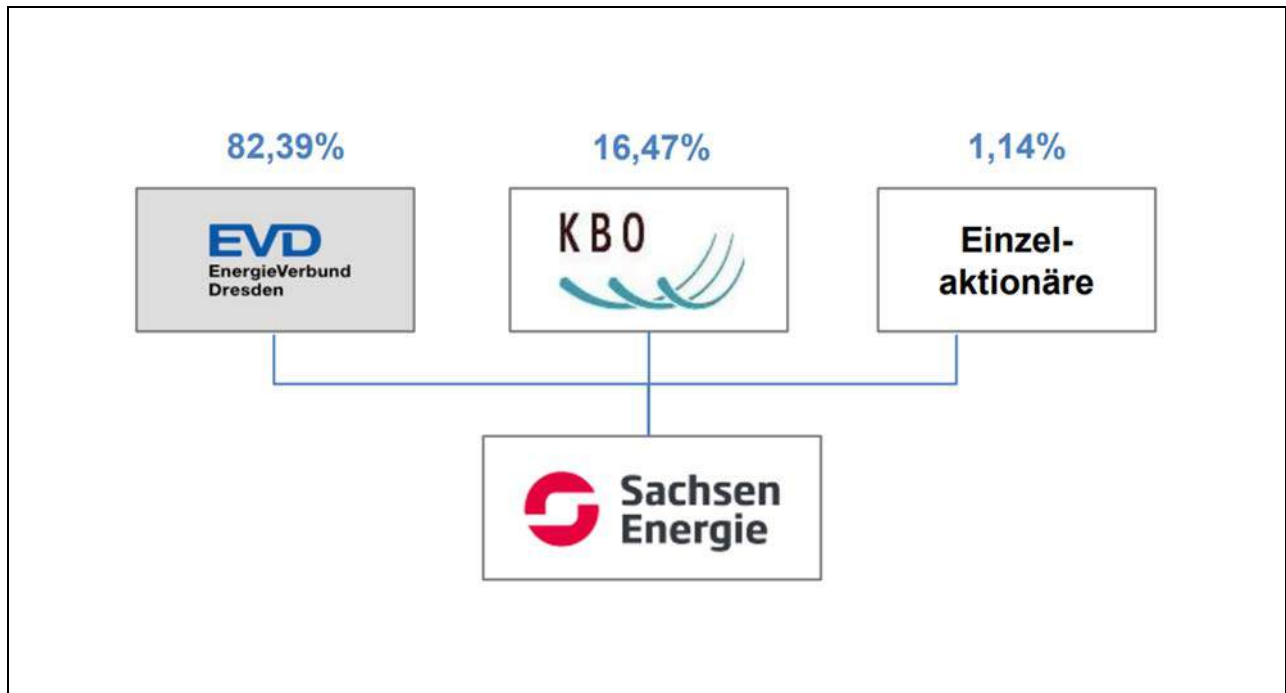
	Berechnungs- grundlage	GJ 2023/2024	GJ 2022/2023	GJ 2021/2022
<i>Vermögenssituation</i>				
Investitionsdeckung	Abschreibung / Investitionen AV	keine Investitionen	keine Investitionen	193%
Vermögensstruktur	AV / Gesamtkapital	86%	86%	98%
Fremdkapitalquote	FK / Bilanzsumme	48%	52%	58%
<i>Kapitalstruktur</i>				
Eigenkapitalquote	EK / Bilanzsumme	52%	48%	42%
<i>Liquidität</i>				
Effektivverschuldung	FK - UV	37.968	42.407	54.701
kurzfristige Liquidität	UV / kurzfristige Verbindlichkeiten	371%	357%	20.965%
<i>Rentabilität</i>				
Eigenkapitalrendite	Jahresergebnis / Eigenkapital	24%	26%	34%
Gesamtkapitalrendite	Jahresüberschuss + FK-Zinsen / Bilanzsumme	13%	13%	14%

Abkürzungen:

AV – Anlagevermögen
 EK – Eigenkapital
 GK – Gesamtkapital
 UV – Umlaufvermögen
 FK – Fremdkapital

2. SachsenEnergie AG

2.1. Allgemeine Angaben zum 31.12.2023



Art der Beteiligung: unmittelbare Beteiligung

Firma: SachsenEnergie AG

Sitz: Dresden

Handelsregister: HRB 965 beim Amtsgericht Dresden

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Betätigung auf dem Gebiet der Elektrizitäts-, Gas-, Wärme-, Kälte- und Wasserver- sowie Abwasserentsorgung einschließlich der Beschaffung und Erzeugung, des Vertriebs bzw. der Verteilung von Wärme und Kälte sowie von Elektrizität und Gas und jeweils die Planung, Errichtung und der Erwerb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke,
- die Betätigung auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung und Telekommunikation einschließlich der Planung, Errichtung und des Erwerbs der hierzu erforderlichen Anlagen, sowie der Beschaffung, Vermittlung und des Angebotes entsprechender Dienstleistungen,
- die Durchführung der Stadt-/Straßenbeleuchtung einschließlich der Planung, Errichtung und des Erwerbs der hierfür erforderlichen Anlagen und Werke,

- die Betätigung auf dem Gebiet der Abfallbehandlung einschließlich der Planung, Errichtung und des Erwerbs der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke,
- die Beschaffung, Vermittlung und das Angebot von Dienstleistungen, die
 - (i) der Deckung des Bedarfs an Energie, des Bedarfs an Trink- und Brauchwasser und des Bedarfs an Abfallentsorgung und Abwasserentsorgung,
 - (ii) der Verminderung des Bedarfs an Energie und Wasser,
 - (iii) der Vermeidung und Verminderung des Bedarfs an Abfallentsorgung (einschließlich Wiederverwertung) und Abwasserentsorgung oder
 - (iv) der Informationsverarbeitung und Telekommunikation dienen, und
- die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die vorgenannten Geschäftszwecken unmittelbar oder mittelbar dienen und diese fördern, auch gegenüber anderen Unternehmen, Gemeinden oder Zweckverbänden.

Geschäftsjahr: Kalenderjahr

Grundkapital: 210.978.927,50 Euro

Aktien: 4.116.662 Stückaktien

Aufsichtsrat:

Vertreter der Anteilseigner

Dirk Hilbert
Vorsitzender des Aufsichtsrates
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, Dresden

Frank Schöning
2. Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates
Bürgermeister der Gemeinde Kreischa, Kreischa

Wolf Hagen Braun
Geschäftsführer, Dresden

Dr. Wolfgang Deppe
Arzt, Dresden

Katrin Fischer
Geschäftsführerin der KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost, Dresden

Frank Hannig
Jurist, Dresden

Peter Krüger
Geschäftsstellenleiter, Dresden

Tanja Schewe
Tierärztin, Dresden

André Schollbach
Rechtsanwalt, Dresden

Kristin Sturm
Geschäftsführerin, Dresden

**Vertreter der
Arbeitnehmer**

Torsten Berndt
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates
Betriebsrat, Pirna

Katrin Behrens
Gewerkschaftssekretärin, ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Magdeburg

Frank Franke (ab 22. Mai 2023)
Gewerkschaftssekretär, ver.di Bezirk Leipzig - Nordsachsen, Leipzig

Birgit Freund (bis 31. Januar 2023)
Dipl. Journalistin, SachsenEnergie AG, Radebeul

Michael Großmann
Sachbearbeiter Netze (Strom), Höckendorf

Daniel Herold
Bezirksgeschäftsführer ver.di Bezirk Sachsen West-Ost-Süd, Dresden

Heiko Hoffmann (ab 21. März 2023)
Betriebsrat, Dresden

André Lemke
Abteilungsleiter, Dresden

Ralf Schaff
Betriebsrat, Dresden

Alexander Schwolow
Dipl. Wirtschaftsinformatiker, Dresden

Jonas Senftleben (bis 30. April 2023)
Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Sachsen West-Ost-Süd, Medingen

Frank Ziller
Betriebsrat, Dresden

Vorstand:

Dr. Frank Brinkmann, Vorsitzender, Dortmund

Dr. Axel Cunow, Berlin

Lars Seiffert, Dresden

**Mitarbeiter*innen
per 31.12.2023**

580 und 64 Auszubildende sowie 3 Vorstände, insgesamt 647

Abschlussprüfer:

KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Dresden

2.2. Lagebericht der Sachsen Energie AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die SachsenEnergie AG ist der kommunale Energiedienstleister in Ostsachsen. Vorrangig beliefert sie Endkunden und Weiterverteiler mit Strom, Gas und Wärme. Darüber hinaus werden Breitband-Internet und Telefonie angeboten. Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität besitzen höchste Priorität.

Ergänzt wird das Kerngeschäft durch umfassende technische und kaufmännische Dienstleistungen für Ver- und Entsorgungsbetriebe.

Strategie und organisatorische Einbindung

Seit 2021 steht die SachsenEnergie AG zusammen mit der Tochtergesellschaft DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH als größtes kommunales Versorgungsunternehmen Ostdeutschlands für Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit sowie gleichwertige regionale Teilhabe. In diesem Rahmen werden verlässliche Infrastrukturlösungen für Kommunen, Bürger und Wirtschaft in Sachsen bereitgestellt und die Daseinsvorsorge in Stadt und Land gesichert.

Die kapitalintensive Infrastruktur der Energie- und Wasserversorgung, der großräumige Glasfaserausbau sowie der Einsatz neuer Technologien im Rahmen der erneuerbaren Energien werden auch in der Zukunft Schwerpunkte der Investitionstätigkeit des SachsenEnergie Konzerns sein. Sie sind Basis und Kern für die verlässliche Belieferung und Versorgung unserer Kunden und somit auch für die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität der Unternehmensgruppe.

Das im Jahr 2021 begonnene Fusionsumsetzungsprogramm „Post-Merger-Integration“ soll im Jahr 2024 abgeschlossen werden. Die im Rahmen des Projektes identifizierten Kostensenkungspotentiale wurden bereits im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2023 erreicht. Auch organisatorisch, strukturell, prozessual und kulturell hat der SachsenEnergie Konzern in den vergangenen Jahren die Weichen für eine zukunftsfähige Energieversorgung und Infrastrukturentwicklung gestellt. Das zeigt sich in der fokussierten Ausrichtung der strategischen Geschäftsfelder Kundenwertmanagement, Energienetze, Kraft & Wärme, Wasser sowie Telekommunikation & Breitband. Entstanden ist eine kraftvolle und agile Organisation, die sich in rasantem Tempo weiterentwickelt und im Jahr 2024 um das neue Geschäftsfeld „NaturKraft“ wächst, welches zukünftig die Kompetenzen rund um die erneuerbaren Energien bündelt.



Kundenwertmanagement: Wir streben eine Positionierung als umfassender Lösungsanbieter auf dem Markt an. Dabei bleiben wir starker Heimatversorger in unserem Netzgebiet, gleichzeitig wachsen wir und gewinnen Kundinnen und Kunden in ganz Sachsen und bundesweit hinzu. Wir stehen für individualisierte Produkte & Services für unsere Kundengruppen auf Basis standardisierter Produktwelten in kurzen Entwicklungszeiträumen.



Energienetze: Wir machen das Strom- und Gasnetz in Dresden und Ostsachsen fit für die Energiewende. Wir bauen unser Stromnetz massiv aus für die erneuerbaren Energien, machen unsere Gasnetze bereit für die Dekarbonisierung und stellen das Ladenetz für E-Mobilität zur Verfügung.



Kraft & Wärme: Wir bauen Wärmenetze vor allem in Ballungszentren weiter aus und dekarbonisieren die bereits emissionsarme Erzeugung Schritt für Schritt nach wirtschaftlichen Maßgaben und politischer Rahmensetzung. Wir forcieren hierbei die Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung.



Wasser: Wir stellen die Trinkwasserversorgung in Dresden sicher und beliefern angrenzende Wasserversorger. Wir engagieren uns beim Aufbau eines ostsächsischen Fernwasser-Verbandsystems zur Sicherung der Versorgung und Ermöglichung von Industrieansiedlungen. Gleichzeitig versorgen wir den industriestarken Nordraum von Dresden. Dabei fokussieren wir die Substitution von Trinkwasser durch Industrierwasser, um somit auch den zukünftigen Mehrbedarf zu decken.



TK/Glasfaser: Wir treiben die flächendeckend neu entstehende Glasfaser-Infrastruktur voran. Wir positionieren uns im Telekommunikationsmarkt als innovativer und regionaler Anbieter in Dresden und Sachsen. Erfolgskriterien sind für uns dabei Kundennähe, Regionalität, Qualität und ein faires Preis-Leistungs-Niveau.



NaturKraft: Wir treiben den Ausbau erneuerbarer Energien in Sachsen voran und setzen Maßstäbe bei der Planung und Umsetzung von Windkraft- und Photovoltaikprojekten. Wir arbeiten eng mit den Kommunen zusammen und erhöhen die Bürgerakzeptanz durch innovative Beteiligungsformen.

2023 stand die Harmonisierung und Digitalisierung der Prozesse im SachsenEnergie Konzern weiterhin im Vordergrund. Ein Schwerpunkt war auch 2023 die Einführung und Implementierung der künftig in allen Konzernteilen als Standard eingesetzten ERP-Software SAP S/4 HANA, das für die Unternehmensgruppe in den Jahren 2024 und 2025 in Betrieb geht. Das Ergebnis der „Post-Merger-Integration“ soll die Basis für den effektiven und effizienten Betrieb sowie für die nachhaltige Weiterentwicklung des SachsenEnergie Konzerns bilden.

SachsenEnergie AG und DREWAG sind Konzernunternehmen der Technischen Werke Dresden GmbH (kurz: TWD). Die TWD ist die konzernsteuernde kommunale Management-, Finanz- und Steuerholding der Landeshauptstadt Dresden mit den Geschäftsbereichen der Energie- und Wasserversorgung, der Entsorgung, des öffentlichen Nahverkehrs, der Dresdner Bäder und den ergänzenden Dienstleistungen. In diesem Rahmen stellt sie auch den steuerlichen Querverbund sicher. Die Unternehmen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung sind seitens der TWD in der EnergieVerbund Dresden GmbH (kurz: EVD) konzentriert. DREWAG ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der SachsenEnergie AG.

Wirtschaftsbericht

Energiepolitisches Umfeld – Schwerpunkte 2023

Wie bereits 2022, war auch das Jahr 2023 ein energiepolitisch dynamisch geprägtes Jahr mit umfangreichen Novellen sowie neuen Gesetzen. Im internationalen Kontext wirkte dabei weiterhin der Russland-Ukraine-Krieg auf die Energiewirtschaft sowie die damit verbundene Substitution des russischen Erdgases durch andere Energieträger und -quellen inkl. deren Auswirkungen auf die Energiekosten. Damit im Zusammenhang steht auch der von EU und Bund forcierte Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 verfügte das Bundesfinanzministerium Ende 2023 eine Haushaltssperre, welche sich auf den Klima- und Transformationsfonds (KTF) und damit auf für die Energiewende zentrale Förderprogramme des Bundes auswirkte.

Energiepolitische Schwerpunktthemen in 2023 waren u. a.:

- die Gewährleistung der Versorgungssicherheit,
- die Entlastungen für Verbraucher bei hohen Strom- und Gaspreisen,
- Schaffung eines Rahmenwerks für ein europäisches und nationales Wasserstoffnetz sowie
- die Wärmewende in Gebäuden und Kommunen.

Konkret ergaben sich 2023 auf EU- und Bundesebene folgende energiepolitisch zentrale Änderungen:

Änderungen auf EU-Ebene

Energieeffizienz-Richtlinie

Aus dem EU-Fit-for-55-Maßnahmenpaket wurde am 29. September 2023 die überarbeitete Energieeffizienz-Richtlinie (EED) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Die neuen Vorgaben sind innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen. Nach den neuen Vorgaben soll der Endenergieverbrauch für das Jahr 2030 um mindestens 11,7 % gegenüber der Projektion aus dem Jahr 2020 sinken. Das allgemeine jährliche Einsparziel wird ebenfalls angehoben. Weitere Regelungen betreffen eine stringente Ausgestaltung des Efficiency-first-Prinzips, das Themenfeld Messen und Abrechnen sowie Maßnahmen gegen Energiearmut. Neu gefasst wurde die Definition für ein effizientes Fernwärmesystem.

Renewable Energy Directive (RED III) – Höhere Ausbauziele & Konzept für „Beschleunigungsgebiete“

Im Oktober 2023 wurde die aktualisierte Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED III (RED - Renewable Energy Directive) vom Europäischen Rat angenommen und verbindlich beschlossen. Zum 20. November 2023 ist die Richtlinie in Kraft getreten. Mit der RED III soll die Nutzung erneuerbarer Energien weiter gesteigert und Treibhausgasemissionen verringert werden. Entsprechend der vorhergehenden RED II galt bislang das Ziel, bis zum Jahr 2030 den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 32,0 % zu steigern. Dieses EU-Ziel wurde mit der Novelle auf mindestens 42,5 % angehoben. Ebenfalls wurden verbindliche Ziele für die unterschiedlichen Sektoren eingeführt. So soll bspw. in der Wärmeversorgung bis 2030 ein Anteil von 49 % aus erneuerbaren Quellen stammen. Für den Industriesektor wurde ein verbindliches Ziel für den Einsatz von Wasserstoff und anderen strombasierten Brennstoffen (RFNBO - renewable fuels of non-biological origin) vorgegeben. Dementsprechend sollen 42 % des verbrauchten Wasserstoffes im Jahr 2030 aus erneuerbaren Energiequellen stammen und 60 % bis 2035. Der notwendige Erneuerbare Energien (EE)- und Netzausbau gilt als von überragendem öffentlichem Interesse, sodass bspw. in sogenannten Vorranggebieten auf zeitaufwendige Prüfschritte wie eine zweite Umwelt- und Artenschutzprüfung verzichtet werden kann.

Zum 10. Juli 2023 sind darüber hinaus zwei delegierte Rechtsakte zur RED II (Art. 27 und 28) in Kraft getreten. Im delegierten Rechtsakt zu Art. 27 werden die Kriterien für den Strom festgelegt, der für die Produktion von erneuerbarem Wasserstoff bzw. zur Erzeugung erneuerbarer Kraftstoffe nicht-biogenen Ursprungs (RFNBO) im Verkehrssektor genutzt werden darf. Ziel des Rechtsakts war es sicherzustellen, dass dem angespannten Strommarkt möglichst keine benötigten erneuerbaren Energien aufgrund der Herstellung von Kraftstoffen bzw. grünem Wasserstoff entzogen wird. Grundsätzlich ergeben sich aus dem Rechtsakt drei verschiedene Szenarien des grünen Strombezugs, welche die Nachhaltigkeitskriterien erfüllen und zur vollständigen Anrechenbarkeit des erneuerbaren Stroms für die Herstellung von RFNBO führen. Der delegierte Rechtsakt zur RED II befasste sich lediglich mit der Nutzung von Wasserstoff im Verkehrssektor. Mit der RED III wurden die für den Verkehrssektor geltenden Kriterien entsprechend auch auf die Verwendung in den anderen Sektoren übertragen.

Für den SachsenEnergie Konzern sind Investitionen in erneuerbare Energien ein zentraler Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre. Zur Forcierung der Aktivitäten auf der Erzeugungsseite wurde zum Jahreswechsel das neue strategische Geschäftsfeld NaturKraft geschaffen, in dem vor allem die Umsetzung von Solar- und Windkraftprojekten gebündelt ist.

EU-Gaspaket – Rahmen für europäisches Wasserstoffnetz gesetzt

Mit dem „Fit for 55“-Paket der EU von 2021 wurde u. a. ein sogenanntes „Gaspaket“ angekündigt, welches aus einer Verordnung und einer Richtlinie zum Gas-Wasserstoff-Binnenmarkt sowie einer Methan-Verordnung bestehen soll. Diese Rechtsvorhaben sollen auf das EU-Ziel der Klimaneutralität bis 2050 einzahlen und in diesem Zusammenhang auch den Übergang des Gassektors zu erneuerbaren und CO₂-armen Gasen gestalten.

Mit der Gasbinnenmarkttrichtlinie werden die Vorschriften für die schrittweise Einrichtung eines europäischen Wasserstoffverbundnetzes (EHB - European-Hydrogen-Backbone) festgelegt, welches die Grundlage für die Integration von Wasserstoff in das europäische Energieversorgungssystem schaffen soll. Im Trilog-Verfahren haben sich Parlament, Rat und Kommission der EU Anfang Dezember 2023 darauf geeinigt, dass die Richtlinie ein horizontales Entflechtungsmodell für Wasserstoffnetzbetreiber enthalten soll, d. h. Betreiber nicht gleichzeitig auch Vertrieb und Erzeugung von Wasserstoff verantworten. Gleichzeitig wird diese Regelung jedoch den Mitgliedsstaaten durch eine sogenannte „Opt-Out“-Regelung freigestellt. Von den Regeln zum horizontalen Unbundling sind Fernleitungsnetzbetreiber betroffen, nicht jedoch Verteilnetzbetreiber.

Die dazugehörige Gasbinnenmarktverordnung behandelt primär die Regeln für die Netzbetreiber und umfasst etwa die Planung einer unabhängigen europäischen Wasserstoff-Regulierungsbehörde (ENNOH - European Networks of Hydrogen Networks Operators) sowie eine weitere Reduzierung noch laufender Importe von russischem Erdgas. Die Festlegungskompetenz der jeweiligen Netztarife soll weiterhin bei den nationalen Regulierungsbehörden liegen.

EU-Methanemissions-Verordnung

Zur Eindämmung von Methanemissionen innerhalb des EU-Energiesektors sowie bei Energieimporten haben sich das Europäische Parlament und die Mitgliedsstaaten am 15. November 2023 auf neue Regeln geeinigt, die in der EU-Methanemissions-Verordnung zusammengefasst sind.

Anlagenbetreiber innerhalb der EU sind künftig verpflichtet, regelmäßig Methanemissionen zu messen und darüber zu berichten. Davon betroffen sind auch nicht-operative Anlagen. Auch sollen Öl- und Gasunternehmen ihre Anlagen regelmäßig auf Methanlecks überprüfen und diese ggf. umgehend reparieren. Routinemäßiges Entlüften und Abfackeln im Öl- und Gassektor ist künftig auf unvermeidbare Umstände beschränkt.

Für die mit dem Import von Öl, Gasen und Kohle verbundenen Methanemissionen soll eine Methan-Transparenzdatenbank eingerichtet werden. Importeure und EU-Betreiber sollen hierbei Daten über Methanemissionen melden, welche dann der Öffentlichkeit bereitgestellt werden.

Für den Betrieb unserer Erdgasnetze bedeuten die neuen Vorgaben eine deutliche Erhöhung des Prüf- und Dokumentationsaufwandes, obwohl die Leckageverluste nur sehr gering sind.

Reform des EU-Strommarktdesigns soll den Markt stabilisieren

Ende 2023 endeten die Trilog-Verhandlungen über eine Novellierung des EU-Strommarktdesigns. Ziel der Reform ist es, die Strommärkte langfristig zu stabilisieren, indem Endkunden vor hohen Energiepreisen geschützt und Preisschwankungen an den Großhandelsbörsen reduziert werden sowie die Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien gestärkt wird. Die grundsätzlichen Marktregeln, bzw. das Merit-Order-Prinzip, bleiben jedoch erhalten. Die erzielte vorläufige Einigung muss noch von Rat und Parlament der EU gebilligt und förmlich angenommen werden, um Verbindlichkeit zu erlangen.

Änderungen auf Bundesebene

Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) – mindestens 65 % EE-Anteil bei neuen Heizungen

Im Bundesgesetzblatt wurde am 19. Oktober 2023 die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) veröffentlicht, welche zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist. Mit dem geänderten Gesetz wird die Dekarbonisierung des Wärmesektors im Gebäudereich adressiert und der schrittweise Umstieg auf erneuerbare Energien beim Heizen sowie der Warmwasserbereitstellung forciert. Das Gesetz fokussiert auf Wärmepumpen und Wärmenetze, wobei die lokal wirtschaftlich sinnvollsten Optionen unter Einbezug von

Fördermitteln zuvor über die kommunale Wärmeplanung identifiziert werden sollen. Zentraler Inhalt des GEG ist die Pflicht zu einem Anteil erneuerbarer Energien oder unvermeidbarer Abwärme i. H. v. mindestens 65 % bei Heizungserneuerung im Gebäudebestand und im Neubau von Gebäuden. Diese Regelung greift für Bestandsgebäude und baulückenschließende Neubauten jedoch erst mit Vorliegen der kommunalen Wärmeplanung (vgl. Wärmeplanungsgesetz – WPG). Für Gebäude mit Perspektive eines Fernwärmeanschlusses wird eine Übergangsfrist von 10 Jahren eingeräumt, wenn die Heizungsanlage ausgetauscht werden muss. Die gelieferte Wärme muss dann zu 65 % aus erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme bestehen. Bei direktem Anschluss an ein bestehendes Wärmenetz ohne Zwischenlösung gelten die Vorgaben des Wärmeplanungsgesetzes an Wärmenetze. Für Regionen, die laut Wärmeplan mit Wasserstoff versorgt werden sollen, hat der Gasnetzbetreiber bis 2028 darzulegen, wie die Wasserstoffversorgung gewährleistet werden kann.

Wärmeplanungsgesetz (WPG) – Wärmewende beginnt in den Kommunen

Eng mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) verknüpft ist das Ende 2023 verabschiedete und zum Januar 2024 in Kraft getretene Wärmeplanungsgesetz (WPG), welches die verpflichtende Erstellung von kommunalen Wärmeplänen (kWP) vorsieht. Ziel der Wärmeplanung ist es, den vor Ort besten und kosteneffizientesten Weg zu einer treibhausgasneutralen Wärmeversorgung bis spätestens 2045 aufzuzeigen. Bestehende Wärmenetze müssen bis 2030 zu mindestens 30 % und bis 2040 zu 80 % mit erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme gespeist werden. Bei neuen Wärmenetzen liegt dieser Mindestanteil bei 65 %. Die im Wärmeplan für das jeweilige Untersuchungsgebiet favorisierten Technologien zur Wärmeversorgung wirken sich entsprechend auch auf die Infrastruktur aus, weshalb Energieversorgungsunternehmen und Netzbetreiber eine zentrale Rolle bei der Wärmeplanung einnehmen.

Für Kommunen mit über 100.000 Einwohnern sollen die Wärmepläne bis zum 30. Juni 2026 vorliegen, während kleinere Kommunen zwei Jahre länger Zeit haben. Da der Bund die Kommunen nicht direkt verpflichten kann, werden mit dem WPG formal die Bundesländer verpflichtet, für die Umsetzung des Bundesgesetzes Sorge zu tragen. Der Freistaat Sachsen muss den rechtlichen Rahmen noch spezifizieren.

Die Unternehmen des SachsenEnergie Konzerns werden die Umsetzung der neuen Vorgaben aus GEG und WPG basierend auf der Energieverteilstrategie für die Verteilnetze aktiv begleiten. Dies betrifft sowohl die Unterstützung der Kommunen bei der Durchführung der kommunalen Wärmeplanung, die Energieverteilstrategie und damit die Erstellung zukunftssicherer Wärmeversorgungslösungen für die Kunden.

Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) – Planung eines Wasserstoff-Kernnetzes und Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur

Im Juni 2023 veröffentlichte die Bundesregierung die Fortschreibung der ersten Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) aus dem Jahr 2020. Die Fortschreibung sieht u. a. den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur in Deutschland vor, die mit dem Wasserstoffmarkt wächst und in den europäischen Binnenmarkt eingebettet ist. Das sogenannte „Wasserstoffkernnetz“ mit einer Länge von 9.700 km soll die Versorgung von Schlüsselindustrien und Regionen mit Wasserstoff sicherstellen und bereits bis 2032 in Betrieb gehen. Die Zielstellung für die heimische Elektrolyseleistung bis 2030 wird auf 10 GW angehoben.

Mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG 2023) hat die Bundesregierung die notwendigen Rechtsgrundlagen für das Wasserstoffkernnetz geschaffen, wonach sich die Ausprägung, bzw. der Verlauf des Kernnetzes, auf die Ermöglichung eines überregionalen Transports von Wasserstoff konzentrieren soll. Hierfür sollen die verschiedenen Fernleitungsnetzbetreiber der Bundesnetzagentur (BNetzA) einen gemeinsamen Antrag auf ein entsprechendes Wasserstoffkernnetz zur Genehmigung vorlegen.

Der SachsenEnergie Konzern hat erreicht, dass die Anbindung der Landeshauptstadt Dresden an das Wasserstoffkernnetz in den Antragsentwurf der FNB Gas (Zusammenschluss der Fernleitungsnetzbetreiber „FNB Gas e. V.“) aufgenommen wurde. Auch für die Verbrauchsschwerpunkte im Industriebogen Meißen wurden entsprechende Erweiterungsmeldungen veranlasst. Den finalen Antrag werden die FNB Gas bis Mai 2024 an die BNetzA übermitteln, welche dann abschließend über die Realisierung der gemeldeten

Leitungsabschnitte entscheiden wird. Abseits des Kernnetzes wird die Wasserstoffversorgung über das Gasverteilnetz erfolgen. Die Vorbereitungsarbeiten dafür haben bereits begonnen.

Neben den Regelungen zum Wasserstoffkernnetz wurde mit der EnWG-Novelle auch einem Urteil des europäischen Gerichtshofs zur Stärkung der Bundesnetzagentur Rechnung getragen. Diese soll künftig frei über Netzentgelte und Netzzugänge entscheiden können und unabhängiger vom deutschen Verordnungsgeber sein. Ebenfalls Bestandteil der EnWG-Novelle ist die Einführung des Prinzips „Nutzen statt Abregeln“ von erneuerbaren Energien im Stromsektor. Für eine Netzentgeltbefreiung können nach 2008 errichtete Elektrolyseure und Speicher anstatt wie bisher 2026, nun bis spätestens 2029 in Betrieb genommen werden. Für 2024 wurden bereits weitere Novellierungen des EnWG angekündigt.

Novelle Messstellenbetriebsgesetz – Digitalisierung der Energiewende

Das Inkrafttreten des Gesetzes zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende (GNDEW) am 27. Mai 2023 setzte den Startpunkt des von der Branche lange geforderten rechtssicheren Rollouts von intelligenten Messsystemen. Für Verbraucher bis 100.000 kWh/a – das umfasst alle Privatkunden - und Anlagen bis 100 kW können die Messstellenbetreiber den Rollout auf freiwilliger Basis sofort beginnen oder fortsetzen. Zur Pflicht wird das Rollout für grundzuständige Messstellenbetreiber spätestens ab 1. Januar 2025.

Novelle Energieeffizienzgesetz (EnEfG) – bessere Nutzung vorhandener Energiepotenziale

Am 18. November 2023 ist das neue Energieeffizienzgesetz (EnEfG) in Kraft getreten. Es setzt, im Vorgriff auf die neue EU-Energieeffizienzrichtlinie, Ziele für die jährliche Endenergieeinsparung mit einer besonderen Vorbildwirkung der öffentlichen Hand. Neu sind Regelungen für Informationspflichten zu Abwärmepotenzialen und Abwärmennutzungspflichten für Rechenzentren. Die Anzahl von Unternehmen, die Energie- oder Umweltmanagementsysteme einrichten müssen, wurde durch Absenkung von Grenzwerten erweitert. Bei den Unternehmen des SachsenEnergie Konzerns sind Energie- und Umweltmanagementsysteme bereits etabliert und es ist bereits die Abwärmeeinspeisung eines Rechenzentrums in das Dresdner Fernwärmenetz in Umsetzung.

Klimaschutzprogramm 2023 – Bundesregierung gibt sich einen Dekarbonisierungsfahrplan

Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden und bis 2030 sollen zunächst knapp zwei Drittel aller Emissionen eingespart sein. Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund am 4. Oktober 2023 das Klimaschutzprogramm 2023 im Kabinett beschlossen. Nach Einschätzung der Bundesregierung wird die bestehende Klimaschutzlücke bis 2030 durch zahlreiche zusätzliche Maßnahmen deutlich reduziert. Das Klimaschutzprogramm listet diese Maßnahmen nach Sektoren getrennt auf.

Keine Verlängerung der Strom- & Gaspreisbremsen bis 2024

Mit Blick auf die signifikant angestiegenen Energiekosten wurden bereits Ende 2022 die Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Unternehmen in Deutschland beschlossen. Sie waren das gesamte Jahr 2023 wirksam, wurden jedoch nicht über den Jahreswechsel hinaus verlängert.

Für den Erdgas- und Wärmeverbrauch galt: Für Endkunden mit Standardlastprofil sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wurden 80 % des Erdgasverbrauches mit 12 Cent/kWh bzw. 80 % des Wärmeverbrauches mit 9,5 Cent/kWh berechnet. Bei Industriekunden wurden für 70 % des Erdgasverbrauches 7 Cent/kWh bzw. 7,5 Cent/kWh beim Wärmeverbrauch festgelegt. Mit den Kontingenten von 80 % bzw. 70 % wurden weiterhin Sparanreize beim Energieverbrauch gewährleistet. Auch die Strompreisbremse umfasste ein sogenanntes Basispreiskontingent, bei dem eine bestimmte Strommenge zu einem vergünstigten Preis angeboten wurde: Endkunden mit einem Verbrauch von bis zu 30.000 kWh erhielten demnach

ein auf 40 Cent/kWh gedeckeltes Kontingent für bis zu 80 % ihres historischen Netzbezuges. Bei Kunden mit einem höheren Jahresverbrauch wurden 70 % des historischen Netzbezuges auf 13 Cent/kWh gedeckelt. Die Differenzbeträge zu den tatsächlichen Energiekosten wurden den Energieversorgungsunternehmen erstattet.

Die Umsetzung der Preisbremse war eine große organisatorische Herausforderung, da im laufenden Betrieb in bestehende Abrechnungssysteme eingegriffen werden musste. Sie konnte nur mit erheblicher Mehrarbeit unserer Beschäftigten bewältigt werden, da neben der technischen Umsetzung auch ein erhöhtes Niveau an Kundenanfragen zu bewältigen war. Dem SachsenEnergie Konzern ist es gelungen, insbesondere bei der Belieferung der Stromkunden, fast vollständig Preise unterhalb des Limits der Preisbremse anzubieten.

Haushaltsfinanzierungsgesetz zum Bundeshaushalt 2024 – Stromsteuersenkung statt Industriestrompreis & Anhebung des CO₂-Preises ab 2024

Um insbesondere die stromintensive Industrie bei den gestiegenen Stromkosten zu entlasten, wurde seit April 2023 umfangreich über die Einführung eines sogenannten „Industriestrompreises“ diskutiert. Innerhalb der Bundesregierung war man sich dabei jedoch lange uneins über die konkrete Ausgestaltung. Im November 2023 einigte sich die Koalition schließlich darauf, die Stromsteuer für alle Betriebe des produzierenden Gewerbes ab dem Jahr 2024 für mindestens zwei Jahre von derzeit rund 2 Cent/kWh auf den europäischen Mindestwert von 0,05 Cent/kWh abzusenken. Sofern im Bundeshaushalt eine Gegenfinanzierung sichergestellt werden kann, soll diese Regelung bis 2028 verlängert werden. Das entsprechende Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 wurde am 15. Dezember 2023 im Bundestag verabschiedet und vom Bundesrat gebilligt. Im Gegenzug für die Stromsteuersenkung entfällt der bisher geltende Spitzenausgleich.

Ebenfalls Bestandteil des Haushaltsfinanzierungsgesetzes ist eine Anhebung der Festpreise im Brennstoffemissionshandelsgesetz. Dieses wird dahingehend angepasst, dass der CO₂-Preis im Jahr 2024 von 30 EUR/t auf 45 EUR/t und ab 2025 von 45 EUR/t auf 55 EUR/t erhöht wird. Die Änderung betrifft vor allem den privaten Gasverbrauch und Kfz-Kraftstoffe.

Ursprünglich sollte es für 2024 einen Zuschuss des Bundes an die Übertragungsnetzbetreiber i. H. v. EUR 5,5 Mrd. zur Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte geben. Darauf hatte sich die Bundesregierung mit dem Strompreispaket vom 9. November 2023 geeinigt. Infolge des Haushaltsurteils des Bundesverfassungsgerichtes wurden diese EUR 5,5 Mrd. jedoch im Bundeshaushalt 2024 wieder eingespart und sind somit nicht mehr Bestandteil des Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024. Dies hat deutlich gestiegene Netzentgelte der Übertragungsnetze zur Folge. Der SachsenEnergie Konzern hat die Entscheidung getroffen, den hieraus resultierenden Anstieg der Strompreise nicht über seine Stromtarife an die Privatkunden weiterzugeben.

Forschung und Entwicklung

Die eigene Zukunft unter den Randbedingungen der Energiewende und der zunehmenden Vernetzung und Digitalisierung zu gestalten, erfordert die proaktive Beschäftigung mit neuen Trends und Marktchancen. Dafür beteiligt sich die SachsenEnergie an ausgewählten perspektivreichen Projekten, aus denen Ansätze für neue Dienstleistungen, Effizienzverbesserungen oder eine noch bessere Servicequalität hervorgehen können.

Mit dem Forschungsvorhaben dymoBat – KI unterstützte Kommunikationstechnologien zur dynamischen Optimierung von Energiespeichern zur Frequenzstabilisierung und Energieversorgung – wird erforscht, ob und wie das bidirektionale Laden von Elektrofahrzeugen in Kombination mit der 5G-Technologie für die Systemsicherheit Anwendung finden kann. Das Forschungsvorhaben wird durch die TU Dresden, Deutsche Telekom Professur für Kommunikationsnetze geleitet. Weitere Partner sind die SAP AG, Meshmerize GmbH, CampusGenius GmbH, Comfort Charge GmbH sowie die Landeshauptstadt Dresden.

Im September 2023 wurde das seit 2017 laufende Projekt „MAchUP“^[1] abgeschlossen, welches unter dem EU-Programm HORIZON 2020 gefördert wurde und an dem sich der SachsenEnergie Konzern zusammen mit europäischen Partnern beteiligte. Ziel des Projektes war es, Ansätze für weitere Städte zu geben, um diese Konzepte zu adaptieren, wofür in einem Testquartier potenziell replizierbare Smart-City-Konzepte zur Digitalisierung und Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz implementiert wurden. Erarbeitet und umgesetzt wurden u. a. Projekte mit der Wohnungswirtschaft zu Photovoltaik und Mieterstrom mit flexiblen Tarifen. Im Bereich der Elektromobilität entstanden neue Ladepunkte sowie ein verbessertes Bezahl- und Abrechnungssystem für Ladevorgänge. Die Auswirkungen von Schnellladern auf die Wirksamkeit eines netzstabilisierenden Großspeichers konnten innerhalb von MAchUP analysiert werden. Zur Dekarbonisierung der Energieversorgung wurde die Reduzierung der Vorlauftemperaturen (LowEx) des Fernwärmesystems untersucht, als Voraussetzung für die Integration volatiler erneuerbarer Energien.

Das unter dem EU-Programm HORIZON Europe geförderte Projekt „NEUTRALPATH“ wurde im Januar 2023 gestartet und ist mit einer Laufzeit von fünf Jahren angesetzt. Der SachsenEnergie Konzern untersucht als Projektpartner innerhalb des europäischen Konsortiums, wie Städte zukünftig klimaneutral gestaltet werden können. In Dresden wurden dafür zwei Testquartiere definiert, welche durch die Umsetzung von Dekarbonisierungsmaßnahmen eine positive Energiebilanz erreichen sollen. Ein zentraler Forschungsbestand ist die saisonale Absenkung des Temperaturniveaus der Fernwärmeversorgung. Ziel soll es sein, das Verhalten von Sekundärnetzen bei verringerten Temperaturen und die Trinkwarmwasserbereitung unter den geänderten Bedingungen zu untersuchen. Weiterhin soll der Ausbau schnellladefähiger bidirektional steuerbarer Infrastruktur für die Elektromobilität weiter vorangetrieben und ladedynamische Abrechnungstarife entwickelt werden.

In 2023 wurden die bisherigen Projektergebnisse reflektiert sowie die zukünftige Ausrichtung von energy.NEXT im Kernteam Innovationsmanagement erarbeitet. Die Ausbildung neuer agiler Coaches in 2023 liefert einen essentiellen Beitrag zur weiteren Stärkung der Innovationsfähigkeit der SachsenEnergie AG. Gestützt durch den konzernweiten Rollout von Kollaborationswerkzeugen kann die agile Arbeitsweise von allen Mitarbeitern angewandt und in den Arbeitsalltag integriert werden. Das Kommunikationsformat „mit“ macht allen Geschäftsbereichen Themen wie Agilität, Interdisziplinarität und Kunden-/Nutzenorientierung zugänglich. Zum weiteren Ausbau der Innovationsfähigkeit und der Operationalisierung wurde eine neue Projektvereinbarung abgeschlossen.

SachsenEnergie AG arbeitet mit dem Startup- Accelerator SpinLab im Bereich Scouting und Entwicklung von Kooperationen mit strategisch relevanten Startups zusammen. Die neu gegründeten Unternehmen sollen als externe Impulse dienen, um Innovationen zu fördern und neue Geschäftsfelder zu erschließen. Dafür wird den Fachbereichen von SachsenEnergie AG zu mehreren Terminen im Jahr eine Auswahl an relevanten Unternehmen vorgestellt, bei Bedarf der Kontakt vermittelt und eine potenzielle Zusammenarbeit unterstützt. Die strategischen Geschäftsfelder erhalten Zugang zu den Lösungen dieser jungen Unternehmen, die potenziell bei Lösungsentwicklung und Wachstum helfen können.

Wirtschaftliches Umfeld

Bereits im ersten Quartal des Jahres 2023 wurde in Deutschland kein Wirtschaftswachstum verzeichnet. Während dann im zweiten und dritten Quartal das Wirtschaftswachstum noch stagnierte, ging es im vierten Quartal gegenüber 2022 um 0,2 % zurück. Im Gesamtjahr 2023 gab das Bruttoinlandsprodukt damit um 0,3 % nach.

Preisentwicklung

Die Energiemärkte haben sich im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren beruhigt. Die erheblichen Verwerfungen an den Terminmärkten Gas und Strom wie im Jahr 2022 traten 2023 nicht mehr auf. Seit dem

^[1] MAximizing the UPscaling and replication potential of high level urban transformation strategies, <https://www.matchup-project.eu/>, aufgerufen am 11.12.2023

Peak Mitte August 2022 sind die Preise am Großhandelsmarkt gefallen, doch es bleibt abzuwarten, ob diese Entwicklung nachhaltig ist.

Aktuell sind die Gasflüsse nach Deutschland laut Angaben der BNetzA stabil und ausgeglichen. Die Gefahr einer angespannten Gasversorgung im aktuellen Winter schätzt die BNetzA mittlerweile als gering ein. Die gesetzliche Festlegung, zum 1. November des Jahres 95 % der Gasspeicher befüllt zu haben, wurde früher erfüllt als gefordert. Bereits Ende September wurden 95 % erreicht, per Ende Dezember 2023 lag der Speicherfüllstand immer noch auf diesem Niveau.

Gas (THE CAL +1) wurde im Jahr 2023 mit rund 53 EUR/MWh gehandelt. Das milde Winterwetter des Jahres 2023, gut gefüllte Gasspeicher und zusätzliche LNG-Importe führten dazu, dass die Gaspreise nachgaben und sich dem Niveau von unmittelbar vor Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine näherten. Für den Import von verflüssigtem Erdgas (LNG) wurden zusätzliche Terminals in Deutschland in Betrieb genommen. Der Anteil von LNG an den gesamten Gasimporten lag im Jahr 2023 bei 7 %.

Erstmalig wurden bilanziell im Gesamtjahr 56 % der Elektroenergie in Deutschland aus erneuerbaren Energiequellen zur Verfügung gestellt.

Der durchschnittliche Großhandelsstrompreis in Deutschland betrug im Jahr 2023 rund 137 EUR/MWh (Base CAL +1) und liegt damit um ca. 54 % unter dem Durchschnittspreis des Vergleichszeitraums 2022. Verglichen mit dem Durchschnittspreis des Jahres 2021 i. H. v. rund 88 EUR/t bewegten sich die Preise dennoch auf einem hohen Niveau.

Der CO₂-Preis, welcher für die Stromerzeugung aus Gas- und Kohlekraftwerken eine erhebliche Rolle spielt, betrug im Jahr 2023 rund 85 EUR/t und liegt damit leicht über dem Vorjahresniveau.

Geschäftsverlauf

Geschäftstätigkeit 2023 – Kurzüberblick

Die SachsenEnergie AG zieht für das abgelaufene Geschäftsjahr eine positive Bilanz. Mit EUR 232,1 Mio. liegt das Ergebnis vor Ergebnisabführung weit über dem Vorjahreswert und auch über dem geplanten Wert (EUR 175,1 Mio.).

SachsenEnergie AG		2023	2022
Umsatzerlöse	TEUR	3.799.416	2.626.182
Ergebnis vor Steuern (EBT)	TEUR	288.150	175.381
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	TEUR	232.101	168.706
Investitionen	TEUR	359.559	175.439
Mitarbeitende zum 31. Dezember (inkl. Auszubildende und Vorstand)	Anzahl	647	532

Ergebniserhöhungen resultieren in großem Maße aus den in 2022 eingestellten Rückstellungszuführungen für drohende Verluste Strom und Gas (EUR 70,3 Mio.) als Folge der aktuellen Situation an den Strom- und Gasmärkten, die im Jahr 2023 teilweise verbraucht oder aufgelöst werden konnten (EUR 68,3 Mio.).

Dekarbonisierung im SachsenEnergie Konzern

Das Ziel des SachsenEnergie Konzerns, möglichst bis 2035, spätestens bis 2045, klimaneutral zu werden, soll mit dem im Juni 2023 vom Aufsichtsrat beschlossenen Konzept DECARB35+ umgesetzt werden. Das

geschäftsfeld-übergreifende Programm umfasst die Vermeidung von Emissionen, die bei der Erzeugung von Strom und Wärme in den eigenen Kraftwerken, dem Ausgleich von Netzverlusten sowie im Fuhrpark entstehen. Da ca. 90 % der zu vermeidenden Emissionen des SachsenEnergie Konzerns in der Sächsischen Landeshauptstadt Dresden entstehen, ist die Ergrünung der Fernwärmeversorgung, ein zentraler Bestandteil des Dekarbonisierungskonzeptes. Dessen Umsetzung soll durch die Nutzung industrieller Abwärme, den Einsatz von Großwärmepumpen und -speichern sowie weiteren Elektrodenheizkesseln erfolgen. Neue entscheidende Bausteine zur Neutralisierung der CO₂-Emissionen sind die thermische Abfallverwertung sowie später auch der Einsatz von Wasserstoff.

„RING30“

Beispielhaft für die schrittweise Realisierung des Dekarbonisierungskonzeptes ist das Projekt RING30. Im April 2023 erfolgte die Gründung der RING30 GmbH, einer einhundertprozentigen Tochter der SachsenEnergie AG, mit dem Ziel der Errichtung und dem Betrieb einer Anlage zur klimaschonenden Aufbereitung und energetischen Verwertung von Restabfällen der Stadt Dresden. Die dabei gewonnene Energie soll zur Bereitstellung von Wärme und Strom genutzt werden. Derzeit befindet sich das Projekt noch in der Planungs- und Genehmigungsphase und wird voraussichtlich 2030 den Dauerbetrieb aufnehmen.

Das neue gemeinsame Ausbildungszentrum in Dresden-Reick

Im Rahmen der Personalbeschaffung hat die eigene Ausbildung im SachsenEnergie Konzern eine wesentliche Bedeutung. Wichtig hierbei ist u. a. ein attraktives Arbeits- und Ausbildungsumfeld mit moderner Gebäude-Infrastruktur. Dafür werden die beiden bisherigen Ausbildungsstätten zusammengelegt und ein neues repräsentatives Ausbildungszentrum am Innovationsstandort Dresden-Reick errichtet. Damit verbunden ist die umfassende Sanierung eines Bestandsgebäudes sowie die Errichtung eines Nebengebäudes. Kürzere Wege werden so zukünftig für eine noch engere Zusammenarbeit der Ausbildungsteams sorgen und die fachbereichsübergreifende Unternehmenskultur fördern.

Ausbau der Wasserversorgung

Die Landeshauptstadt Dresden ist bereits heute der größte Standort der Halbleiter-Industrie in Europa. In den nächsten Jahren wird mit der weiteren Neuansiedlung von branchenähnlichen Firmen gerechnet. Die mit diesen Ausbauplänen verbundene Ausweitung der Produktionskapazitäten wird dazu führen, dass sich die Nachfrage an Industrierwasser durch die Halbleiterindustrie in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren verdoppelt oder gar verdreifacht. Damit wird sich der Anteil dieses Industriezweiges am Gesamtwasserbedarf Dresdens von derzeit 30 % auf ca. 50 % bis zum Jahr 2030 erhöhen.

Um dieser erhöhten Nachfrage der stark wachsenden Chip-Industrie an Industrierwasser bei gleichzeitigem Erhalt der hohen Versorgungssicherheit der Dresdner Bevölkerung mit Trinkwasser gerecht zu werden, soll bis 2030 ein neues Flusswasserwerk und das dazugehörige Transportsystem im Dresdner Nordraum errichtet werden. Mit dem Bau dieses Flusswasserwerkes wird die Industrierwasserversorgung von der Trinkwasserversorgung entkoppelt, so dass industrielle Neuansiedlungen und Erweiterungen ermöglicht werden, ohne die Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung zu beeinträchtigen.

Parallel dazu werden bis 2026 die bestehenden Wasserwerke Coschütz, Hosterwitz und Tolkewitz ertüchtigt und das Reserve-Wasserwerk Albertstadt erneut in Betrieb genommen.

Bereits Anfang des Jahres 2023 wurde die Wasserfassung Saloppe mit 15 Uferfiltrat-Brunnen zur abschließlichen Belieferung von Unternehmen im Dresdner Norden in Betrieb genommen. Damit hat der SachsenEnergie Konzern einen ersten wichtigen Schritt zur Errichtung eines umfangreichen reinen Industrierwassersystem getan.

Telekommunikationsdienstleistungen

Mit dem Start der neuen SachsenGigaBit-Marke für den Privat- und Gewerbekundenmarkt sind im September 2023 eine Reihe von Marketingaktivitäten im öffentlichen Raum sowie auch innerhalb des SachsenEnergie Konzerns angelaufen. Gleichzeitig wird mithilfe der neuen Kundenplattform der im Wettbewerb erforderliche Automatisierungs- und Effizienzgrad nun erfolgreich abgebildet. Die Zahl der Vertriebspartner konnte erhöht werden (28 Vertriebspartner mit insgesamt 44 Filialen), um auch hier die Sichtbarkeit und Bekanntheit der neuen Marke im gesamten Versorgungsgebiet auszudehnen.

Neben der Etablierung der neuen Telekommunikationsmarke wird auch der Aufbau eines zukunftsweisenden Glasfasernetzes für Dresden seit Ende 2023 in den nördlichen Stadtgebieten Dresden-Hellerau, -Klotzsche, -Rähnitz und -Wilschdorf vorangetrieben. Im Gegensatz zu anderen Marktteilnehmern wird das Glasfasernetz, unabhängig von der sogenannten Vorvermarktungsquote, bis in den Keller bzw. die Wohnung bei Mehrfamilienhäusern kostenfrei errichtet.

Außerhalb Dresdens wurde bereits im Juli 2023 die Partnerschaft zwischen der Wohnungswirtschaft Bautzen und der SachsenGigaBit formell begründet. Im Oktober erfolgte dann die offizielle Unterschrift zum partnerschaftlichen Glasfaserausbau für die Bautzner Wohnungsbaugesellschaft sowie der Bautzner Mietergenossenschaft GAIA eG. Der Bau der Netzebene 3 wird von der Energie- und Wasserwerke Bautzen GmbH übernommen. Die SachsenEnergie AG baut die Netzebene 4 und bietet Produkte an.

Im März 2023 konnte der Zuwendungsbescheid für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge final unterzeichnet werden. Das Projekt mit einem Volumen von EUR 123 Mio. ist das bisher größte Breitbandausbauprojekt für die SachsenEnergie AG und das größte Einzelprojekt, welches der Landkreis je beschlossen hat. Insgesamt werden bis Ende des Jahres 2026 11.000 Adressen erschlossen.

Schaffung einer gemeinsamen Hauptverwaltung: das SachsenEnergie Center

Mit der Fertigstellung eines Anbaus an das bestehende Gebäude CITY CENTER zum 1. Juli 2022 konnten neue Räume für die Mitarbeitenden in einer modernen Arbeitsumgebung geschaffen werden. Der Anbau zeichnet sich dabei durch großzügige, lichtdurchflutete Büros, vielfältige Mehrwertflächen, Teamküchen, begehbare begrünte Dachterrassen und viele Think-Tanks aus.

Das alte Bestandsgebäude wird seit Sommer 2022 umfassend saniert. Nach abgeschlossener Sanierung ab Mitte 2024 werden auch diese Räume wieder bezogen. Damit entsteht eine neue gemeinsame Hauptverwaltung des SachsenEnergie Konzerns: das SachsenEnergie Center.

Zertifizierung des Informationssicherheits- sowie des Umwelt- und Energiemanagementsystems

Die SachsenEnergie AG betreibt seit dem Jahr 2008 ein Umweltmanagementsystem. Das Überwachungsaudit durch die Umweltgutachter der OmniCert Umweltgutachter GmbH, Bad Abbach, im Jahr 2023 bestätigte die Verbesserung der umweltbezogenen Leistung und die Wirksamkeit des Managementsystems nach der internationalen Norm ISO 14001. Die aktuelle Zertifizierung behält bis November 2024 ihre Gültigkeit.



Im Rahmen des Überwachungsaudits wurde das Unternehmen ebenfalls nach ISO 50001 geprüft, womit der Nachweis der fortlaufenden Verbesserung der Energieeffizienz sowie der normkonformen Messung und Verifizierung der energiebezogenen Leistung erbracht werden konnte. Als integriertes Umwelt- und Energiemanagement sind die Systeme Bestandteil einer Verbundzertifizierung im SachsenEnergie Konzern.

Bereits seit dem Jahr 2017 stellen sich Unternehmen des SachsenEnergie Konzerns erfolgreich Audits zur Informationssicherheit gemäß bzw. äquivalent zur ISO/IEC 27001 und arbeiten seitdem auch hinsichtlich dieser Thematik sehr eng zusammen.



Im Jahr 2023 wurde dies mit einer erfolgreichen Erst-Zertifizierung der übergreifenden ISO/IEC 27001-Matrix-Zertifizierung für die SachsenEnergie AG als weiterer Meilenstein bestätigt.

Sie deckt insbesondere die Aspekte der Informationssicherheit im Bereich der Informationstechnologie ab. Somit wird die Informationssicherheit im Rahmen der Bereitstellung und des Betriebes von IT-Services zur Unterstützung des sicheren Betriebes kritischer Infrastrukturen sowie zur Ausübung des technischen Betriebes intelligenter Messsysteme gewährleistet.

SachsenEnergie AG als TOP-Lokalversorger ausgezeichnet



Die SachsenEnergie AG wurde vom Energieverbraucherportal¹ in den Sparten Strom und Gas als „TOP-Lokalversorger 2023“ ausgezeichnet. An diesem Siegel erkennen Strom- und Gaskunden auf einen Blick ein Energieunternehmen mit: transparenter Preispolitik, Engagement und Investitionen in die eigene Region, einem hohen Stellenwert an Umweltgesichtspunkten und mit einer hohen Servicequalität.

SachsenEnergie AG ist „Herausragender Regionalversorger 2022/23“



¹ Vgl. Energieverbraucherportal, <http://www.energieverbraucherportal.de> (22.01.2024)

Die Deutsche Gesellschaft für Verbraucherstudien (DtGV)² hat die SachsenEnergie AG in den Bereichen Strom und Gas für ihre Leistung hinsichtlich Kundenservice, Internetauftritt, Tarifoptionen, Nachhaltigkeit und regionales Engagement als „Herausragender Regionalversorger 2022/23“ ausgezeichnet. Unseren Kunden bestätigt es einmal mehr: mit SachsenEnergie AG haben sie einen zuverlässigen und kompetenten Partner rund um das Thema Energie direkt in ihrer Region.

Zukunftsorientiertes Personalmanagement

Zum 31. Dezember 2023 beschäftigte die SachsenEnergie AG 580 Mitarbeitende (i. Vj. 481) und 64 Auszubildende (i. Vj. 48) sowie drei Vorstände.

Strategisches Personalwachstum im Konzern SachsenEnergie

Der personelle Ausbau der strategischen Geschäftsfelder, die Betreuung und Entwicklung der Mitarbeitenden in Veränderungssituationen, die Digitalisierung der Personalarbeit, die begleitende Umsetzung von Strukturänderungen sowie die Ausgestaltung neuer kollektivrechtlicher arbeitsvertraglicher Regelungen sind beispielhaft für die vielfältigen Schwerpunkte in der Personalarbeit. Ziel ist es, die Unternehmensziele, insb. den Wachstumskurs des SachsenEnergie Konzerns, bestmöglich zu unterstützen.

Die strategische Personalplanung, die seit vielen Jahren in einem jährlichen Dialogprozess gemeinsam mit den Fachbereichen fortgeschrieben wird, ist mit der Konzernbetriebsvereinbarung „Strategische Personalplanung“ systematisch weiterentwickelt worden. Neben formalen Standards für den Planungsprozess wurden Kennzahlen für ein regelmäßiges Reporting an die Interessenvertretungen definiert, um die Transparenz für alle am Prozess beteiligten Instanzen zu erhöhen. Planungsrelevante Kennzahlen werden mit den Fachbereichen und Interessenvertretungen mindestens halbjährlich beraten. Im Kontext der strategischen Personalplanung wurden zudem sogenannte Schlüsselpositionen in der Unternehmensgruppe definiert. Ziel dabei ist, für die organisatorisch und finanziell bedeutenden Positionen präventive Maßnahmen für Vakanzen zu definieren, so z. B. organisatorische (z. B. Bildung von Redundanzen), prozessuale (z. B. frühzeitige Sicherung des Erfahrungs- und Fachwissens) und personenbezogene Maßnahmen (z. B. langfristige Aus- und Weiterbildung).

Aktuelle Herausforderungen der Personalarbeit

Herausforderungen aus dem demographischen Wandel im Einzugsgebiet der Unternehmensgruppe sowie die prognostizierten Altersabgänge stellen im Hinblick auf die Wachstumsziele der Unternehmensgruppe hohe Ansprüche an den Recruiting-Prozess. Rechtzeitig die geeigneten Recruiting-Maßnahmen zu ergreifen, ist ein entscheidender Erfolgsfaktor bei der Gewinnung neuer Mitarbeiter. Neben den klassischen Informationskanälen wurde erfolgreich über „Active Sourcing“ in sozialen Netzwerken und durch Karrieremessen neues Personal für die Unternehmensgruppe akquiriert. Mit der erfolgreichen Einführung des Mitarbeiterempfehlungsprogramms „TalenteFinder“ wurden die Mitarbeitenden aktiv in die Besetzung vakanter Stellen eingebunden. Über eine digitale Plattform engagieren sich die Mitarbeiter als „Markenbotschafter“ und bewerben Stellenausschreibungen eigenmotiviert über vielfältige weitere Kanäle. Mit diesem Kanalmix wurde die Reichweite für unterschiedliche Zielgruppen verbessert. So konnten mit den angestoßenen Initiativen die Bewerbungseingänge erhöht und qualitativ verbessert werden.

Zur Erhöhung der Effizienz und Transparenz haben u. a. die erfolgreiche Einführung der digitalen Personalakte, die Digitalisierung der Arbeitsberichte und das Go-Live des „EnergieCampus“ beigetragen. Manuelle Arbeitsvorgänge auf Papier konnten somit reduziert und eine effiziente Daten- und Informationsverarbeitung etabliert werden. Auf diesem Weg frei gewordene Ressourcen konnten dadurch erfolgreich bei Wachstumsprojekten unterstützen.

Im Rahmen des langfristig angelegten Projektes „energy.Work“ begleiten die Bereiche Personal und Liegenschaften gemeinsam mit dem Bereich Unternehmenskommunikation insb. die Veränderung der Arbeitswelt, u. a. in den Themengebieten mobiles Arbeiten, Desksharing und der optimalen Nutzung des neuen SachsenEnergie Centers. Damit verbunden sind Vorbereitungen für den im Jahr 2024 vorgesehenen Bezug des sanierten Bestandsgebäudes am Hauptbahnhof (früher: City Center) und die dadurch ermöglichte Zusammenführung der strategischen Geschäftsfelder und Corporate-Bereiche an einem Standort.

Ausbildung

Neben der externen Personalbeschaffung spielte auch die eigene Ausbildung eine entscheidende Rolle bei der Personalbeschaffung. Konstant hohe Bewerberzahlen und die erfolgreiche Besetzung der Ausbildungsplätze für kaufmännische und technisch-gewerbliche Ausbildungsberufe sowie duale Studiengänge belegen die hohe Reputation als Ausbildungsbetrieb. Auch die hohe Qualität der eigenen Ausbildung lässt sich nachweisen. So wurde die SachsenEnergie AG von der Industrie- und Handelskammer Dresden wiederholt als „Ausgezeichneter Ausbildungsbetrieb“ geehrt. Zudem wurde ein Auszubildender als IHK-Kammerbester und ein Auszubildender als IHK-Landesbester geehrt. Zur Förderung von besonders guten Ausbildungsleistungen beteiligt sich die Unternehmensgruppe am Berufswettbewerb „WorldSkills Germany“. Im Jahr 2023 konnten die Teilnehmenden einen 2. Platz im Segment Elektroinstallation sowie einen 2. und 3. Platz im Segment Anlagenelektrik erringen.

Um die eigene betriebliche Ausbildung zukunftsorientiert, modern und attraktiv aufzustellen sowie die bisherigen zwei Ausbildungszentren zu vereinen, wurde mit dem Ausbau des Ausbildungszentrums in Dresden-Reick begonnen. Die komplette Fertigstellung ist für das Jahr 2026 geplant.

Zur Berufsorientierung erhalten Schüler*innen beispielsweise bei Schülerpraktika oder Karrieremessen einen realistischen Einblick in das Aufgabenportfolio der Unternehmensgruppe. Studierende bekommen die Möglichkeit, über Praktika, Abschlussarbeiten, Werkstudenten-Tätigkeiten und das individuell gestaltete Traineeprogramm den SachsenEnergie Konzern als Arbeitgeber kennenzulernen. Die überwiegende Mehrheit der Trainees kann an die Unternehmensgruppe dauerhaft gebunden werden. Studierende, die einmal Aufgaben, z. B. als Praktikant, absolviert haben, werden für offene Vakanzen aktiv angesprochen und eingesetzt.

Um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften des Unternehmens decken zu können, wurde das Ausbildungsportfolio in 2023 erweitert: der duale Studiengang „Informationstechnologie“ sowie die Ausbildungsberufe „Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung“ und „Fachinformatiker für Systemintegration“ wurden neu aufgenommen.

Employer Branding und Personalmarketing

Zur Stärkung der Position als attraktiver Arbeitgeber wurde im Rahmen des Employer Branding die Arbeitgebermarke „SachsenEnergie“ strategisch weiterentwickelt. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Entwicklung von Botschaften, die das Recruiting mit zielgruppenspezifischer und aufmerksamkeitsstarker Bildsprache unterstützen. Im Jahr 2023 wurde neben Printanzeigen und digitalen Media-Flights auf sozialen Netzwerken eine gezielte Kommunikationsmaßnahme für die Zielgruppe Auszubildende und Studierende umgesetzt. Mit einem Hochschulkonzept wird die systematische Stärkung des Recruitings von akademischen Nachwuchskräften gefördert. Kernelemente sind das Traineeprogramm, die Kooperationen mit regionalen Hochschulen und die aktive Interaktion auf zielgruppenspezifischen Veranstaltungen und digitalen Kanälen.

Personalentwicklung

Die SachsenEnergie AG orientiert sich bei der Bereitstellung eines vielfältigen Bildungskataloges an den strategischen Bedarfen der Unternehmensgruppe (u. a. zu Themen Führung, Nachwuchs- und Persönlichkeitsentwicklung, Agilität, Digitalisierung) sowie an den u. a. im Rahmen der Mitarbeitergespräche

adressierten Weiterbildungsbedarfen der Mitarbeitenden und Führungskräfte. Kompetenzbasierende Angebote ermöglichen eine individuelle Weiterentwicklung unter Berücksichtigung der heterogenen Anforderungen in der Unternehmensgruppe. Das Portfolio von fachlichen, methodischen und persönlich-sozialen Themen fördert und unterstützt das lebenslange Lernen. Rund 1.200 interne Weiterbildungsmaßnahmen mit rund 9.800 Teilnahmen wurden erfolgreich durchgeführt. Im dynamischen Wachstum haben die Führungskräfte und deren systematische Weiterentwicklung eine besondere Bedeutung. Zur Vorbereitung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben wurden insb. neue Führungskräfte vor der Übernahme der Führungsfunktion zu den Themen Mitarbeiterführung, Gesprächsführung und Arbeitsrecht im Rahmen von Grundlagensmodulen geschult.

Zur Förderung und Stärkung der Führungsrolle in komplexen Arbeitssituationen wurden neue Angebote zur Führungskräfteentwicklung sowie die Durchführung von Führungskräftepraxistagen mit allen Führungskräften umgesetzt. Im Zentrum standen dabei Erwartung und Rolle der Führungskräfte im Kontext des Wachstumsprozesses und die Ausgestaltung damit verbundener Entwicklungen und Veränderungen in den eigenen Struktureinheiten. Thematisiert wurden dabei auch die unternehmensweiten Leitplanken für Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation, welche Orientierung für das Miteinander geben und sowohl die Neuausrichtung als auch die Strategie- und Kulturentwicklung der Gruppe unterstützen.

Zukunftsgestaltung steht in engem Zusammenhang mit dem Erwerb neuer Kenntnisse und Qualifikationen, um den sich rasch ändernden Anforderungen begegnen zu können. In der Konzernbetriebsvereinbarung zur Qualifizierung/Weiterbildung wurden Standards festgeschrieben und Fördermechanismen für Fort- und Aufstiegsqualifizierungen geregelt. Die Einführung der digitalen Lernwelt der Unternehmensgruppe - dem sogenannten „EnergieCampus“- bietet den Mitarbeitenden die Möglichkeit, Arbeiten und Lernen orts- und zeitunabhängig nach Bedarf zu verbinden. Der Wissensstand kann dabei in individuellem Lerntempo mittels kurzer Lernformate in digitalen und hybriden Veranstaltungen systematisch erweitert werden.

Das Nachwuchsförderprogramm „Energieträger“ wird fortgesetzt und stetig an neue Anforderungen angepasst. Damit wird ein wichtiger Baustein zur internen Fach- und Führungskräfteentwicklung geleistet. Zusätzlich trägt das Programm zur Motivation und -bindung ausgewählter Talente bei.

Systematische Mitarbeiterbefragungen sind als Grundlage themenbezogener Kulturentwicklung in der Unternehmensgruppe etabliert. Auf den Ergebnissen der jüngsten Befragung zu den Schnittstellen zwischen Abteilungen aufsetzend, wurden sowohl Dialogprozesse zwischen den Abteilungen zur Verbesserung der erkannten Schwachstellen initiiert als auch neue Handlungsfelder identifiziert und Verbesserungen sowie Change-Maßnahmen für Führungskräfte, Teams und die Unternehmensgruppe insgesamt abgeleitet.

Mitarbeitergesundheit und -bindung

Mit zielgruppenspezifischen Gesundheitsangeboten wurden die Gesundheitskompetenz der Mitarbeitenden gefördert sowie ihre Motivation und Leistungsfähigkeit gestärkt. Zur Stärkung der Mitarbeitergesundheit und -bindung wurde ergänzend zu den langjährig bestehenden Sportangeboten in der Unternehmensgruppe eine umfassende Kooperation mit Urban Sports Club für ein Firmenfitnessmodell geschlossen. Den Mitarbeitenden wird dadurch der Zugriff auf Europas vielfältigstes Sport- und Wellness-Angebot ermöglicht.

Durch „meinEAP“ (Employee Assistance Program) besteht für Mitarbeitende und ihre Angehörigen die Möglichkeit, professionelle Unterstützung sowohl bei Alltagsthemen als auch bei ernsten beruflichen oder privaten Krisen in Anspruch zu nehmen.

Im Zuge der baulichen Verschmelzung des SachsenEnergie Centers und des ehemaligen City Centers verantwortet der Personalbereich die Neukonzeption und Einführung des Gastronomiekonzeptes für die Mitarbeiterverpflegung an vier Standorten in Dresden. Nach Abschluss der Konzeptphase wurde die Ausschreibung für die Bewirtschaftung in 2023 begonnen. Der Bewirtschaftungsbeginn an den Standorten ist für die zweiten Jahreshälfte 2024 vorgesehen.

Wirtschaftliche Lage

Ertragslage

Absatzentwicklung

Der **Stromabsatz** 2023 liegt bei 10.233 GWh (i. Vj. 8.877 GWh) und damit über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg ist im Absatz an Großkunden und in der Portfoliooptimierung begründet.

Der Absatz an Kleinkunden (inkl. Mehr-/Minderungenabrechnung) liegt im Geschäftsjahr 2023 mit 1.018 GWh (i. Vj. 1.044 GWh) geringfügig unter dem Vorjahreswert. An Großkunden wurden 3.800 GWh (i. Vj. 3.326 GWh) und an Weiterverteiler 1.395 GWh (i. Vj. 1.467 GWh) abgesetzt. Die Lieferungen an andere Stromhändler im Rahmen der Portfoliooptimierung (2.949 GWh) zuzüglich der konzerninternen Stromlieferungen (1.071 GWh), im Wesentlichen aus Direktvermarktung von EEG-Einspeisemengen, liegen deutlich über dem Vorjahresniveau (i. Vj. in Summe 3.040 GWh).

Der **Gasabsatz** 2023 beträgt 15.968 GWh (i. Vj. 16.968 GWh). Der Rückgang ist insbesondere in geringerem Absatz im Rahmen der Portfoliooptimierung begründet.

Der Absatz an Kleinkunden (inkl. Mehr-/Minderungenabrechnung) im Geschäftsjahr 2023 in Höhe von 2.034 GWh lag leicht unter dem Vorjahreswert von 2.112 GWh. Bei den Großkunden verringerte sich der Absatz gegenüber dem Vorjahr leicht auf 2.377 GWh (i. Vj. 2.615 GWh). An Weiterverteiler wurden 6.277 GWh (i. Vj. 6.081 GWh) geliefert. Im Rahmen der Portfoliooptimierung an andere Händler wurden 5.280 GWh (i. Vj. 6.160 GWh) Gas abgesetzt.

Wesentlicher Bestandteil der Portfoliooptimierung ist der Abgleich des langfristigen Kaufs von Strom und Gas mit dem tatsächlich eintretenden Bedarf (Im kurzfristigen Stromhandel [Spotmarkt] werden Stromlieferungen in sowohl 15-Minuten- als auch Stunden-Blöcken gehandelt).

Entwicklung wesentlicher Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** liegen mit EUR 3.799,4 Mio. um EUR 1.173,2 Mio. über dem Vorjahr (EUR 2.626,2 Mio.).

Die Erlöse aus Stromlieferungen (Handel und Erzeugung) stiegen überwiegend preisbedingt um EUR 903,3 Mio. auf EUR 2.284,1 Mio. (i. Vj. EUR 1.380,8 Mio.). Die Erlöse aus Gaslieferungen erhöhten sich mit EUR 1.247,0 Mio. (i. Vj. EUR 1.022,5 Mio.) überwiegend preisbedingt um EUR 224,5 Mio.

Die übrigen Umsatzerlöse betragen EUR 268,3 Mio. (i. Vj. EUR 222,8 Mio.) und resultieren u. a. aus Pacht-erlösen aus den von SachsenEnergie AG an die SachsenNetze HS.HD und die SachsenNetze verpachteten Strom- und Gasnetzanlagen, aus Dienstleistungsentgelten von verbundenen Unternehmen und Dritten, aus Datenverarbeitung, aus Erlösen aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen, weiterverrechneten nationalen Emissionszertifikaten sowie aus Wärmeerlösen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** liegen mit EUR 98,8 Mio. um EUR 26,7 Mio. über dem Vorjahr von EUR 72,1 Mio. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Erträgen aus der Inanspruchnahme und der Auflösung von Rückstellungen.

Der **Materialaufwand** beläuft sich auf EUR 3.590,5 Mio. (i. Vj. EUR 2.445,3 Mio.). Ausschlaggebend für den Anstieg sind in erster Linie die preisbedingt höheren Strom- und Gasbezugsaufwendungen. Im Geschäftsjahr 2023 haben wir durch den Verkauf von Futuregeschäften Erträge in zukünftige Perioden verlagert, was das aktuelle Jahresergebnis zu deren Gunsten beeinträchtigt (EUR 71,3 Mio.).

Der **Personalaufwand** liegt mit EUR 47,1 Mio. über dem Vorjahreswert (i. Vj. EUR 38,4 Mio.). Die Ursachen hierfür sind Tarifsteigerungen, eine im Vergleich zum Vorjahr höhere durchschnittliche Anzahl der Mitarbeitenden und Rückstellungszuführungen.

Die **Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen betragen EUR 62,0 Mio. Aufgrund des unverändert hohen Investitionsvolumens erhöhen sie sich um EUR 1,5 Mio. gegenüber dem Vorjahr (i. Vj. EUR 60,5 Mio.).

Die Verminderung der **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** auf EUR 105,3 Mio. (i. Vj. EUR 135,6 Mio.) resultiert vor allem aus Rückstellungszuführungen im Geschäftsjahr 2022 für drohende Verluste aus Strom- und Gasverkäufen, die im aktuellen Geschäftsjahr 2023 nicht mehr in dem Volumen gebildet werden mussten.

Das **Finanzergebnis** (Posten 9 bis 13 der GuV) von EUR 201,2 Mio. (i. Vj. EUR 159,3 Mio.) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um EUR 41,9 Mio. verbessert. Der Anstieg resultiert aus Erträgen aus Gewinnabführungen von EUR 202,2 Mio. (i. Vj. EUR 146,7 Mio.), vor allem bedingt durch um EUR 51,0 Mio. höhere Gewinnabführungen der DREWAG.

Die **Übernahme der Verluste der SachsenNetze**, der SachsenNetze HS.HD, der SachsenServices, der SachsenGigaBit, der SachsenIndustriewasser, der RING30 und der SachsenEnergie Delta GmbH (i. Vj. nur SachsenNetze und SachsenServices) aufgrund der Verlustausgleichsverpflichtungen aus den Gewinnabführungsverträgen wirkt sich 2023 mit EUR -10,7 Mio. (i. Vj. EUR -7,5 Mio.) negativ auf das Jahresergebnis aus.

Die **Ertragsteuern** haben sich aufgrund des im Geschäftsjahr 2023 neu abgeschlossenen Steuerumlagevertrags mit der TWD um EUR 49,0 Mio. auf EUR 51,9 Mio. erhöht.

Das **Ergebnis vor Gewinnabführung an EVD** und vor Einstellung in die Gewinnrücklagen beträgt EUR 232,1 Mio. (i. Vj. EUR 168,7 Mio.).

Finanzlage

Investitionen und Instandhaltung

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen (inkl. Finanzanlagen) i. H. v. EUR 359,6 Mio. (i. Vj. EUR 175,4 Mio.) getätigt.

Stromnetz

Die SachsenEnergie AG verpachtet für das Medium Strom sämtliche Netze und Anlagen an SachsenNetze HS.HD.

Die SachsenEnergie AG investierte nach den Vorgaben der Pächterin im Jahr 2023 EUR 74,8 Mio. (i. Vj. EUR 45,6 Mio.) in das Netz und die Anlagen zur Stromversorgung.

Hauptschwerpunkte der Investitionstätigkeit waren die Erweiterung und Erneuerung von 110-kV-Leitungen, 110-kV-Umspannwerken inklusive Beschaffung Transformatoren, Mittel- und Niederspannungsleitungen, Umspannstationen und die Errichtung von Kundenanschlüssen.

Im Rahmen des Programms zur Gewährleistung der technischen Sicherheit von bestehenden 110-kV-Freileitungen im Sinne des § 49 Energiewirtschaftsgesetzes wurden diesbezügliche Maßnahmen an ausgewählten Masten und Leitungsabschnitten, u. a. an den Leitungsanlagen Lauba-Friedersdorf, Streumen-Zeithain, Hirschfelde-Schmölln sowie Eschdorf-Oberputzkau, durchgeführt.

Im Bereich der 110-kV-Umspannwerke lag der Schwerpunkt in 2023 auf der Fortführung der Mehrjahresvorhaben, u. a. Umspannwerke Bautzen/Süd und Neustadt/Sa.

Im östlichen Teil des Versorgungsgebietes, in den Regionalbereichen Bautzen und Görlitz, erfolgte vorrangig die kundengetriebene Spannungsumstellung von 10 kV auf 20 kV zur Erhöhung der Übertragungsfähigkeit der Mittelspannungsnetze.

Gasnetz

Die SachsenEnergie AG verpachtet für das Medium Gas das Hochdrucknetz und zugehörige Anlagen an SachsenNetze HS.HD sowie die Mittel- und Niederdrucknetze und zugehörige Anlagen an SachsenNetze. Die Investitionen in das Gasnetz betragen im Geschäftsjahr 2023 nach den Vorgaben der Pächter EUR 12,1 Mio. (i. Vj. EUR 12,8 Mio.).

Bei der Erneuerung lag der Fokus auf der Ablösung von Netzleitungen entsprechend der festgelegten Nutzungsdauern. Umfangreiche Erneuerungen wurden an den Hochdruckleitungen Großdubrau-Auritz sowie Bad Schandau-Krippen vorgenommen. Neben Maßnahmen am Gasleitungsnetz erfolgten Erneuerungen von Heizungen und einer Odorieranlage im Bereich der Hochdruck-Gasanlagen.

Breitbandinfrastruktur

Seit 2015 baut der SachsenEnergie Konzern die Breitbandinfrastruktur im Netzgebiet stufenweise aus. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden EUR 73,3 Mio. (i. Vj. EUR 30,2 Mio.) investiert. Im Jahr 2023 begann der geförderte Breitbandausbau im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und in der Stadt Riesa. Die laufenden Projekte (u. a. Landkreis Görlitz, Sebnitz, Landkreis Bautzen, Bannewitz, Lommatzsch, Ebersbach, Lampertswalde und Diera-Zehren) werden fortgesetzt. Das Breitband-Vorhaben in Priestewitz wurde im August 2023 erfolgreich abgeschlossen. Mit der Strategie, den geförderten Ausbau auch eigenwirtschaftlich zu ergänzen, wurde Priestewitz vollständig mit Glasfaser erschlossen. Zur Investitionssicherung erfolgt parallel die Vorbereitung der Hausanschlüsse von nicht förderberechtigten Adressen und der weitere Ausbau der netzdienlichen Infrastruktur.

Sachanlagen Bereich Kraft & Wärme - Kraftwerksparte

In Erzeugungsanlagen wurden im Jahr 2023 EUR 1,7 Mio. (i. Vj. EUR 4,1 Mio.) investiert.

Es wurde mit der Planung einiger Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien begonnen. Beispiele hierfür sind die Genehmigungsplanung für den Windpark Neupetershain mit einer Gesamtleistung von etwa 37 MW und die Flächenplanung für die Photovoltaikanlage Jänkendorf mit einer geplanten Leistung von etwa 50 MWp.

Begonnen wurde außerdem mit der Planung der Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung am Standort Königswartha.

Übrige Investitionen

Die übrigen Investitionen der SachsenEnergie AG im Jahr 2023 betragen EUR 60,5 Mio., darunter EUR 19,2 Mio. in die Informationsverarbeitung und die IT-Infrastruktur sowie EUR 39,6 Mio. im Liegenchaftsbereich. Weiterhin wurden ca. 1,7 Mio. € in Energiedienstleistungen (E-Mobilität, verpachtete PV-Anlagen, Straßenbeleuchtung) investiert.

Investitionen in Finanzanlagen

Die **Investitionen in Finanzanlagen** betragen im Jahr 2023 insgesamt EUR 137,0 Mio. Neben der Übernahme des Gesellschafterdarlehens der DREWAG (EUR 100,0 Mio.) wurde in Geschäftsanteile, u. a. an der Quittel GmbH (EUR 10,4 Mio.), der SachsenIndustriewasser GmbH (EUR 5,0 Mio.), der Projektgesellschaft Barlinek in Polen (EUR 3,0 Mio.), der Ring30 GmbH (EUR 2,0 Mio.) sowie der SachsenEmobil GmbH (EUR 1,0 Mio.) investiert. Darüber hinaus wurden Ausleihungen an das verbundene Unternehmen DIGImeto GmbH & Co. KG (EUR 15,0 Mio.) getätigt.

Die Investitionen des Jahres 2023 waren zum großen Teil fremdfinanziert.

Kapitalflussrechnung

Die Liquidität der SachsenEnergie AG war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit gesichert.

Kapitalflussrechnung	2023	2022
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	130.375	291.948
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-299.866	-23.668
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	207.574	-218.196

Der Rückgang des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit ist im Wesentlichen durch im Vergleich zum Vorjahr gesunkene Verbindlichkeiten und gestiegene Forderungen verursacht.

Infolge von Liquiditätsabflüssen aus dem Zugang von Sach- und Finanzanlagevermögen hat sich der Cashflow aus der Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

Aufgrund der Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie von Cashpool-Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ist der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit positiv. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist aufgrund der Änderung des DRS 21 gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Aufgrund der Änderung des DRS 21 durch DRÄS 13 werden nur Cashpool-Verbindlichkeiten im Finanzmittelfonds ausgewiesen. Ferner werden Auszahlungen für erhaltene Zuschüsse nunmehr im Cashflow aus der Investitionstätigkeit gezeigt. Entsprechend wurde die Darstellung im Geschäftsjahr 2023 sowie im Vorjahr angepasst.

Der Finanzmittelfonds betrug am 31. Dezember 2023 EUR 111,5 Mio. (i. Vj. EUR 73,4 Mio.) und setzt sich aus Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von EUR 156,9 Mio. (i. Vj. EUR 73,4 Mio.) saldiert mit Cashpool-Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 45,4 Mio. (i. Vj. EUR 0 Mio.) zusammen.

Die Effektivverschuldung und die kurzfristige Liquidität haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

		2023	2022	2021
Effektivverschuldung ³	EUR Mio.	702	541	616
Kurzfristige Liquidität ⁴	%	118	106	71

Die freien Kreditlinien der SachsenEnergie AG zum 31. Dezember 2023 bei Banken betragen EUR 228,0 Mio.

³ Effektivverschuldung = Fremdkapital-Umlaufvermögen

⁴ Kurzfristige Liquidität = Umlaufvermögen/kurzfristige Verbindlichkeiten

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2023 auf EUR 2.582,4 Mio. (i. Vj. EUR 2.037,2 Mio.). Im **Anlagevermögen** steht einem Investitionsvolumen (ohne Finanzanlagen) von EUR 222,6 Mio. eine Abschreibungssumme von EUR 62,0 Mio. gegenüber. Der Anstieg der Finanzanlagen um EUR 137,0 Mio. beruht auf Zugängen bei den Ausleihungen an verbundene Unternehmen von EUR 115,5 Mio. und Anteilen an verbundenen Unternehmen von EUR 21,5 Mio. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 59,5 % (40,0 % ohne Finanzanlagen). Insgesamt ist das Anlagevermögen um EUR 295,3 Mio. gestiegen.

Der Anstieg des **Umlaufvermögens** um EUR 241,9 Mio. auf EUR 1.030,5 Mio. zum 31. Dezember 2023 (i. Vj. EUR 788,6 Mio.) resultiert im Wesentlichen aus einem höheren Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (EUR 161,5 Mio.), an Forderungen gegen verbundene Unternehmen (EUR 25,6 Mio.) und an Guthaben bei Kreditinstituten (EUR 83,5 Mio.). Gegenläufig haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände reduziert (EUR 31,2 Mio.). Die Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist verursacht durch gestiegene Forderungen aus Strom- und Gaslieferungen gegen Großkunden. Der Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um EUR 25,6 Mio. auf EUR 409,0 Mio. resultiert aus gestiegenen Forderungen aus Ergebnisabführungen und sonstigen Forderungen aus Cashmanagement. Der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände ist hauptsächlich auf gegenüber dem Vorjahresstichtag um EUR 25,8 Mio. geringere hinterlegte Sicherheiten für die Teilnahme am Energiehandel zurückzuführen.

Die Veränderung der Passivseite der Bilanz ist im Wesentlichen durch die Erhöhung des bilanziellen **Eigenkapitals** (EUR 142,2 Mio.), bedingt durch die Einstellung des anteiligen Jahresüberschusses in die anderen Gewinnrücklagen, sowie die Erhöhung der Rückstellungen (EUR 184,2 Mio.) und der Verbindlichkeiten (EUR 189,2 Mio.) geprägt. Die Zunahme der sonstigen **Rückstellungen** resultiert hauptsächlich aus höheren Rückstellungen für Beschaffungskosten für den Strom- und Gasbezug (EUR 210,6 Mio.). Gegenläufig haben die Rückstellungen für Drohverluste aus Strom- und Gasverkauf abgenommen (EUR 56,5 Mio.). Der Anstieg der **Verbindlichkeiten** beruht hauptsächlich auf höheren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten infolge von Darlehensaufnahmen (EUR 253,7 Mio.). Gegenläufig haben die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aufgrund eines früheren Buchungsschlusses, der gleichzeitig zu höheren Rückstellungen geführt hat, abgenommen (EUR 149,1 Mio.).

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt EUR 850,3 Mio. Das wirtschaftliche Eigenkapital – unter Zurechnung anteiliger Sonderposten und Baukostenzuschüsse gemindert um das Sonderverlustkonto – liegt bei EUR 950,9 Mio.

Die mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten haben am Gesamtkapital einen Anteil von 29,4 %, die kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten von 33,8 %. Damit decken Eigenkapital sowie lang- und mittelfristiges Fremdkapital das Anlagevermögen zu 111 %.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung von wesentlichen Bilanzkennzahlen der jüngsten drei Jahre zusammengefasst:

	2023	2022	2021
	%	%	%
Investitionsdeckung (ohne Finanzanlagen) ⁵	28	53	47
Vermögensstruktur ⁶	60	61	71
Fremdkapitalquote ⁷	67	65	64
Bilanzielle Eigenkapitalquote ⁸	33	35	36

Der Vorstand schätzt die wirtschaftliche Lage der SachsenEnergie AG als stabil ein.

Angaben nach § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG

Die SachsenEnergie AG führt die folgenden Tätigkeiten im Sinne des § 6b EnWG durch:

- Elektrizitätsverteilung,
- andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors
- Gasverteilung,
- andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors,
- andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Tätigkeitsabschlüsse werden für die regulierten Bereiche Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetze erstellt und veröffentlicht.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Bestimmung der Leistungsfähigkeit der SachsenEnergie AG werden neben finanziellen auch nichtfinanzielle Steuerungskennzahlen herangezogen. Beide spielen für die Unternehmensentwicklung eine wichtige Rolle.

Am bedeutsamsten für die interne Unternehmensteuerung ist die Verwendung der betriebswirtschaftlich ermittelten Kenngröße "Betriebliches Ergebnis vor Steuern" (EBT). Dieses ist bereits im Abschnitt „Geschäftstätigkeit 2023 – Kurzüberblick“ dargestellt.

⁵ Investitionsdeckung = Abschreibung immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen/Investitionen ins immaterielle Vermögen und Sachanlagevermögen

⁶ Vermögensstruktur = Anlagevermögen/Bilanzsumme

⁷ Fremdkapitalquote = Fremdkapital/Bilanzsumme

⁸ Bilanzielle Eigenkapitalquote = bilanzielles Eigenkapital/Bilanzsumme

Als nichtfinanzielle Leistungsindikatoren erfasst die SachsenEnergie AG regelmäßig die Absatzmengen für Strom und Gas sowie die Entwicklung der Mitarbeiterzahlen. Zum 31. Dezember 2023 beschäftigte SachsenEnergie 580 Mitarbeitende und 64 Auszubildende sowie drei Vorstände. Im folgenden Jahr 2024 wird von einem Aufbau der Mitarbeiterzahlen ausgegangen (679 Mitarbeitende), wobei die Anzahl der Vorstände konstant bleiben soll. Die Zahl der Auszubildenden wird sich voraussichtlich geringfügig auf 63 reduzieren.

Erklärung zur Zielgröße für den Frauenanteil in den Führungsebenen

Mit Inkrafttreten des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst vom 24. April 2015 sind gemäß §§ 76 Abs. 4 und 111 Abs. 5 AktG sowie § 25 Abs. 1 EG-AktG mitbestimmte Aktiengesellschaften verpflichtet, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, im Vorstand sowie den ersten beiden Führungsebenen nach dem Vorstand Zielgrößen festzulegen.

Für die SachsenEnergie AG wurden zuletzt folgende Frauenanteile beschlossen, die bis zum 30. Juni 2027 erreicht werden sollen (Beschluss des Aufsichtsrates vom 21. September 2022; Vorstandsbeschluss vom 21. Dezember 2022):

- Aufsichtsrat: 30 %
- Vorstand: 30 %
- erste Führungsebene (Bereichsleiter): 10 %
- zweite Führungsebene (Abteilungsleiter): 30 %

Im Aufsichtsrat war die Zielgröße zum Jahresende 2023 nicht erfüllt, da nur vier von 20 Mandaten (20 %) im paritätisch mitbestimmten Aufsichtsrat durch Frauen besetzt waren. Die konkrete Besetzung der Sitze der Anteilseigner beruht auf internen Entscheidungen der Hauptaktionäre Landeshauptstadt Dresden (Stadtrat) und KBO. Hinzuweisen ist darauf, dass im Stadtrat der Landeshauptstadt die Zahl der männlichen Stadträte die Zahl der weiblichen Stadträte deutlich übertrifft, was sich letztlich in der Zusammensetzung der Stadtratsvertreter in den städtischen Unternehmen widerspiegelt. Die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite wurden im gesetzlich vorgesehenen Weg auf Initiative der Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmervertretungen und der vertretenen Gewerkschaften bestimmt.

Im Vorstandsbereich war die Zielgröße zum 31. Dezember 2023 nicht erreicht. Der Vorstand ist aktuell mit drei Männern besetzt. Sollte künftig über eine Neubesetzung eines Vorstandspostens zu entscheiden sein, muss die beschlossene Zielgröße im Nachbesetzungsprozess mit bedacht werden.

In der ersten Führungsebene der SachsenEnergie AG liegt der Anteil an Frauen zum Abschlussstichtag bei 0 %. Innerhalb der zweiten Führungsebene beträgt der Frauenanteil 26 %. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Frauenanteil in der ersten Führungsebene unverändert (i. Vj. 0 %). In der zweiten Führungsebene veränderte er sich geringfügig (i. Vj. 24 %). Aufgrund der geringen Fluktuation in den ersten beiden Führungsebenen können die selbstgestellten Zielgrößen erst mittelfristig erreicht werden.

Prognosebericht

Voraussichtliche Ergebnisentwicklung

Laut im November 2023 bestätigtem Wirtschaftsplan plant die SachsenEnergie AG für das Jahr 2024 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von EUR 219 Mio. und wird damit wesentlich unter dem Vorjahresniveau liegen. Einen wesentlichen Teil des Unternehmensergebnisses machen die Ergebnisübernahmen aus den Abführungsverträgen (insbesondere DREWAG) aus. Diese liegen im Plan 2024 geringfügig über dem Vorjahreswert. Ohne Berücksichtigung der Ergebnisübernahmen liegt das geplante Ergebnis vor Steuern im

Jahr 2024 wesentlich unter dem Vorjahresergebnis, begründet insbesondere durch die hohen Auflösungen von Rückstellungen im Geschäftsjahr 2023 sowie höhere geplante Abschreibungen und höheren Personalaufwand im Jahr 2024.

Es wird von folgender voraussichtlicher Absatzentwicklung für das Jahr 2024 ausgegangen:

- eine deutliche Zunahme der Strom- und Gaslieferungen aufgrund von insgesamt höheren Absätzen bei Großkunden und in der Portfoliooptimierung: zum Planungszeitpunkt wurde davon ausgegangen, dass mit der DREWAG bestehende Kundenverträge auslaufen und zukünftig alle neuen Verträge mit der SachsenEnergie AG abgeschlossen werden
- entsprechend dieser Absatzentwicklung deutlich über dem Vorjahresniveau liegende Umsatzerlöse und Beschaffungsaufwendungen.

Weiterhin hängt die voraussichtliche Ergebnisentwicklung der SachsenEnergie AG wesentlich von den energiewirtschaftlichen und politischen Regelungen und Rahmenbedingungen ab.

Geplante Investitionen

Der Investitionsrahmen der SachsenEnergie AG beinhaltet für das Jahr 2024 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von EUR 383,1 Mio.

Besondere Schwerpunkte der kommenden Jahre sind:

- Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Netzbereich
- Ausbau von Breitbandinfrastruktur
- Erweiterung der Infrastruktur Telekommunikationsnetze
- Investitionen in die Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung, insb. für die Errichtung von dezentralen Wärmepumpen mit unterschiedlichen Wärmequellen
- Investitionen in erneuerbare Energien (u. a. in die Projekte Photovoltaikanlage Jacobsthal und WEA Reinsdorf I) und in energienahe Dienstleistungen
- Investitionen in die Informationsverarbeitung (u. a. Umstellung des Abrechnungssystems und Einführung SAP S/4 HANA als neues ERP-System)
- Ersatz und Erweiterung der Liegenschaften (u. a. Sanierung Bestandsgebäude SachsenEnergie Center)
- Investitionen in Finanzanlagen.

Auswirkungen Russland-Ukraine-Krieg und Nahost-Konflikt

Die weiteren Auswirkungen des noch immer andauernden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind weiterhin weder geopolitisch noch energiepolitisch und wirtschaftlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt absehbar.

Auch der seit Oktober 2023 eskalierte israelisch-arabische Konflikt sowie die Befürchtung vor einer Ausweitung auf Nachbarländer hat zu einer angespannten und unsicheren geopolitischen Lage geführt, dessen wirtschaftliche Folgen derzeit noch nicht vollständig abschätzbar sind.

Somit sind auch eine belastbare Prognose und eine vollumfängliche Bewertung der Folgen dieser Konflikte für Unternehmen und Verbraucher nicht möglich.

Die SachsenEnergie AG beobachtet die aktuelle Lage genau und bewertet sie regelmäßig entlang der bestehenden Vorsorgepläne neu.

Für das Jahr 2024 geht SachsenEnergie AG zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Erreichen des geplanten EBT aus.

Risiko- und Chancenbericht

Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagements der SachsenEnergie AG ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Dazu erfasst der Risikomanagementprozess die potenziellen Abweichungen von der geplanten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für den dargelegten Planungszeitraum. Abweichungen von dieser Planung werden als Risiken und Chancen erfasst. Der Betrachtungsschwerpunkt im Risikomanagement liegt auf dem mittelfristigen Planungszeitraum. Hinzu kommen Risiken und Chancen über diesen Zeitraum hinaus, wenn sie von besonderer Bedeutung sind.

Der Risikomanagementprozess umfasst als wesentliche Bestandteile die Identifikation, Analyse mit Bewertung, Frühwarnung, Steuerung und Dokumentation mit Berichterstattung. Zur Umsetzung dieses Prozesses folgt das Risikomanagement der SachsenEnergie AG sowohl einem zentralen als auch einem dezentralen Ansatz. Während das zentrale Risikomanagement insbesondere für einheitliche Prozesse und Methoden sowie für die Berichterstattung zuständig ist, werden durch dezentral angesiedelte Risikobeauftragte fachspezifische aktuelle Informationen ausgewertet. Das zentrale Risikomanagement übernimmt in Umsetzung der Funktionstrennung auch Überwachungsaufgaben für marktnahe Strukturen im Sinne der MaRisk⁹.

Generelle Festlegungen zum Risikomanagement sind in allgemeingültigen Richtlinien geregelt. Für marktnahe Strukturen existiert eine spezifische Untersetzung der allgemeinen Regelungen. Aktuelle Fragen und Sachverhalte dieser Strukturen werden jährlich mehrfach in einem Risikoausschuss behandelt. Dieser ist interdisziplinär besetzt.

Der vorstehend beschriebene Risikomanagementprozess ist ein kontinuierlicher Prozess, welcher jährlich mit einer Risiko- und Chancenbestandsaufnahme beginnt. Die dort aufgenommenen Sachverhalte bilden die Basis für eine quartalsweise Berichterstattung. Zu diesen Berichtsterminen werden die betrachteten Sachverhalte aktualisiert und um neu hinzugekommene ergänzt. Da Risiken häufig grundsätzlich abschätzbar, aber dennoch zufällig sind, werden für diese Fälle Monte-Carlo-basierte Modelle verwendet, die mithilfe einer Simulationssoftware umgesetzt werden. Damit sind sowohl für Risiken als auch für Chancen etablierte Value-at-Risk-Aussagen möglich. Sind Sachverhalte aus objektiven Gründen nicht quantifizierbar, werden sie verbal in die Berichte aufgenommen.

Bei Bedarf erfolgt unabhängig von diesem Berichtsraster eine zusätzliche aktuelle Beurteilung von Sachverhalten nach dem beschriebenen Risikomanagementprozess.

DREWAG, SachsenNetze, SachsenNetze HS.HD und andere verbundene Unternehmen sind direkt in das Risikomanagementsystem eingebunden.

Aktuelles Risikoumfeld

Insgesamt sieht sich die SachsenEnergie AG gegenwärtig mit einer fortwährend hohen Volatilität an den Energiemärkten konfrontiert. Ursächlich hierfür sind die weiterhin unsicheren globalen Lieferketten bei Erdgas durch mögliche langandauernde und besonders intensive Kälteperioden, eine mögliche Einstellung der Erdgasbelieferung durch Russland an andere europäische Staaten und die damit einsetzende solidarische

⁹ MaRisk: Mindestanforderungen an das Risikomanagement

Lieferpflicht (bspw. Österreich), sowie die Störungen der LNG-Lieferketten im Roten Meer im Kontext des Nahost-Konfliktes. Hierdurch sind jederzeit starke Ausschläge der Großhandelspreise und damit der Beschaffungskosten zur Kundenbelieferung möglich.

Gleichzeitig erzeugt das aktuell wieder gesunkene Großhandelspreisniveau im Spot-Bereich einen starken Wettbewerb mit in der Beschaffung kurzfristig agierenden Wettbewerbern. Diese sind gegenwärtig in der Lage, besonders günstige Endkundenpreise anzubieten und damit einen Margendruck zu erzeugen. Bei einem möglicherweise wieder anziehenden Niveau der Großhandelspreise ergeben sich hieraus sowohl Insolvenzrisiken der betreffenden Wettbewerber und damit eine ansteigende Nachfrage im Bereich der Grund-/Ersatzversorgung als auch potenzielle Insolvenzrisiken der Endkunden durch die volkswirtschaftliche Belastung bei steigenden Energiepreisen.

Zentral für das zukünftige erfolgreiche Agieren der SachsenEnergie AG ist die Verteidigung der Stellung als kommunaler Infrastrukturanbieter in der Region Dresden und Ostsachsen. Hierfür ist eine Erzeugung erneuerbarer Energien, eine Ertüchtigung der Netze aller Medien sowie eine weitere Digitalisierung (insb. auch durch den Ausbau der Glasfasernetze) notwendig. Weiterhin ist die SachsenEnergie AG auf einen stabilen politischen Rahmen zur Umsetzung der Dekarbonisierungsziele aller Infrastrukturbereiche angewiesen.

Die sich aus diesen übergeordneten Themenfeldern ergebenden Risiken sind im Folgenden nach absteigender Bedeutung für das Unternehmen sortiert und können unter Umständen erhebliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SachsenEnergie AG haben.

Preis- und Marktrisiken

Die SachsenEnergie AG deckt den Bedarf ihrer Kunden sowohl durch eigene Energieerzeugung als auch über Zukäufe am Markt ab. Potenzielle Abweichungen vom geplanten Mengenabsatz durch konjunkturelle Einflüsse, Wettbewerb und Wiedereinflüsse führen in Verbindung mit schwankenden Marktpreisen zu Risiken in den Bereichen Energiehandel und Energieerzeugung. Hier sind durch die angespannte wirtschaftliche und geopolitische Situation hohe Schwankungen zu erwarten.

Der Mengenabsatz im Industriekundensegment ist von der zukünftigen konjunkturellen Entwicklung abhängig. Weicht der Konjunkturverlauf negativ von den in der Planung zugrunde gelegten Prämissen ab, besteht für nicht abgesetzte Mengen ein Wiedervermarktungsrisiko aufgrund ungünstigerer Preiskonstellationen am Markt sowie das Risiko reduzierter Vertriebsmargen.

Die Verschärfung des Wettbewerbs birgt das Risiko von Kundenverlusten. Die dadurch nicht abgesetzten Mengen unterliegen wie im Falle des Konjunkturrisikos einem Wiedervermarktungsrisiko sowie dem Risiko reduzierter Vertriebsmargen. Durch eine stärker strukturierte Produktentwicklung und eine Optimierung der internen Kostenstruktur steuert die SachsenEnergie AG diesem Risiko entgegen.

Sparten- und teilportfoliospezifisch können sowohl nicht als auch zusätzlich abgesetzte Mengen durch Abweichung des sich einstellenden Wetters gegenüber dem langjährigen Mittel entstehen. Hierdurch anfallende Differenzmengen werden kurzfristig an Spotmärkten gekauft oder verkauft. Durch den Unterschied zwischen den realisierten Preisen bei der Eindeckung der von Kunden benötigten Menge und den Preisen am Spotmarkt entstehen Risiken. Diese werden teilweise über Risikozuschläge abgedeckt.

Zur Risikobegrenzung wurden zahlreiche Maßnahmen getroffen. Der auf die Stromerzeugung entfallende Brennstoffbezugsanteil wird für das jeweils laufende Geschäftsjahr größtenteils abgesichert und die wärmegeführte Stromerzeugung wird weitgehend verkauft. Das Koppelprodukt Fernwärme verfügt über eine Preisgleitung, welche die der Wärmeerzeugung zuzurechnenden Gaspreisänderungen größtenteils abdeckt.

Strom und Erdgas beschafft die SachsenEnergie AG zeitlich und strukturell differenziert. Zur Abdeckung individuell abgeschlossener Verträge größerer Kunden erfolgt die Beschaffung zwecks Risikobegrenzung unmittelbar nach Vertragsschluss (back to back). Die Kontrolle der Energiehandelsgeschäfte ist zur Wahrung einer strikten Funktionstrennung in einer vom Handelsbereich unabhängigen Struktur angesiedelt.

Dort wird für den Strom- und den Gashandel eine regelmäßige Überwachung und Bewertung der offenen Positionen in Verbindung mit vorgegebenen Risikolimiten vorgenommen. Limite gelten sowohl je Handelspartner als auch je Produktportfolio. Die entsprechenden Vorgaben sind in Risikohandbüchern festgelegt und unterliegen einer jährlichen Überprüfung. Für neue Energiehandelsgeschäfte und Vertriebsprodukte existiert ein Produktfreigabeprozess mit Beteiligung des Risikomanagements.

Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen durch den Ausfall von Kontrahenten und damit verbundener Nichterfüllung vertraglicher Vereinbarungen. Die SachsenEnergie AG hat insbesondere für Ausfälle von Handelspartnern in der Energiebeschaffung und für Ausfälle von Kunden im Vertrieb risikobegrenzende Maßnahmen festgelegt. Bei Ausfall eines Handelspartners in der Energiebeschaffung besteht neben Forderungsausfall auch das Risiko eines finanziell ungünstigeren Ersatzgeschäftes. Daher unterliegen die Handelspartner einem Ratingprozess, der mit Handelsfreigaben verbunden ist. Vertragsgrundlage sind EFET¹⁰- oder Rahmenverträge mit Vereinbarungen zur Lieferung von Sicherheitsleistungen bei Bonitätsverschlechterungen. Bonität und Positionen von Handelspartnern werden vom zentralen Risikomanagement überwacht.

Kunden des Vertriebes unterliegen ebenfalls einem Ratingprozess mit darauf aufbauenden Festlegungen zur Zahlungsausfallprävention, z. B. durch Erbringen von Sicherheitsleistungen oder dem Abschluss einer Warenkreditversicherung. Ferner existieren Regelungen zum Forderungsmanagement, welche mit einem permanenten Überwachungsprozess verbunden sind.

Die SachsenEnergie AG arbeitet kontinuierlich an der Verbesserung dieser Prozesse, da diesem Thema eine hohe Bedeutung beigemessen wird.

Finanzrisiken

Die SachsenEnergie AG ist durch Zinsschwankungen Finanzrisiken ausgesetzt.

Zinszahlungen für Neuaufnahme von Fremdkapital können durch Schwankungen des Marktes über den geplanten Aufwendungen liegen. Die Planwerte leiten sich aus den bestehenden und neu aufzunehmenden Finanzverbindlichkeiten anhand von geplanten Zinssätzen ab. Die eigentliche Finanzierung erfolgt zu gegebener Zeit zum dann vorherrschenden Zinsniveau. Da dieses nicht dem geplanten Zinsniveau entsprechen muss, besteht ein Zinsänderungsrisiko. Zur Risikobegrenzung beobachtet die SachsenEnergie AG permanent das Zinsumfeld und prüft den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken bestehen in erster Linie durch unvorhergesehenen Finanzbedarf (z. B. ungeplante Ersatzinvestitionen, erhöhte Margin-/Clearingzahlungen aus Energiehandel o. ä.) oder durch Marktversagen. Diesen Risiken wird durch eine regelmäßig aktualisierte Liquiditätsplanung begegnet. Im Ergebnis werden durch die SachsenEnergie AG Kreditlinien über den geplanten Bedarf hinaus bei verschiedensten Kreditinstituten vorgehalten. Darüber hinaus ist im TWD-Konzern ein Cash-Management implementiert, das es erlaubt, auf zusätzliche Finanzierungsquellen zurückzugreifen. Im Falle der außerplanmäßigen Nutzung der Kreditlinien käme es zu zusätzlichen Zinsaufwendungen.

Risiken aus globalen Krisen und Pandemien

Neben dem aktuellen Russland-Ukraine-Krieg sowie dem Nahost-Konflikt können weitere lokale und globale Krisen, verursacht z. B. durch Epidemien, Anschläge, Kriege oder Naturkatastrophen, den

¹⁰ EFET: European Federation of Energy Traders

Geschäftsablauf erheblich beeinflussen. Für existenzielle Kernprozesse sind Notfallpläne im Handbuch Notfallmanagement (Anlage 2) hinterlegt. Diese legen auch Kernpersonal für Kernprozesse zur Aufrechterhaltung eines Minimalbetriebes der Versorgung fest. Sämtliche Regelungen werden durch das konzernweite Krisenmanagement koordiniert.

Die SachsenEnergie AG beobachtet permanent die Entwicklung an den Beschaffungsmärkten sowie den Absatzverlauf und aktualisiert auf Basis dieser Informationen und unter Hinzunahme der Aussagen von Wirtschaftsinstituten fortlaufend die Prognosen für die Strom-, Gas und CO₂-Bewirtschaftung. Dies trägt zur Reduktion von Risiken bei.

In Krisensituationen erfolgen beispielsweise kurzfristig einberufene Besprechungen des Krisenstabs zur Beurteilung der aktuellen Lage mit Prüfung und Beschluss von risikominimierenden Maßnahmen unter Teilnahme von Geschäftsleitung, Risikomanagement und Fachabteilungen.

Politische, rechtliche und regulatorische Risiken

Das Geschäft der Versorgungsunternehmen ist und wird auch künftig maßgeblich durch die politischen Rahmenbedingungen bestimmt. Für die SachsenEnergie AG und die zugehörigen verbundenen Unternehmen sind besonders die politischen Vorgaben zur Umsetzung der Energiewende und zum Erreichen der Klimaziele, Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung bei privaten Haushalten und Industrie sowie die Rolle der KWK und der Verteilnetze im zukünftigen Energiekonzept von Bedeutung. Mit den politischen Vorgaben wird die Rentabilität und Risikobehaftung von Geschäftsaktivitäten beeinflusst. Diese Vorgaben haben erheblichen Einfluss auf die zukünftige Marktposition der SachsenEnergie AG.

Ändert der Gesetzgeber die Vergütungen für Erneuerbare Energien-Anlagen, können Investitionen der SachsenEnergie AG in Windenergie-, Biogas- oder Photovoltaikanlagen betroffen sein.

Regulatorische Risiken können die SachsenEnergie AG insbesondere über ihre verbundenen Unternehmen SachsenNetze und SachsenNetze HS.HD treffen. Die Festlegungen der Regulierungsbehörden können gegebenenfalls zu einer Veränderung der Einnahmensituation gegenüber der Planung führen. Die Bundesnetzagentur hat die ihr zugesprochene weitreichende Gestaltungsfreiheit bei der Methodenwahl zur Festlegung der Eigenkapitalverzinsung in Verbindung mit dem geringen Marktzinsniveau genutzt und die Eigenkapitalverzinsung für die vierte Regulierungsperiode festgelegt. Die weitere Absenkung des Verzinsungsanspruchs mit negativen Auswirkungen auf die Investitions- und Finanzkraft der Branche wurde in der aktuellen Planung berücksichtigt. Allerdings sind das Ausgangsniveau und der Effizienzwert der vierten Regulierungsperiode jeweils für Gas und Strom noch nicht beschieden. Des Weiteren bestehen laufende Verfahren zu einer Erhöhung der anerkannten Verzinsung und einer verkürzten Abschreibungsdauer insbesondere im Bereich Gas für die vierte Regulierungsperiode.

Beteiligungs- und Investitionsrisiken

Risikokomponenten von Beteiligungsrisiken sind der Wertverlust, der Ausfall ausgereicher Kredite und der Ausfall oder die Reduzierung eingeplanter Ausschüttungen oder im Einzelfall die Inanspruchnahme gewährter Haftungsgarantien.

Durch die Ergebnisabführungsverträge wie beispielsweise mit DREWAG, SachsenNetze und SachsenNetze HS.HD kann das Ergebnis der SachsenEnergie AG zusätzlich belastet werden. Durch die Einbindung in den Risikomanagementprozess der SachsenEnergie AG ist ein umfassendes Management der Risiken gewährleistet.

Die SachsenEnergie AG unterliegt auch mit ihren weiteren Beteiligungen wie bspw. SachsenGigaBit, SachsenEnergieBau, SachsenServices, Windgesellschaften oder Biogasanlagen dem Risiko eines schwankenden Jahresertrages. Das Risiko bewegt sich aufgrund der Größe der Beteiligungen auf einem überschaubaren Niveau. Jahresergebnis und Beteiligungsansatz sind mit Unsicherheit belastet.

Operative Risiken

Operative Risiken entstehen aus der Komplexität der Prozesse in Energieversorgungsunternehmen sowie aus fehlenden Kontrollen an wichtigen Punkten der Prozessketten. Die SachsenEnergie AG wirkt diesem Risiko durch zahlreiche implementierte Kontrollen entgegen.

Die Abwehr von Cyber-Angriffen hat an Bedeutung gewonnen. Eine stärkere Betonung eines ganzheitlichen Ansatzes im Sinne technischer und organisatorischer Maßnahmen wirkt diesem Risiko entgegen.

Aufgrund aktueller demographischer Entwicklungstendenzen wird dem Risiko fehlenden (Fach-)Personales eine hohe Bedeutung, insbesondere im Kontext des angestrebten Wachstums der SachsenEnergie AG, beigemessen. Zur Minderung dieses Risikos wurden zahlreiche interne und externe Maßnahmen ergriffen. Im Rahmen der Investitionen sind zahlreiche Bauprojekte geplant. Aufgrund von unvorhersehbaren internen und externen Ressourcenverknappungen im Bauablauf kann es zu Verzögerungen und damit verbundenen Kostensteigerungen kommen.

Sonstige Risiken

Insbesondere die verbundenen Unternehmen SachsenNetze und SachsenNetze HS.HD sind Risiken aus Umwelteinflüssen ausgeliefert. Unter Umwelteinflüssen werden wetterbedingte Extremsituationen wie Hochwasser, Sturm, Orkan, Gewitter oder Eislasten verstanden, welche mit ihren Auswirkungen hohe Schäden an technischen Anlagen und flächendeckende Versorgungsausfälle verursachen können. Bei der Beseitigung der dadurch entstehenden Schäden ist mit hohen Aufwendungen zu rechnen. Zum Hochwasserschutz sind von der SachsenEnergie AG zahlreiche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung umgesetzt worden.

Risiken aufgrund technischer Schäden betreffen hauptsächlich die Netze und Erzeugungsanlagen. Zur Begrenzung der Schäden sind vertragliche, technische und organisatorische Maßnahmen umgesetzt.

Chancenbericht

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden auch Chancen als potenzielle Ertrags- oder Vermögensverbesserungen gegenüber den Planwerten erfasst und bewertet. Chancen bestehen überwiegend bei Absatz und Beschaffung von Strom und Gas sowie in einer reduzierten Inanspruchnahme von bilanzierten Risikovorsorgen.

Kommt es durch neue Entscheidungen des Gesetzgebers oder der Regulierungsbehörden zu einer Verbesserung des rechtlichen und regulatorischen Rahmens im Vergleich zur Planung, wirkt sie sich positiv auf das Ergebnis aus.

Weitere Chancen bestehen in Verbindung mit der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts im weiteren Ausbau der Fernwärme, bei der Entwicklung neuer marktkonformer Energiedienstleistungen, in der Gebäudeklimatisierung, im Contracting, bei Mess- und Abrechnungsdienstleistungen sowie bei der Fortführung von Investitionen und Eigenprojektentwicklungen in erneuerbare Energien und Komplementärtechnologien. Der Ausbau von Produkten auf Basis smarterer Technologien und die Sicherung der Stromnetzstabilität erfordern die intensive Beteiligung der Verteilnetzbetreiber. Als Partner verschiedener Kommunen erschließt die SachsenEnergie AG zahlreiche Ortschaften Ostsachsens mit Glasfaser.

Mit einer kontinuierlichen Prüfung neuer Geschäftsansätze und deren Umsetzung, der Wahrnehmung von sich ergebenden Chancen in Veränderungsprozessen und der permanenten Verbesserung von Arbeitsabläufen sichert die SachsenEnergie AG ihre Wettbewerbsposition. Die transparenten und serviceorientierten Geschäftsmodelle werden durch eine hohe Kundenzufriedenheit bestätigt.

Chancen ergeben sich aus der erlangten Resilienz gegenüber Energiemarktkrisen, die durch eine Anpassung der Kundenverträge insbesondere im Großkundenbereich sowie die Berücksichtigung der finanziellen

Risiken aus der Volatilität in den Kundenverträgen erlangt werden konnte. Weiterhin wird die SachsenEnergie AG sowohl politisch als auch durch die Kunden als stabiler und verlässlicher Energieversorger auch in Krisenzeiten wahrgenommen.

Beginnend im Jahr 2024 stellt sich die SachsenEnergie AG mit der neuen Tochtergesellschaft SachsenEnergie Vertriebs GmbH neben dem angestammten Marktgebiet in Dresden und Ostsachsen zusätzlich auch als Versorger für den gesamten sächsischen Raum auf und kann damit aus der gewachsenen Rolle als zuverlässiger und stabiler Versorger auch in den volatileren Marktphasen Chancen im Vertrieb heben. Das mehrfach ausgezeichnete Niveau der Ausbildungsleistungen der SachsenEnergie AG wird sich in der Qualität und Leistungsfähigkeit des nachwachsenden Mitarbeiterstamms ausdrücken.

Gesamtaussage

Auch künftig muss die Energiebranche mit tiefgreifenden Veränderungen, instabilen Rahmenbedingungen und volatilen Energiemärkten rechnen. Die Geschäftstätigkeit der SachsenEnergie AG ist demzufolge mit Risiken behaftet.

Vorteilhaft ist die thematisch breite Aufstellung sowie die diversifizierte Kundenstruktur der SachsenEnergie AG. Dies wird durch die Eingliederung der DREWAG verstärkt. Die umgesetzten Maßnahmen zur Risikobegrenzung sichern ein vielfältig zusammengesetztes Chancen- und Risikoprofil.

Obwohl die SachsenEnergie AG eine klare Ausrichtung hat, kann sie, wie weite Teile der gesamten Volkswirtschaft, die Folgen globaler Krisen, die Umsetzung der klimapolitischen Ziele, die allgemeine Ressourcenverknappung und damit die weitere Entwicklung für den SachsenEnergie Konzern nur unzureichend in Gänze absehen. Die Prognose für das Geschäftsjahr 2024 ist deshalb weiterhin mit Unsicherheiten verbunden.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zur Absicherung von Preisrisiken im Strom- und Gasvertrieb und der Strom- und Gasbeschaffung werden durch die SachsenEnergie AG Commodity-Termingeschäfte eingesetzt. Grundlage für die Erfassung und Bewertung der Commodity-Positionen sowie zur Messung und Überwachung von Commodity-Risiken sind interne Regelungssysteme und Risikohandbücher, die regelmäßig im Rahmen des internen Kontrollsystems auf Aktualität geprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden. Die Commodity-Positionen werden in einem geeigneten EDV-System erfasst und mit aktuellen Marktparametern bewertet. Dabei stehen sowohl Einzelgeschäfte als auch Kundengruppenportfolios im Fokus.

Dresden, den 6. Mai 2024

Der Vorstand

Dr. Frank Brinkmann

Dr. Axel Cunow

Lars Seiffert

2.3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

1. Bilanz (Kurzform)

AKTIVA	<u>31.12.2023</u>	<u>31.12.2022</u>	<u>31.12.2021</u>
	TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	1.537.211	1.241.865	1.238.621
Umlaufvermögen	1.030.546	788.560	487.680
Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	1.898	1.905	1.921
Rechnungsabgrenzungsposten	12.715	4.918	4.297
	2.582.370	2.037.248	1.732.519

PASSIVA	<u>31.12.2023</u>	<u>31.12.2022</u>	<u>31.12.2021</u>
	TEUR	TEUR	TEUR
Eigenkapital	850.279	708.044	629.205
Sonderposten für Investitionszuwendungen	73.711	44.413	28.002
Baukostenzuschüsse	72.771	71.307	70.390
Rückstellungen	388.784	204.632	150.310
Verbindlichkeiten	1.196.825	1.007.639	854.612
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1.213	0
	2.582.370	2.037.248	1.732.519

2. Gewinn- und Verlustrechnung (Kurzform)

	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
	TEUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	3.799.416	2.626.183	1.488.802
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen (Erhöhung / - Verminderung)	2.108	3.968	-655
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	2.202	1.228	1.224
4. Sonstige betriebliche Erträge	98.782	72.092	31.654
5. Materialaufwand	3.590.466	2.445.334	1.325.512
6. Personalaufwand	47.093	38.429	34.935
7. Abschreibungen	62.009	60.483	53.612
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	105.294	135.621	97.380
9. Erträge aus Beteiligungen	38	62	41
10. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	202.233	146.671	130.889
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	2.614	15.477	204
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.055	1.096	319
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.741	3.998	2.189
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	523
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	10.695	7.531	13.944
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	51.942	2.969	2.365
17. Ergebnis nach Steuern	236.208	172.412	122.018
18. Sonstige Steuern	4.106	3.706	678
19. Aufwendungen aus Gewinnabführung	89.867	89.867	99.867
20. Jahresüberschuss	142.235	78.839	21.473
21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0	0	62.878
22. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	142.235	78.839	21.473
23. Bilanzgewinn	0	0	62.878

2.4. Angaben zum Anteilsbesitz

Firma, Sitz	Kapitalanteil der SachsenEnergie %
SachsenNetze HS.HD GmbH, Dresden	100,00
DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH, Dresden	100,00
SachsenEnergieBau GmbH, Dresden	100,00
RING30 GmbH, Dresden	100,00
SachsenEnergie Vertriebs GmbH, Dresden (ehemals systematics NETWORK SERVICES GmbH, Dresden)	100,00
SachsenIndustriewasser GmbH, Dresden	100,00
SachsenEmobil GmbH & Co. KG, Dresden	100,00
PV Barlinek sp. z o o., Komorniki	100,00
Quittel GmbH, Weinböhla	100,00
SachsenEnergie Delta GmbH, Dresden	100,00
SachsenEnergie Epsilon GmbH, Dresden	100,00
SachsenEnergie Zeta GmbH, Dresden	100,00
SachsenEmobil Verwaltungs GmbH, Dresden	100,00
SachsenGigaBit GmbH, Dresden	50,00
Windpark Streumen GmbH, Dresden	50,00
Projektgesellschaft Anbau CITY CENTER Dresden GmbH & Co. KG, Dresden	50,00
SachsenServices GmbH, Dresden	50,00
Biomethan Zittau GmbH, Zittau	50,00
Projektgesellschaft Anbau CITY CENTER Dresden Verwaltungs GmbH, Dresden	50,00
Technische Dienste Altenberg GmbH, Altenberg	49,00
Wärmeversorgung Weigsdorf-Köblitz GmbH, Cunewalde	40,00
Info-Kabel GmbH Betreiber von Rundfunk-Kabelanlagen, Bischofswerda	25,00

3. Anlagen

3.1. Liste der Gesellschafter der KBO zum 31. August 2024

Nr.	Gesellschafter		Anteil *) EUR	Anteil Prozent
1	Stadt	Altenberg	440.792,00	2,19
2	Gemeinde	Arnsdorf	72.150,00	0,36
3	Stadt	Bad Gottleuba-Berggießhübel	242.146,00	1,20
4	Stadt	Bad Schandau	236.933,00	1,18
5	Gemeinde	Bahretal	68.834,00	0,34
6	Gemeinde	Bannewitz	278.407,00	1,38
7	Stadt	Bautzen	89.780,00	0,45
8	Gemeinde	Beiersdorf	15.350,00	0,08
9	Stadt	Bernsdorf	12.300,00	0,06
10	Stadt	Bernstadt auf dem Eigen	42.950,00	0,21
11	Gemeinde	Bertsdorf-Hörnitz	66.571,00	0,33
12		Beteiligungs- und Betriebsgesellschaft mbH, Bautzen	12.350,00	0,06
13	Stadt	Bischofswerda	601.455,00	2,99
14	Gemeinde	Boxberg/O.L.	35.300,00	0,18
15	Gemeinde	Burkau	57.550,00	0,29
16	Gemeinde	Crostwitz	29.950,00	0,15
17	Gemeinde	Demitz-Thumitz	103.666,00	0,51
18	Gemeinde	Diera-Zehren	95.900,00	0,48
19	Stadt	Dippoldiswalde	559.803,00	2,78
20	Gemeinde	Doberschau-Gaußig	55.250,00	0,27
21	Gemeinde	Dohma	68.476,00	0,34
22	Stadt	Dohma	151.476,00	0,75
23	Gemeinde	Dürrröhrsdorf-Dittersbach	178.703,00	0,89
24	Gemeinde	Ebersbach	144.922,00	0,72
25	Stadt	Ebersbach-Neugersdorf	429.014,00	2,13
26	Stadt	Elstra	72.100,00	0,36
27	Gemeinde	Frankenthal	12.300,00	0,06
28	Stadt	Glashütte	318.044,00	1,58
29	Gemeinde	Glaubitz	32.250,00	0,16
30	Gemeinde	Göda	78.250,00	0,39
31	Gemeinde	Gohrisch	61.664,00	0,31
32	Stadt	Görlitz	24.600,00	0,12
33	Stadt	Gröditz	884.423,00	4,39
34	Gemeinde	Großdubrau	76.700,00	0,38
35	Stadt	Großenhain	780.815,00	3,88
36	Gemeinde	Großharthau	46.050,00	0,23
37	Gemeinde	Großnaundorf	15.350,00	0,08
38	Gemeinde	Großpostwitz	111.565,00	0,55
39	Stadt	Großröhrsdorf	425.242,00	2,11
40	Stadt	Großschirma	52.855,00	0,26
41	Gemeinde	Großschönau	306.542,00	1,52
42	Gemeinde	Hähnichen	36.850,00	0,18
43	Gemeinde	Hainewalde	21.500,00	0,11
44	Gemeinde	Haselbachtal	70.650,00	0,35
45	Gemeinde	Hermsdorf/Erzgeb.	30.700,00	0,15
46	Stadt	Herrnhut	175.841,00	0,87
47	Gemeinde	Hirschstein	67.500,00	0,34
48	Gemeinde	Hochkirch	75.950,00	0,38
49	Gemeinde	Hohendubrau	30.700,00	0,15
50	Stadt	Hohnstein	140.513,00	0,70
51	Gemeinde	Horka	33.750,00	0,17
52	Gemeinde	Jonsdorf	80.784,00	0,40

Nr.	Gesellschafter		Anteil *) EUR	Anteil Prozent
53	Stadt	Kamenz	92.150,00	0,46
54	Gemeinde	Klingenberg	76.750,00	0,38
55	Gemeinde	Klipphausen	420.440,00	2,09
56	Gemeinde	Kodersdorf	59.850,00	0,30
57		Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sach- sen Ost	383.500,00	1,90
58	Stadt	Königsbrück	98.950,00	0,49
59	Gemeinde	Königshain	24.550,00	0,12
60	Stadt	Königstein	162.054,00	0,80
61	Gemeinde	Königswartha	44.500,00	0,22
62	Gemeinde	Kottmar	18.450,00	0,09
63	Gemeinde	Kreba-Neudorf	12.300,00	0,06
64	Gemeinde	Kreischa	156.057,00	0,77
65	Gemeinde	Kubschütz	85.150,00	0,42
66	Gemeinde	Lampertswalde	21.500,00	0,11
67	Gemeinde	Laußnitz	33.750,00	0,17
68	Gemeinde	Lawalde	33.750,00	0,17
69	Gemeinde	Leutersdorf	172.824,00	0,86
70	Gemeinde	Lichtenberg	32.250,00	0,16
71	Gemeinde	Liebschützberg	3.100,00	0,02
72	Stadt	Liebstadt	49.100,00	0,24
73	Gemeinde	Lohmen	139.843,00	0,69
74	Stadt	Lommatzsch	263.537,00	1,31
75	Gemeinde	Malschwitz	95.150,00	0,47
76	Gemeinde	Markersdorf	58.300,00	0,29
77	Gemeinde	Mittelherwigsdorf	90.751,00	0,45
78	Gemeinde	Moritzburg	265.681,00	1,32
79	Gemeinde	Mücka	24.550,00	0,12
80	Gemeinde	Müglitztal	27.650,00	0,14
81	Gemeinde	Nebelschütz	37.600,00	0,19
82	Gemeinde	Neißeau	39.900,00	0,20
83	Gemeinde	Neschwitz	48.350,00	0,24
84	Gemeinde	Neukirch	24.550,00	0,12
85	Gemeinde	Neukirch/Lausitz	243.024,00	1,21
86	Stadt	Neusalza-Spremberg	161.171,00	0,80
87	Stadt	Neustadt in Sachsen	558.963,00	2,77
88	Gemeinde	Niederau	110.505,00	0,55
89	Stadt	Niesky	9.250,00	0,05
90	Stadt	Nossen	480.368,00	2,38
91	Gemeinde	Nünchritz	239.573,00	1,19
92	Gemeinde	Obergurig	21.500,00	0,11
93	Gemeinde	Oderwitz	233.787,00	1,16
94	Gemeinde	Ohorn	105.313,00	0,52
95	Gemeinde	Olbersdorf	233.806,00	1,16
96	Gemeinde	Oppach	111.100,00	0,55
97	Gemeinde	Oßling	27.650,00	0,14
98	Stadt	Ostritz	36.850,00	0,18
99	Gemeinde	Ottendorf-Okrilla	281.546,00	1,40
100	Gemeinde	Oybin	60.628,00	0,30
101	Gemeinde	Panschwitz-Kuckau	52.200,00	0,26
102	Stadt	Pirna	106.379,00	0,53
103	Gemeinde	Priestewitz	104.350,00	0,52
104	Stadt	Pulsnitz	289.534,00	1,44
105	Gemeinde	Puschwitz	24.550,00	0,12
106	Gemeinde	Quitzdorf am See	30.700,00	0,15
107	Stadt	Rabenau	172.453,00	0,86
108	Gemeinde	Räckelwitz	21.500,00	0,11

Nr.	Gesellschafter		Anteil *) EUR	Anteil Prozent
109	Stadt	Radeberg	833.858,00	4,14
110	Stadt	Radeburg	224.368,00	1,11
111	Gemeinde	Radibor	63.850,00	0,32
112	Gemeinde	Ralbitz-Rosenthal	41.450,00	0,21
113	Gemeinde	Rammenau	60.519,00	0,30
114	Gemeinde	Rathen	30.779,00	0,15
115	Gemeinde	Rathmannsdorf	45.945,00	0,23
116	Stadt	Reichenbach	82.850,00	0,41
117	Gemeinde	Reinhardtsdorf-Schöna	44.500,00	0,22
118	Gemeinde	Rietschen	138.007,00	0,69
119	Gemeinde	Röderaue	39.900,00	0,20
120	Stadt	Rothenburg	107.450,00	0,53
121	Stadt	Schirgiswalde-Kirschau	244.684,00	1,21
122	Gemeinde	Schmölln-Putzkau	144.696,00	0,72
123	Gemeinde	Schönau-Berzdorf auf dem Eigen	30.700,00	0,15
124	Gemeinde	Schönfeld	50.650,00	0,25
125	Gemeinde	Schöpstal	52.200,00	0,26
126	Gemeinde	Schwepnitz	24.550,00	0,12
127	Stadt	Sebnitz	494.264,00	2,45
128	Stadt	Seiffhennersdorf	230.600,00	1,14
129		Sächsischer Städte- und Gemeindetag e. V., Dresden	25.600,00	0,13
130	Stadt	Stadt Wehlen	32.529,00	0,16
131	Gemeinde	Stauchitz	30.700,00	0,15
132	Gemeinde	Steina	44.500,00	0,22
133	Stadt	Stolpen	166.861,00	0,83
134	Stadt	Strehla	50.650,00	0,25
135	Gemeinde	Struppen	99.877,00	0,50
136	Stadt	Tharandt	231.087,00	1,15
137	Gemeinde	Thiendorf	79.800,00	0,40
138	Gemeinde	Vierkirchen	33.750,00	0,17
139	Gemeinde	Wachau	52.200,00	0,26
140	Gemeinde	Waldhufen	58.300,00	0,29
141	Gemeinde	Weinböhla	308.164,00	1,53
142	Stadt	Weißenberg	88.200,00	0,44
143	Stadt	Wilsdruff	372.550,00	1,85
144	Stadt	Wilthen	37.950,00	0,19
145	Gemeinde	Wülknitz	42.950,00	0,21
146	Gemeinde	Zeithain	234.322,00	1,16
147	Stadt	Zittau	201.321,00	1,00
Gesamtsummen			20.144.184,00	100,00

*) Die einzelnen Stammeinlagen wurden für Zwecke des Jahresabschlusses pro Gesellschafter zusammengefasst.

3.2. Liste der Treugeber zum 31. August 2024

	Summe Aktien (Stück)
Großschweidnitz	320
Lampertswalde	1.121
Stauchitz	1.562
Steinigwolmsdorf	881
Summe der treuhänderisch gehaltenen Aktien	<u>3.884</u>

5.2 Anlage zu Punkt 4.2 Beteiligungsbericht ZBR für das Jahr 2024

Beteiligungsbericht 2024

des Zweckverbandes Bischofswerda - RÖDERAUE

Der Zweckverband Bischofswerda - RÖDERAUE ging aus der Vereinigung des Zweckverbandes Wasserversorgung Bischofswerda und des Trinkwasserzweckverbandes RÖDERAUE hervor. Der ZBR wurde nach der Genehmigung der Verbandssatzung durch das Regierungspräsidium Dresden und deren Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt vom 02.03.2006 zum 03.03.2006 gebildet. Aufgrund eines Urteiles des Verwaltungsgerichtes Dresden fasste die Verbandsversammlung zunächst am 03.11.2011 und nach formalen Einwänden des Rechts- und Kommunalamtes des Landratsamtes Bautzen wiederholend am 01.03.2012 den Beschluss zur Sicherheitsneugründung nach dem Sicherheitsneugründungsgesetz (SiGrG). Nach der abschließend erfolgten rechtsaufsichtlichen Genehmigung und der Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt vom 21.06.2012 trat die Verbandssatzung zur Sicherheitsneugründung am 22.06.2012 in Kraft.

Der Zweckverband Bischofswerda - RÖDERAUE ist an folgendem privaten Unternehmen unmittelbar beteiligt:

Firma	Stammkapital in Euro	Stammeinlage in Euro	Geschäftsanteile kommunaler Körper- schaften insgesamt in %	Gesellschaftsanteile kommunal beherrschter Unternehmen insgesamt in %
Wasserversorgung Bischofswerda GmbH	200.000	200.000	100 %	0 %

Mit Eintragung ins Handelsregister am 28.08.2012 wurde rückwirkend zum 01.01.2012 der Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung Röderaue (ehemals Trinkwasserzweckverband RÖDERAUE) des ZBR im Wege der Ausgliederung nach § 168 ff. UmwG auf die WV B GmbH übertragen. Als Gegenleistung für die Übertragung wurde dem ZBR ein Geschäftsanteil an der WV B GmbH im Nennbetrag von EUR 97.000 gewährt. Zu diesem Zweck erhöhte die WV B GmbH ihr Stammkapital auf EUR 200.000.

Rechtsform: GmbH

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Leistungen zur Versorgung der Bürger, der Unternehmen, der Industrie und des Gewerbes, der Landwirtschaft und sonstiger Abnehmer mit Trinkwasser sowie zur Beseitigung von Abwasser der Bürger, der Unternehmen, der Industrie und des Gewerbes, der Landwirtschaft und sonstiger Abgeber von Abwasser im Auftrag des ZBR. Darüber hinaus kann die Gesellschaft Aufgaben der Abwasserableitung und -behandlung und alle sonstigen, mit der Trink- und Brauchwasserver- und Abwasserentsorgung zusammenhängenden Aufgaben für Zweckverbände, Gemeinden und Dritte erfüllen.

Unternehmenszweck:

Umsetzung und Garantierung des Unternehmensgegenstandes

Finanzierungsbeziehung:

Der ehemalige Zweckverband Wasserversorgung Bischofswerda hat eine Stammkapitaleinlage von EUR 103.000 in voller Höhe durch Einbringung seines Eigenbetriebes Trinkwasserversorgung mit allen Aktiva und Passiva gemäß Jahresabschluss 1995 sowie durch Bareinzahlung einer Kapitalerhöhung zur Glättung der Euro-Beträge in 2005 erbracht. Durch Einbringung des Geschäftsbereiches Trinkwasserversorgung Röderaue (ehemals Trinkwasserzweckverband RÖDERAUE) des ZBR im Wege der Ausgliederung auf die WVB GmbH wurde in 2012 das Stammkapital um weitere EUR 97.000 erhöht.

Der Stand der Gesellschafterdarlehen und der durch den ZBR verbürgten Kredite ist den gesonderten Anlagen zu entnehmen.

Lagebericht 2024:

siehe Anlage

Organe:

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung sowie der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Der ZBR (Gesellschafter) wird in der Gesellschafterversammlung vertreten durch den Verbandsvorsitzenden, Herrn Jens Krauße (Bürgermeister der Gemeinde Großharthau).

Geschäftsführung:

Als Geschäftsführer ist Herr Klaus Riedel berufen.

Als Mitglied des Aufsichtsrates fungierten im Berichtsjahr:

Vorsitzender:	Herr Prof. Dr. Holm Große	Oberbürgermeister der Stadt Bischofswerda
Stellvertreterin:	Frau Barbara Lüke	Bürgermeisterin der Stadt Pulsnitz
weitere Mitglieder:	Herr Jens Krauße	Bürgermeister der Gemeinde Großharthau
	Herr Sebastian Hein	Bürgermeister der Gemeinde Burkau
	Herr Frank Höhme	Oberbürgermeister der Stadt Radeberg

Anzahl Mitarbeiter:

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 62 Mitarbeiter.

Abschlussprüfer:

Als Abschlussprüfer wurde für das Berichtsjahr 2024 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft concredis Schlegel, Middrup & Weser Partnerschaft bestellt.

Bilanz- und GuV-Zahlen:

	IST 2024 TEUR	PLAN 2024 TEUR	IST 2023 TEUR	IST 2022 TEUR
Anlagevermögen	47.221		48.690	49.772
Umlaufvermögen	8.295		8.380	8.050
Abgrenzungsposten	34		51	26
Aktiva	55.550		57.121	57.848
Eigenkapital	24.589		23.970	23.563
Invest.zuschüsse	15.026		15.408	15.648
Rückstellungen	774		726	463
Verbindlichkeiten	14.921		16.755	17.891
Abgrenzungsposten	240		262	283
Passiva	55.550		57.121	57.848
Umsatzerlöse	11.327	10.361	10.679	10.830
Bestandsänderungen	2	0	-1	2
aktivierte Eigenleistungen	166	150	214	189
Sonstige Erträge	787	728	1.401	809
Erträge	12.282	11.239	12.293	11.830
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.092	2.079	2.675	1.760
Bezogene Leistungen	804	809	794	792
Personalaufwand	4.084	4.124	3.761	3.559
Abschreibungen	3.274	3.362	3.297	3.295
Sonstige Aufwendungen	1.101	1.075	1.047	838
Ertragsteuern	244	0	149	372
Aufwendungen	11.599	11.449	11.723	10.616
Zinserträge	150	11	53	21
Zinsaufwand	200	212	202	249
Ergebnis nach Steuern	633	-411	421	986
sonstige Steuern	14	16	14	14
Jahresergebnis	619	-427	407	972

Kennzahlen:

	2024	2023	2022
Eigenkapitalquote (in %) (nachhaltiges EK*100/Bilanzsumme)	61,7	59,6	58,6
Anlagendeckung III (in %) (nachhalt. EK+langfr. FK+ FK-Anteil SoPo*100/nachhaltiges Anlagevermögen)	110,7	109,5	109,5
Liquidität II (in %) (Zahlungsmittel+kurzfr. Ford.*100/kurzfr. FK)	280,8	243,2	271,7
Liquidität III (in %) (Zahlungsmittel+kurzfr. Ford.+Vorräte*100/kurzfr. FK)	290,7	251,2	280,3

Die nachhaltige Eigenkapitalquote unter Einbeziehung von 60 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse als Eigenkapital sowie der bis 2002 vorgenommenen Sonderabschreibungen nach Fördergebietgesetz abzüglich der Differenz zur linearen Abschreibung bis 2024 beträgt zum Bilanzstichtag 61,7 % (2023: 59,6%).

Die Finanzlage der Gesellschaft ist unverändert als stabil zu bezeichnen. Das langfristige Vermögen ist fristenkongruent finanziert. Die Zahlungsfähigkeit der WVB GmbH war auch im Geschäftsjahr 2024 jederzeit gegeben.

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht (gemäß Bericht des Abschlussprüfers):

„Der Lagebericht der gesetzlichen Vertreter enthält unseres Erachtens folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf:

- Die WVB GmbH erbringt für ihren Gesellschafter, den Zweckverband Bischofswerda-RÖDERAUE (nachfolgend „ZBR“), im Rahmen eines Ver- und Entsorgungsvertrages Leistungen zur Erfüllung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungspflicht des ZBR.
- Die Gesellschaft versorgt die Einwohner im Verbandsgebiet auf Grundlage der Satzungen des ZBR, der AVBWasserV sowie eigener ergänzender Versorgungsbedingungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung mit Trinkwasser und ist Eigentümerin der Versorgungsanlagen. Das Versorgungsgebiet umfasste im Berichtsjahr die Stadt Bischofswerda mit umliegenden Kommunen und das Gebiet Röderaue mit rund 84.000 Einwohnern.
- Die Gesellschaft übt die technische und kaufmännische Betriebsführung für das Entsorgungsgebiet Bischofswerda - Rammenau aus. Darüber hinaus erfüllt die WVB GmbH Aufgaben im technischen und kaufmännischen Bereich des Abwasserzweckverbandes „Klosterberg“ und erbringt Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Betriebsführung von zwei Freibädern.
- Für die WVB besteht Tarifgebundenheit nach den Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD).
- Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2024 ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 619 aus. Dabei erhöhen sich die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um TEUR 648 auf TEUR 11.327.
- Es wurden 3.445 Tm³ (Vj.: 3.385 Tm³) Wasser im Versorgungsgebiet verkauft. Die Erlöse aus dem Verkauf an Tarifikunden stiegen um TEUR 96 auf TEUR 7.934. Die Erlöse aus dem Verkauf von Wasser an Sondertarifikunden in Höhe von TEUR 1.027 (Vj.: T€ 701) beinhalten insbesondere die Weiterberechnung von nicht benötigten Wasserbezugsmengen an ein Molkereiunternehmen.
- Die Vermögenslage ist durch einen Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme von 85,0 % geprägt. Den Investitionen im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 1.805 stehen Abgänge in Höhe von TEUR 1 sowie planmäßige Abschreibungen von TEUR 3.274 entgegen.

- Die Quote des nachhaltigen Eigenkapitals unter anteiliger Berücksichtigung der Sonderposten erhöhte sich im Berichtsjahr auf 61,7 %. Das langfristige Vermögen ist fristenkongruent finanziert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit gegeben.

Zusammenfassend stellt die Geschäftsführung fest, dass die Finanzlage der Gesellschaft unverändert als stabil zu bezeichnen ist.

Zu diesen Aussagen nehmen wir wie folgt Stellung:

Die von der Geschäftsführung im Lagebericht getroffenen Aussagen sind zutreffend. Die konstant positive Entwicklung der Gesellschaft ist aus unserer Sicht zu bestätigen.

Der Ergebnisanstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die deutlich gestiegenen Erlöse durch Sondertarifkunden zurückzuführen.“

Bischofswerda, den 30. September 2025

Krauße
Verbandsvorsitzender

Wasserversorgung Bischofswerda GmbH, Bischofswerda

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Versorgungsgebiet

Die Wasserversorgung Bischofswerda GmbH (nachfolgend auch WVB GmbH) als Eigengesellschaft des Zweckverbandes Bischofswerda - RÖDERAUE (nachfolgend auch ZBR) erbringt im Rahmen eines Ver- und Entsorgungsvertrages Leistungen zur Erfüllung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungspflicht des ZBR.

Der Zweckverband Bischofswerda - RÖDERAUE ging aus der Vereinigung des Zweckverbandes Wasserversorgung Bischofswerda und des Trinkwasserzweckverbandes RÖDERAUE hervor. Der ZBR wurde nach der Genehmigung der Verbandssatzung durch das Regierungspräsidium Dresden und deren Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt vom 02.03.2006 zum 03.03.2006 gebildet. Aufgrund eines Urteiles des Verwaltungsgerichtes Dresden fasste die Verbandsversammlung am 01.03.2012 den Beschluss zur Sicherheitsneugründung nach dem Sicherheitsneugründungsgesetz (SiGrG). Die Verbandssatzung zur Sicherheitsneugründung trat nach deren Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt am 22.06.2012 in Kraft.

Das Verbandsgebiet umfasste im Berichtsjahr die Kommunen Arnsdorf, Bischofswerda, Burkau, Demitz-Thumitz, Frankenthal, Großharthau, Großnaundorf, Großröhrsdorf, Lichtenberg, Ohorn, Ottendorf-Okrilla, Pulsnitz, Radeberg, Rammenau, Schmölln-Putzkau und Wachau sowie Laußnitz mit dem Gewerbepark Laußnitzer Heide.

Mit Eintragung ins Handelsregister am 28.08.2012 wurde rückwirkend zum 01.01.2012 der damalige Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung Röderaue (ehemals Trinkwasserzweckverband RÖDERAUE) des ZBR im Wege der Ausgliederung nach § 168 ff. UmwG auf die WVB GmbH übertragen.

Die WVB GmbH versorgt im Verbandsgebiet ca. 84.000 Einwohner im eigenen Namen und auf eigene Rechnung auf der Grundlage der Satzungen des ZBR, der AVBWasserV sowie der eigenen ergänzenden Versorgungsbedingungen und Tarife mit Trinkwasser und ist Eigentümerin der Versorgungsanlagen.

Im Entsorgungsgebiet Bischofswerda - Rammenau des ZBR umfasst die Tätigkeit der WVB GmbH die technische und kaufmännische Betriebsführung. Darüber hinaus erfolgt für die Ver- und Entsorgungsgebiete des ZBR die vorbereitende Verbandsarbeit. Durch Satzung des ZBR ist die WVB GmbH ermächtigt, in dessen Namen in kommunalabgabenrechtlichen Verwaltungsverfahren einschließlich der Vollstreckung Verwaltungsakte zu erlassen.

Des Weiteren erfüllt die WVB GmbH im Auftrag des ZBR für den Abwasserzweckverband „Klosterberg“ Aufgaben im technischen, kaufmännischen und Verwaltungsbereich und erbringt Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Betriebsführung von zwei Freibädern.

2. Analyse des Geschäftsverlaufes

2.1 Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31.12.2024 ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 619 aus. Der Anteil des Betriebsergebnisses an der Gesamtleistung beträgt im Berichtsjahr 7,9 % (im Vorjahr 6,5 %).

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 648 auf TEUR 11.327.

Die Erlöse aus dem Verkauf von Wasser an Tarifkunden stiegen um TEUR 96 auf TEUR 7.934. Insgesamt konnten im Versorgungsgebiet 3.445 Tm³ (in 2023: 3.385 Tm³) Wasser verkauft werden.

Die Erlöse aus dem Verkauf von Wasser an Sondertarifkunden in Höhe von TEUR 1.027 (in 2023: TEUR 701) sind im Wesentlichen geprägt aus der Weiterberechnung von nicht benötigten Wasserbezugsmengen an ein Molkereiunternehmen.

Die Umsatzerlöse aus Betriebsführungen nahmen auf TEUR 1.475 zu (in 2023: TEUR 1.372).

Die Erlöse aus Nebentätigkeiten, zu denen u. a. Dienstleistungen im Trink- und Abwasserbereich für Dritte bzw. den ZBR wie Spülleistungen, Investitionsbetreuung sowie Fäkalienentsorgung gehören, erhöhten sich gegenüber 2023 um TEUR 48 auf TEUR 242. Der deutliche Anstieg resultiert in hohem Maße aus gestiegenen Erlösen aus Instandsetzungs- und Reparaturleistungen für Dritte.

Die zu aktivierenden Eigenleistungen nahmen im Vorjahresvergleich um TEUR 48 auf TEUR 166 ab.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich gegenüber 2023 um TEUR 614 auf TEUR 787. Dies ist vor allem auf den Vorjahresausweis der für 2023 einmalig staatlich gewährten Entlastungsbeträge für Strom- und Gasbezugskosten in Höhe von TEUR 614 zurückzuführen. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse waren in Höhe von TEUR 702 zu verzeichnen (in 2023: TEUR 732).

Die Materialaufwendungen nahmen um TEUR 572 auf TEUR 2.896 ab. Dies ist im Wesentlichen auf die im Vorjahresvergleich um TEUR 738 auf TEUR 746 gesunkenen Stromkosten zurückzuführen. Bezieht man allerdings die in 2023 in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesenen Entlastungsbeträge für Strombezugskosten in den Vorjahresvergleich mit ein, so beträgt die Minderung nur noch TEUR 126. Die Wasserbezugskosten, die wesentlich durch die Weiterleitung von nicht benötigten Wasserbezugsmengen an ein Molkereiunternehmen geprägt sind, lagen mit TEUR 899 deutlich über dem Vorjahresausweis (TEUR 814). Die Aufwendungen für die Instandhaltung der Versorgungsanlagen und – netze blieben mit TEUR 568 unter dem Niveau des Vorjahres (TEUR 598). Die Kosten für sonstige Materialbeschaffungen stiegen um TEUR 94 auf TEUR 326. Ursächlich hierfür waren in hohem Maße höhere Aufwendungen für den eichrechtlich notwendigen Austausch von Wasserzählern aufgrund des in 2024 nur teilweisen Bestehens der für eine Verlängerung von Austauschfristen erforderlichen Befundprüfungen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich um TEUR 323 auf TEUR 4.084. Für die WVB GmbH besteht Tarifgebundenheit nach den Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen um TEUR 54 auf TEUR 1.101 zu. Die Ursachen hierfür liegen neben allgemeinen Kostenerhöhungen u.a. in gestiegenen Aufwendungen für Kfz-Reparaturen (TEUR 142; in 2023: TEUR 119) begründet.

Die Zinsaufwendungen sanken u.a. aufgrund der fortschreitenden Tilgung von Kreditverbindlichkeiten leicht um TEUR 2 auf TEUR 200. Hierin enthalten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung (TEUR 1) von Rückstellungen.

2.2 Vermögenslage

Die Vermögenslage ist gekennzeichnet durch einen Anteil des Anlagevermögens (TEUR 47.221) an der Bilanzsumme (TEUR 55.550) von 85,0 %.

Den Investitionen ins Anlagevermögen von TEUR 1.805 stehen Abgänge von TEUR 1 und Abschreibungen von TEUR 3.274 entgegen.

Investitionen ins Trinkwassernetz wurden im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 1.276 getätigt. Für die Modernisierung der Wasserwerke und Hochbehälter fielen in 2024 Kosten in Höhe von TEUR 305 an.

Weitere Aufwendungen entstanden für die Errichtung und Auswechslung von Trinkwasserhausanschlüssen (TEUR 107) sowie für allgemeine Beschaffungen (TEUR 71).

Im Berichtsjahr wurden dem Sonderposten TEUR 609 aus Baukosten- und sonstigen Zuschüssen sowie Erstattungen von Hausanschlusskosten zugeführt.

2.3 Finanzlage

Die wesentlichen Bilanzkennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden vorangegangenen Geschäftsjahre stellen sich wie folgt dar:

	2024 %	2023 %	2022 %
Eigenkapitalquote (nachhaltiges Eigenkapital/nachhaltige Bilanzsumme)	61,7	59,6	58,6
Anlagendeckung III (nachhaltiges Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital + Fremdkapital-Anteil SoPo)/nachhaltiges AV)	110,7	109,5	109,5
Liquidität II (Zahlungsmittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital)	280,8	243,2	271,7
Liquidität III (Umlaufvermögen/kurzfristiges Fremdkapital)	290,7	251,2	280,3

Das nachhaltige Eigenkapital unter Einbeziehung von 60 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sowie der bis 2002 vorgenommenen Sonderabschreibungen nach Fördergebietsgesetz abzüglich der Differenz zur linearen Abschreibung bis 2024 beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 35.412. Bei der Ermittlung des nachhaltigen Anlagevermögens wurden die vorgenommenen Sonderabschreibungen ebenfalls berücksichtigt.

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist weiterhin positiv zu bewerten. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich im Berichtsjahr auf 61,7 %. Das langfristige Vermögen ist fristenkongruent finanziert.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist unverändert als stabil zu bezeichnen.

Die Liquidität III nahm u.a. aufgrund des im Vorjahresvergleich höheren Jahresergebnisses zum Bilanzstichtag auf 290,7 % zu. Die Zahlungsfähigkeit der WVB GmbH war auch im Geschäftsjahr 2024 jederzeit gegeben.

3. Ausführungen gemäß Sächsischer Gemeindeordnung

Die Anteile der Gesellschaft werden zu 100 % durch den Zweckverband Bischofswerda-RÖDERAUE gehalten.

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung sowie der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Als Geschäftsführer ist Herr Klaus Riedel berufen.

Als Mitglied des Aufsichtsrates fungierten im Berichtsjahr:

Vorsitzender:	Herr Prof. Dr. Holm Große	Oberbürgermeister der Stadt Bischofswerda
Stellvertreterin:	Frau Barbara Lüke	Bürgermeisterin der Stadt Pulsnitz
weitere Mitglieder:	Herr Jens Krauß	Bürgermeister der Gemeinde Großharthau
	Herr Sebastian Hein	Bürgermeister der Gemeinde Burkau
	Frank Höhme	Oberbürgermeister der Stadt Radeberg

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 62 Mitarbeiter.

Als Abschlussprüfer für das Berichtsjahr 2024 wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft concredis Schlegel, Middrup & Weser Partnerschaft gewählt.

4. Künftige Entwicklung einschließlich Chancen und Risiken

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist derzeit unverändert als stabil einzuschätzen. Die WVB GmbH verfügt über ein ausreichendes Eigenkapital. Für das Geschäftsjahr 2025 ist allerdings aufgrund der absehbar weiter steigenden Beschaffungskosten verbunden mit den Unsicherheiten der derzeitigen geopolitischen Krise in Europa von einer leicht negativen Entwicklung auszugehen.

Mit der Vereinigung des Trinkwasserzweckverbandes RÖDERAUE und des Zweckverbandes Wasserversorgung Bischofswerda zum Zweckverband Bischofswerda - RÖDERAUE entstand eine wirtschaftlich sinnvolle Versorgungseinheit mit ca. 84.000 Einwohnern. Durch die Ausgliederung des ZBR - Geschäftsbereiches Trinkwasserversorgung Röderaue auf die WVB GmbH in 2012 ergaben sich eine Vielzahl von Möglichkeiten, im vereinheitlichten Versorgungsgebiet Synergieeffekte zu nutzen und somit positive Auswirkungen auf die Gestaltung der Trinkwasserentgelte zu erzielen. Hierdurch wurde eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um auch zukünftig eine auf Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit basierende Trinkwasserversorgung in Verbindung mit der Sicherstellung der Versorgungssicherheit für die Bevölkerung und sonstigen Abnehmer zu gewährleisten sowie den Herausforderungen der demographischen Entwicklung im Versorgungsgebiet zu begegnen.

Wesentlich für die weitere Entwicklung wird sein, inwieweit Prognosen zu einem zukünftig weiter anhaltenden Bevölkerungsrückgang eintreten werden. Darüber hinaus ist mit Schwankungen in der Wasserabnahme industrieller Abnehmer infolge konjunktureller Entwicklungen zu rechnen, die sich auf den Wasserabsatz nicht unwesentlich auswirken können. Dem gilt es durch eine weiterhin hohe Effizienz bei der Durchführung der Wasserversorgung und konsequenter Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs entgegenzuwirken.

Zur frühzeitigen Identifizierung von Risiken und der damit im Zusammenhang stehenden Auswirkungen auf die Gesellschaft besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Dies beinhaltet Planungs- und Controllingprozesse, Dienstanweisungen und Berichtswesen. Bestehenden Risiken wurde durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen. Bestandsgefährdende Risiken sind im Geschäftsjahr 2024 für das Unternehmen nicht entstanden.

Ziel der WVB GmbH ist es auch in Zukunft, vorhandene Geschäftsfelder auszubauen und neue zu erschließen.

Darüber hinaus strebt die WVB GmbH die Kooperation mit umliegenden Ver- und Entsorgungsunternehmen und Zweckverbänden zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit an.

Bischofswerda, den 25. März 2025

Riedel
Geschäftsführer

**Schuldenstand der Wasserversorgung Bischofswerda GmbH
aus durch den Zweckverband Bischofswerda-RÖDERAUE
verbürgten Krediten ohne Einbezug von Zinsabgrenzungen**

alle Angaben in TEUR

31.12.2024

modifizierte Ausfallbürgschaften 7.779

Gesamt 7.779

Anteile Kommunen Bürgschaften

Arnsdorf	6,41%	499
Bischofswerda	16,27%	1.266
Burkau	3,46%	269
Demitz - Thumitz	2,83%	220
Frankenthal	1,00%	78
Großharthau	2,43%	189
Großnaundorf	0,59%	46
Großröhrsdorf	11,71%	911
Laußnitz	1,16%	90
Lichtenberg	1,31%	102
Ohorn	1,89%	147
Ottendorf Ockrilla	11,56%	899
Pulsnitz	7,08%	551
Radeberg	23,73%	1.846
Rammenau	0,98%	76
Schmölln - Putzkau	3,32%	258
Wachau	4,27%	332
gesamt:	100,00%	7.779

**Schuldenstand der Wasserversorgung Bischofswerda GmbH
aus Gesellschafterdarlehen des Zweckverbandes Bischofswerda-RÖDERAUE
ohne Einbezug von Zinsabgrenzungen**

alle Angaben in TEUR

31.12.2024

Gesamt 5.254

Anteile Kommunen

Arnsdorf	6,41%	337
Bischofswerda	16,27%	855
Burkau	3,46%	182
Demitz - Thumitz	2,83%	149
Frankenthal	1,00%	53
Großharthau	2,43%	128
Großnaundorf	0,59%	31
Großröhrsdorf	11,71%	615
Laußnitz	1,16%	61
Lichtenberg	1,31%	69
Ohorn	1,89%	99
Ottendorf Okrilla	11,56%	607
Pulsnitz	7,08%	372
Radeberg	23,73%	1.247
Rammenau	0,98%	51
Schmölln - Putzkau	3,32%	174
Wachau	4,27%	224
gesamt:	100,00%	5.254

**Schuldenstand des Zweckverbandes Bischofswerda-RÖDERAUE
aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ohne Einbezug
von Zinsabgrenzungen**

alle Angaben in TEUR

31.12.2024

Bereich Trinkwasser	5.254
Bereich Abwasser	569
Gesamt	5.823

Anteile Kommunen Bereich Trinkwasser

Arnsdorf	6,41%	337
Bischofswerda	16,27%	855
Burkau	3,46%	182
Demitz - Thumitz	2,83%	149
Frankenthal	1,00%	53
Großharthau	2,43%	128
Großnaundorf	0,59%	31
Großröhrsdorf	11,71%	615
Laußnitz	1,16%	61
Lichtenberg	1,31%	69
Ohorn	1,89%	99
Ottendorf Okrilla	11,56%	607
Pulsnitz	7,08%	372
Radeberg	23,73%	1.247
Rammenau	0,98%	51
Schmölln - Putzkau	3,32%	174
Wachau	4,27%	224
gesamt:	100,00%	5.254

Anteile Kommunen Bereich Abwasser

Bischofswerda	88,83%	505
Rammenau	11,17%	64
gesamt:	100,00%	569

bilanzielles Eigenkapital des Zweckverbandes Bischofswerda-RÖDERAUE

alle Angaben in EUR

31.12.2024

Bereich Trinkwasser	12.821.838
Bereich Abwasser	16.678.326
Gesamt	29.500.164

Anteile Kommunen Bereich Trinkwasser

Arnsdorf	6,41%	821.880
Bischofswerda	16,27%	2.086.113
Burkau	3,46%	443.636
Demitz - Thumitz	2,83%	362.858
Frankenthal	1,00%	128.218
Großharthau	2,43%	311.571
Großnaundorf	0,59%	75.649
Großröhrsdorf	11,71%	1.501.437
Laußnitz	1,16%	148.733
Lichtenberg	1,31%	167.966
Ohorn	1,89%	242.333
Ottendorf Okrilla	11,56%	1.482.204
Pulsnitz	7,08%	907.786
Radeberg	23,73%	3.042.623
Rammenau	0,98%	125.654
Schmölln - Putzkau	3,32%	425.685
Wachau	4,27%	547.492
gesamt:	100,00%	12.821.838

Anteile Kommunen Bereich Abwasser

Bischofswerda	88,83%	14.815.357
Rammenau	11,17%	1.862.969
gesamt:	100,00%	16.678.326

Aufgliederung bilanzielles Eigenkapital des Zweckverbandes Bischofswerda-RÖDERAUE

alle Angaben in EUR

			31.12.2024
	Abwasser	Trinkwasser	Gesamt
A. Eigenkapital			
I. Rücklagen	13.664.401,56	12.776.810,04	26.441.211,60
1. Allgemeine Rücklage	2.084.078,18	12.776.810,04	14.860.888,22
2. Zweckgebundene Rücklage	11.580.323,38	0,00	11.580.323,38
II. Gewinn	3.013.925,00	45.027,51	3.058.952,51
1. Gewinnvortrag	2.908.958,80	43.416,54	2.952.375,34
2. Jahresergebnis	104.966,20	1.610,97	106.577,17
Summe Eigenkapital	16.678.326,56	12.821.837,55	29.500.164,11

5.3 Anlage zu Punkt 4.3 Beteiligungsbericht AZV für das Jahr 2024

Zuarbeit zum Beteiligungsbericht der Städte und Gemeinden für das Jahr 2024

1. Angaben zum AZV „Obere Röder“

1.1. Allgemeine Angaben

Einrichtung: Abwasserzweckverband „Obere Röder“

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts - Eigenbetrieb

Prozentualer Anteil: folgende Städte und Gemeinden sind prozentual am Abwasserzweckverband „Obere Röder“ beteiligt:

Stadt/Gemeinde	prozentualer Anteil (lt. Satzung)
Arnsdorf mit OT	12,59
Großröhrsdorf mit OT	26,48
Radeberg mit OT	57,45
Wachau, OT Leppersdorf	2,40
Großharthau, OT Seeligstadt	1,08

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck:

Der Zweckverband hat nach § 2 der Verbandssatzung als Teilzweckverband die Aufgabe, einen Teil der den Gemeinden nach § 50 Abs. 1 und 2 des Sächsischen Wassergesetzes obliegenden Abwasserbeseitigungspflichten zu erledigen. Die Errichtung und der Betrieb von Kläranlagen sowie der Bau und der Betrieb von Hauptsammlern, Pumpwerken, Regenüberlaufbecken und Messschächten sind Verbandsaufgabe. Der Bau und der Betrieb der Ortskanalisation bleibt Aufgabe der Verbandsmitglieder. Der Verband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben auch Dritter bedienen. Das Satzungsrecht, insbesondere das Recht, Beiträge und Gebühren zu erheben, bleibt bei den Verbandsgemeinden.

Stamm- und Grundkapital: 0,00 €

1.2. Finanzbeziehung

- Summe aller Gewinnabführungen an den Haushalt der Gemeinde: 0,00 €

- Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Haushalt der Gemeinde: 0,00 €

- Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen: 0,00 €

- Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen: 0,00 €

1.3. Lagebericht

1.3.1 Grundlagen der Gesellschaft

Gemäß § 2 der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ (nachfolgend „AZV“, „Verband“ oder „Zweckverband“ genannt) hat der Zweckverband die Aufgabe, das im Verbandsgebiet anfallende Abwasser nach § 50 Abs. 1 und 2 des Sächsischen Wassergesetzes zu beseitigen. Die Ortskanalisation wird von den Verbandsmitgliedern in eigener Verantwortung hergestellt und betrieben.

Darüber hinaus kann der Zweckverband für andere Gemeinden und für Gemeindeteile, die nicht zum Verbandsgebiet gehören, Aufgaben der Abwasserbeseitigung erledigen.

Das gilt auch für die den Verbandsmitgliedern obliegenden Aufgaben aus dem Betrieb der Ortskanalisation. Für den Betrieb der Ortskanalisation der Mitglieder hat der AZV entsprechende Vereinbarungen mit der Stadt Großröhrsdorf, der Großen Kreisstadt Radeberg, der Gemeinde Wachau und der Gemeinde Arnsdorf getroffen.

Weiterhin führt der Verband zwei Betriebe gewerblicher Art (BgA). Dazu gehören der BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage und der BgA Leistungen für fremde Dritte. Die Ergebnisse der Betriebe gewerblicher Art sind in dem Gesamtabchluss des AZV enthalten.

Zur Erfüllung seiner hoheitlichen Aufgaben in Bezug auf die Klärschlamm Entsorgung gründete der AZV mit der im Entsorgungsbereich tätigen Nehlsen-Gruppe mit Gesellschaftervertrag vom 9. Januar 1997 die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH, Radeberg (BVR mbH). Gegenstand des gegründeten Unternehmens ist die Aufbereitung, Verwertung und Vermarktung von Klärschlamm. Daneben kann das Unternehmen Grünabfälle und Bioabfälle aller Art verarbeiten, soweit dadurch die Klärschlammbehandlung nicht beeinträchtigt wird. Der AZV hält 51 % der Gesellschaftsanteile, die verbleibenden 49 % hält die Tochtergesellschaft selbst.

Um die übertragenen Aufgaben erfüllen zu können, mietete die BVR mbH ab dem 1. Juni 1999 die Bio-Covergärungsanlage vom Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg, an.

1.3.2 Steuerungssystem

Die Zuständigkeiten der einzelnen Organe des Abwasserzweckverbandes sind in der Verbandssatzung geregelt. Die Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende in der aufgeführten Reihenfolge. Ein weiteres Instrument ist der jährlich aufgestellte und zu beschließende Wirtschaftsplan, welcher die finanziellen Rahmenbedingungen festlegt. Der vorgeschriebene zu erstellende Halbjahresbericht gibt einen Überblick über den Geschäftsverlauf, den Soll-Ist Stand in Bezug auf den Wirtschaftsplan und einen stichtagsbezogenen Überblick auf die Liquiditätslage des Verbandes. Mithilfe des eingeführten Risikomanagementsystems werden zusätzlich die wesentlichen Risiken analysiert und überwacht.

Im Verlauf des Wirtschaftsjahres 2024 wurden in zwei Verbandsversammlungen die für die wirtschaftliche Tätigkeit des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ notwendigen Beschlüsse gefasst.

Die Mitgliedskommunen erhielten drei Quartalsauswertungen und eine Halbjahresauswertung in Form eines Auszuges aus der Kostenrechnung und einen Plan-Ist-Vergleich zum Stand der Erfüllung des Wirtschaftsplanes sowie eine Aussage zur Liquidität.

Weiterhin erhalten die Kommunen im Rahmen der Betriebsführung quartalsweise Auswertungen über den Stand der offenen Posten sowie der Erlöse aus der Gebührenabrechnung, welche der AZV im Auftrag der Kommunen vornimmt.

Anhand der Kostenrechnung werden monatlich die Kosten durch die Geschäftsleitung ausgewertet, Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan in den einzelnen Bereichen erörtert und entsprechende Maßnahmen ergriffen.

1.3.3 Geschäftsverlauf

Das Jahr 2024 war im Vergleich zu den Vorjahren im Bereich der Abwasserentsorgung relativ stabil und nur wenig durch maßgebende Einflüsse geprägt. In Bezug auf die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe waren weiterhin Preissteigerungen zu verzeichnen. Grundsätzlich positiv zu bewerten ist die rückläufige Inflationsrate im Jahr 2024 gegenüber 2023, aber auch diese führte grundsätzlich zu Verteuerungen. Die Entwicklung der Einnahmen aus den Sonderchargen waren weit über dem Planansatz und von Sondereffekten geprägt. Die Einnahmen aus den bestehenden Einleitverträgen war analog dem Vorjahr. Wesentliche neue Investitionsmaßnahmen haben nicht stattgefunden.

Während des Zeitraums vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 waren durchschnittlich 19 (Vorjahr: 21) Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Der Verband geht auch im Jahr 2025 von einem nahezu gleichbleibenden Personalbestand aus.

1.3.4 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1.3.4.1 Vermögenslage

Das Vermögen des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“, Radeberg, stellt sich zum 31. Dezember 2024 wie folgt dar:

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	251	0,6	255	0,6	-4
Sachanlagen	39.074	91,6	40.817	92,6	-1.743
Finanzanlagen	26	0,1	26	0,1	0
Anlagevermögen	39.351	92,2	41.098	93,3	-1.747
Vorräte	69	0,2	70	0,2	-1
Liefer- und Leistungsforderungen	61	0,1	60	0,1	1
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	21	0,1	5	0,0	16
Flüssige Mittel	3.162	7,4	2.861	6,4	301
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	3.313	7,8	2.996	6,7	317
Gesamtvermögen	42.664	100,0	44.094	100,0	-1.430

Im Wirtschaftsjahr wurden Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 94 vorgenommen. Davon entfielen TEUR 17 auf EDV/Software und Hardware und TEUR 3 auf Messtechnik/Messgerät, TEUR 25 auf

einen LKW (Kastenwagen/Caddy), TEUR 30 auf Büroeinrichtung, TEUR 6 auf KA Radeberg und Pumpwerke sowie TEUR 14 auf die Betriebsausstattung und kleinere Maßnahmen.

In den kommenden Wirtschaftsjahren wird mit jetzigem Kenntnisstand das Volumen für erforderliche Ersatzinvestitionen zwischen 150 TEUR und 300 TEUR bewegen.

Das Vermögen des AZV ist wie folgt finanziert:

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Wirtschaftliches Eigenkapital					
Kapitalrücklagen	19.600	45,9	19.600	44,5	0
Gewinnrücklage	3.603	8,5	3.603	8,2	0
Gewinnvortrag	2.743	6,4	2.515	5,7	228
Jahresergebnis	262	0,6	228	0,5	34
Eigenkapital	26.208	61,4	25.946	58,8	262
Erhaltene Investitionszuschüsse	14.066	33,0	14.865	33,7	-799
	40.274	94,4	40.811	92,6	-537
Mittel- und langfristiges Fremdkapital					
Archivierungsrückstellung	10	0,0	10	0,0	0
Finanzkredite	842	2,0	1.724	3,9	-882
Sicherheitseinbehalte	6	0,0	8	0,0	-2
	858	2,0	1.742	3,9	-884
Kurzfristiges Fremdkapital					
Rückstellungen	373	0,9	459	1,0	-86
Finanzkredite	402	0,9	402	0,9	0
Verbindlichkeiten des laufenden Geschäftsbetriebes	757	1,8	680	1,5	77
	1.532	3,6	1.541	3,5	-9
Gesamtkapital	42.664	100,0	44.094	100,0	-1.430

Die wesentlichen Vermögenswerte sind Sachanlagen, sowie liquide Mittel. Der Eigenkapitalanteil liegt bei 94,4 % (Vorjahr: 92,6 %) unter Einbeziehung des Sonderpostens.

Das Fremdkapital besteht zu 81,2 % aus zwei Finanzkrediten (zwei Tilgungsdarlehen) mit Zinssätzen von 1,40 % bis 4,04 %. Die Laufzeiten für die Zinsbindung reichen von 2026 bis 2031. Die übrigen 18,8 % des Fremdkapitals resultieren aus geschäftstypischen Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr.

1.3.4.2 Finanzlage

Eine Übersicht der Finanzlage stellt sich in folgender verkürzter Kapitalflussrechnung dar:

	2024	2023
	TEUR	TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.100	1.837
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	-880	-1.151
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-919	450
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	301	1.136
Liquide Mittel zu Beginn der Periode	2.861	1.725
Liquide Mittel zu Ende der Periode	3.162	2.861

Für das Jahr 2024 waren Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 417 geplant davon entfielen 55 TEUR auf Investitionen aus Vorjahren. Es wurden Ersatzinvestitionen im Wert von TEUR 94 vorgenommen. Investitionszuwendungen in Form von Zuschüssen wurden nicht vereinnahmt. Die Finanzierung der Anlagenzugänge im Wirtschaftsjahr erfolgte aus Eigenmitteln.

Die Ersatzinvestitionen erfolgten im Wesentlichen in Entsorgungs- und Behandlungsanlagen, in Maschinen- und Fahrzeuge und der EDV- und EMSR-Technik. Der AZV hat im Wirtschaftsjahr 2024 keine Grundstücke erworben oder veräußert, allerdings weitere Grunddienstbarkeiten gesichert. Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten wurden planmäßig getilgt und zusätzlich wurde zwei Sondertilgungen von TEUR 124 und TEUR 380 vorgenommen. Die Zahlungsfähigkeit des AZV war während des gesamten Wirtschaftsjahres gewährleistet. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen.

Die Liquidität des AZV stellt sich zum 31. Dezember 2024 wie folgt dar:

1. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	=	$\frac{\text{TEUR } 3.162}{\text{TEUR } 1.532}$	=	2,06
2. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel + Leistungsforderungen}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	=	$\frac{\text{TEUR } 3.223}{\text{TEUR } 1.532}$	=	2,10
3. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel + Leistungsforderungen + Vorräte + Sonstige Vermögensgegenstände}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	=	$\frac{\text{TEUR } 3.313}{\text{TEUR } 1.532}$	=	2,16

1.3.4.3 Ertragslage

Nach Satzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ § 2 Abs. 4 strebt der Zweckverband mit seinen satzungsmäßigen Aufgaben keinen Gewinn an. Da der AZV ein Teilzweckverband ist, finanziert sich der Verband hauptsächlich für die nicht durch Zuschüsse Dritter (Fördermittel) gedeckten Kosten über die Erhebung von Betriebskosten- und Kapitalumlagen von den Mitgliedskommunen.

Entsprechend der genehmigten Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2024 wurden im Erfolgsplan die Erträge mit EUR 8.214.043 und die Ausgaben mit EUR 8.160.934 und im Liquiditätsplan ein Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 1.063.409 festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde auf EUR 750.000 festgesetzt und durch das LRA Bautzen mit Schreiben vom 8. Dezember 2023 bestätigt.

Die Umsatzerlöse liegen mit TEUR 7.350 um TEUR 10 über dem Planansatz. Die Gewinn- und Verlustrechnung verzeichnet insgesamt einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 262 und liegt über dem Planansatz von TEUR 53.

Durch die Vereinbarungen zur Betriebsführung der Ortsnetze, seiner Betriebe gewerblicher Art und die Annahme von Fäkalien/Abwasser aus Fremdgebieten werden zusätzlich Deckungsbeiträge erwirtschaftet, die zur Finanzierung des AZV beitragen und die Mitglieder entlasten. Die endgültigen Umlagen werden mit Feststellung des Jahresabschlusses 2024 bei den Mitgliedsgemeinden im Folgejahr erhoben.

Die Abrechnung des Erfolgsplanes stellt sich wie folgt dar, wobei die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis die auch für die interne Steuerung der Gesellschaft relevanten finanziellen Leistungsindikatoren darstellen:

	Planansatz 2024	Ist 2024	Abweichung	
	EUR	EUR	%	
Umsatzerlöse	7.339.609	7.350.015	10.406	0,1
Andere aktivierte Eigenleistungen	0		1.049	100,0
Sonstige betriebliche Erträge	854.434	834.443	-19.991	-2,3
Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	798.500	977.978	179.478	22,5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.949.900	1.939.525	-10.375	-0,5
Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	1.090.400	1.020.304	-70.096	-6,4
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	267.200	265.840	-1.360	-0,5
Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.841.400	1.835.658	-5.742	-0,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.149.200	1.805.456	-343.744	-16,0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge/	20.000	37.957	17.957	100,0
Erträge aus Beteiligungen				
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43.334	36.849	-6.485	-15,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	74.109	340.805	266.696	359,9
Steuern	21.000	79.237	58.237	277,3
Jahresergebnis	53.109	261.568	208.459	392,5

Die höheren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe resultieren hauptsächlich aus Preissteigerungen und Mehrverbrauch von Fällmittel für die Phosphorelimination und gesteigener Energiekosten. Das Jahresergebnis wurde im Wesentlichen durch die Zusammenarbeit mit dem Kunden Sachsenmilch Anlagen Holding GmbH und den Einleitungen aus Schönborn positiv beeinflusst.

Die Summe und Zusammensetzung der Erträge sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

	Planansatz 2024	Ist 2024	Abweichung
	EUR	EUR	%
Umsatzerlöse			
Betriebskostenumlage	4.885.370	4.710.465	-3,6
Betriebsführungsentgelt Verbandsmitglieder	1.707.000	1.695.792	-0,7
Miete für BVR-Anlage	345.500	345.335	-0,1
Einleitentgelt OT Schönborn	61.400	86.558	41,0
Einleitentgelt SAHO	185.000	180.524	-2,4
Sonderchargen (FAS)	10.300	96.330	835,2
Abfallbeseitigung	0	0	100,0
Entgelt BVR mbH	70.900	86.996	22,7
Betriebskosten Einl. Feldschlößchen	53.839	51.541	-4,3
Erlöse aus Weiterberechnungen	0	72.343	100,0
Sonstige Erlöse	20.300	24.131	18,9
	7.339.609	7.350.015	0,1
Sonstige betriebliche Erträge			
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	849.934	799.247	-6,0
sonstige Erträge	4.500	6.336	40,8
Versicherungsentschädigung, Schadenersatz	0	3.415	100,0
Erträge aus Anlagenabgängen	0	13.550	0,0
Auflösung von Rückstellungen	0	9.533	100,0
Periodenfremde Erträge	0	2.362	100,0
	854.434	834.443	-2,3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge/			
Zinsen und ähnliche Erträge	20.000	37.957	0,0
	20.000	37.957	0,0
	8.214.043	8.222.415	0,1

1.3.5 Angaben zum Personalaufwand

Während des Zeitraums vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 waren durchschnittlich 20 Arbeitnehmer beschäftigt. Da der Geschäftsführer nicht der gesetzliche Vertreter des AZV „Obere Röder“ ist, wurde er vorliegend in die Anzahl der Arbeitnehmer mit einbezogen.

1.3.6 Annex Tätigkeiten

Darunter werden wirtschaftliche Betätigungen der Kommunen verstanden, die daraus resultieren, dass vorhandene Kapazitäten für hoheitliche Aufgaben nicht ausgeschöpft werden können, wohl aber durch ein ergänzendes Angebot an Dritte, sodass letztlich durch die Kapazitätsauslastung noch ein zusätzlicher Ertrag erwirtschaftet wird.

Die wirtschaftliche Betätigung des AZV erfolgt in Betrieben gewerblicher Art (BgA). Der AZV führt den BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage und den BgA Leistungen für fremde Dritte.

Die Betriebe stellen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung im Einzelnen wie folgt dar:

	Jahresergebnis	
	2024	2023
	TEUR	TEUR
Vermietung Bio-Covergärungsanlage gesamt	43	36
BgA Leistungen für fremde Dritte	141	91

1.3.7 Risikobetrachtung

Die Risikofelder des Verbandes haben sich gegenüber dem Vorjahr erweitert.

Die folgenden Risiken werden in der Reihenfolge ihrer Bedeutung für den AZV dargestellt.

Aufgrund der Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung müssen Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen mit einer Ausbaugröße von bis zu 100.000 Einwohnern (EW) ab 1. Januar 2032 und einer Ausbaugröße über 100.000 EW ab 1. Januar 2029 den im Klärschlamm enthaltenen Phosphor zurückgewinnen bzw. einer entsprechenden Verwertung zuführen, sofern ein Phosphorgehalt von 20 g oder mehr je Kilogramm Trockenmasse gegeben ist. Der AZV betreibt eine Abwasserbehandlungsanlage mit einer Ausbaugröße von 100.000 EW und der Phosphorgehalt im Klärschlamm liegt in einem Bereich, welcher zur Phosphorrückgewinnung verpflichtet. Daraus ergeben sich nach derzeitigem Kenntnisstand massive Kostensteigerungen in der Klärschlammverwertung.

Ein weiterer Risikopunkt ist die aktuelle Auslastung der Verbandskläranlage in Radeberg, diese liegt ca. 10 % über der Ausbaustufe von 100.000 EW und ist somit ausgelastet. Die Abweichung gegenüber der bestehenden Genehmigung ist behördlich bekannt. Aktuell werden Gespräche mit der Überwachungsbehörde zur weiteren Vorgehensweise geführt. Die Überwachungsbehörde strebt eine Änderung bzw. Anpassung der Genehmigung an. Die Frachten welche zur Überschreitung der bestehenden Genehmigung führen, haben ihren Ursprung in den im Einzugsgebiet der Kläranlage ansässigen Unternehmen der Lebensmittelindustrie. Der AZV hat keinen unmittelbaren Einfluss auf das Einleitverhalten und die Einleitbedingungen (Qualität und Quantität), dies regeln die jeweiligen Mitglieder in Ihren Abwassersatzungen. Hier besteht die Gefahr der Einstufung in die nächste Größenklasse durch die Obere Wasserbehörde. Dies hätte aufgrund dann geltender verschärfter Grenzwerte erhebliche Neuinvestitionen zur Folge. Weiterhin wäre bei einer Einstufung in die nächste Größenklasse der AZV schon ab 2029 zur Phosphorrückgewinnung verpflichtet. Dies hätte auch eine erhebliche Kostensteigerung zur Konsequenz. Hier sollten die Mitglieder die Einführung von Starkverschmutzerzuschlägen prüfen, um eine verursachergerechte Kostenverteilung bzw. Kostenbeteiligung anzustreben.

Die im Jahr 2024 beschlossene EU-Kommunalabwasserrichtlinie wird massive wirtschaftliche Auswirkungen auf die regionale Abwasserentsorgung haben. Nach der Richtlinie sind Einleitungen aus Gemeinden bzw. Kläranlagen von 10.000 EW — 150.000 EW in sensiblen Gebieten bis 2033 zu 10 %, bis 2036 zu 30 %, bis 2039 zu 60 % und bis 2045 zu 100 % der Einleitungsstellen mit einer vierten Reinigungsstufe auszurüsten. Die Frage wird sein, ob sich Deutschland insgesamt zum sensiblen Gebiet erklärt, was wegen der weiterhin vorhandenen Probleme in Nord- und Ostsee nicht unwahrscheinlich ist oder es diese Gebietsausweisung

allein den einzelnen Bundesländern überlässt. Bei Überlassung der Gebietsausweisung an die Bundesländer, kann man sich an der bisherigen Gebietsausweisung für Sachsen gemäß § 2 Sächsischen Kommunalabwasserverordnung orientieren, siehe Anlagen 1 und 2 dieser Verordnung. Als empfindliche Gebiete in Sachsen wurden bisher Standgewässer, einschl. Talsperren, und Trinkwasserschutzgebiete bei Oberflächengewässern ausgewiesen. Bei entsprechender unveränderter Weitergeltung dieser Gebiete würden die Anforderungen nach der EU-Richtlinie für die weitergehende Nährstoffeliminierung und ggf. auch für die 4. Reinigungsstufe auf die Einleitung der Kläranlage Radeberg im Einzugsgebiet des Speichers Radeburg I zutreffen.

Ein ständiger Risikopunkt für den AZV sind die Ergebnisse aus der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Hier könnten aus Sicht des Gewässerschutzes die Grenzwerte für die Einleitung ins Gewässer verschärft werden. Sollte dies so eintreten, stehen hier auch erhebliche Investitionen an, die die wirtschaftlichen Verhältnisse des AZV belasten würden.

Der Betrieb gewerblicher Art (BgA) zur Vermietung seiner Bio-Covergärungsanlage auf dem Grundstück der Kläranlage Radeberg ist immer noch risikobehaftet. Dieser BgA schließt zwar im Berichtsjahr positiv ab, jedoch stehen hier weiterhin Ersatzinvestitionen gemeinsam genutzter Anlagenteile an. Hier muss genau geprüft werden, welche Ersatzinvestitionen aus Sicht des Verbandes wirtschaftlich sinnvoll sind und welche Risiken daraus resultieren. Ersatzinvestitionen, welche zur Erfüllung seiner Aufgaben und der Betreiberpflichten zwingend erforderlich sind, wird der Verband tätigen müssen. Es sollte grundsätzlich geprüft werden, ob dieses Konstrukt zukünftig für den Verband noch vorteilhaft ist.

Im Bereich Personal ergibt auf Grund der Altersstruktur die Notwendigkeit die mittelfristige Ausrichtung des Verbandes intensiv zu erörtern und eventuelle „neue“ Wege zu untersuchen. In den Jahren 2033 bis 2035 werden nach aktuellen Erkenntnissen ca. 50% der AN in den Ruhestand gehen. Nach Einschätzung der Geschäftsführung wird die jetzige Konstellation den zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen nicht genügen. Die bestehende Einheit ist schlichtweg zu klein.

Ein weiterer neuer Risikopunkt ist das Auftreten von Pandemien. Wichtig ist hier, dass der AZV die Digitalisierung vorantreibt. Weiterhin muss der Verband seine Anlagen auf den aktuellen Stand der Technik halten und wo es möglich und sinnvoll ist, den Automatisierungsgrad erhöhen und seine Mitarbeiter entsprechend schulen.

Ein zusätzliches Risiko sind internationale Auseinandersetzungen und Krisenherde. Diese haben Auswirkungen auf den Globalen Rohstoffmarkt und die Logistik. Der Verband muss hier zur Erfüllung seiner Aufgaben zukünftig noch mehr Vorhaltung (Lager) betreiben.

Die dargestellten Risiken sind bedeutend für den Verband, da deren Eintrittswahrscheinlichkeit in einem mittleren Rahmen liegt und teilweise gegeben ist. Zurzeit bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

Unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und der prognostizierten Folgen ergeben sich für den Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg, zurzeit keine bestandsgefährdenden Risiken.

1.3.8 Risikomanagement

Der AZV ist im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt der AZV wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein. Diese wurden in einem einheitlichen Risikomanagementsystem zusammengefasst. Die Risikosituation wird regelmäßig und standardisiert erfasst und mit den bestehenden Vorgaben verglichen. So können rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden, wenn sich negative Entwicklungen abzeichnen sollten.

Es wurde ein Risikobericht erstellt, in dem die zurzeit erfassten Risiken in einem Risikokatalog klassifiziert und Verantwortlichkeiten sowie Überwachungszeiträume festgelegt wurden.

Die Beteiligung des AZV an der BVR mbH wird mittels des Risikomanagementsystems überwacht. Die sich aus dem BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage ergebenden Risiken werden im

Zusammenhang mit Finanzierung, Investitionen, Betriebskosten und dem Energiemanagement überwacht

Die Überwachung der Unternehmensbeteiligung des AZV an der BVR mbH erfolgt über die von der Tochtergesellschaft zu erstellenden Quartalsberichte bzw. deren genauer Auswertung.

1.3.9. Prognosebericht

Die Haushaltssatzung und der Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 wurden in der Verbandsversammlung am 04. Dezember 2024 beschlossen.

Die Planung geht von einer unverändert stabilen Umsatzlage bei um den Betrag der ordentlichen Tilgung fallender Liquidität aus. Eine Kreditaufnahme ist nicht vorgesehen.

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand, der aktuellen Planung und den getroffenen Einschätzungen wird der Verband auch im Wirtschaftsjahr 2025 seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen können.

Unter Beachtung der Finanzierung des Verbandes werden die Abschreibungen für die Verbandsanlagen über die BKU-Umlage erhoben und eingezogen. Somit hat der Verband die Möglichkeit ausreichend liquide Mittel anzusparen, um daraus Ersatzinvestitionen zu tätigen und seine Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten zu bedienen. Die Planung des Jahres 2025 weist Erträge von TEUR 8.148 und einen Jahresüberschuss von TEUR 101 aus.

1.3.10 Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Vorgänge nach dem Bilanzstichtag, die von besonderer Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind, haben sich nicht ereignet.

2. Angaben nach § 99 SächsGemO Abs. 2 Nr. 1

2.1. Struktur des Zweckverbandes :

2.1.1 Organe des Zweckverbandes:

- Verbandsversammlung
- Verwaltungsrat
- Verbandsvorsitzender

2.1.2 Namentliche Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Verbandsvorsitzender:	Herr Veit Künzelmann Bürgermeister der Gemeinde Wachau
Stellv. Verbandsvorsitzender:	Herr Jens Krauße, Bürgermeister der Gemeinde Großharthau
Geschäftsführer	Herr Jörg Friedemann

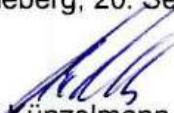
Verwaltungsrat:

Herr Frank Höhme	Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Radeberg
Herr Jens Krauße	Bürgermeister der Gemeinde Großharthau
Herr Stefan Schneider	Bürgermeister der Stadt Großröhrsdorf
Herr Veit Künzelmann	Bürgermeister der Gemeinde Wachau

2.1.3 Name des bestellten Abschlussprüfers

BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Radeberg, 20. September 2024


Veit Künzelmann
Verbandsvorsitzender

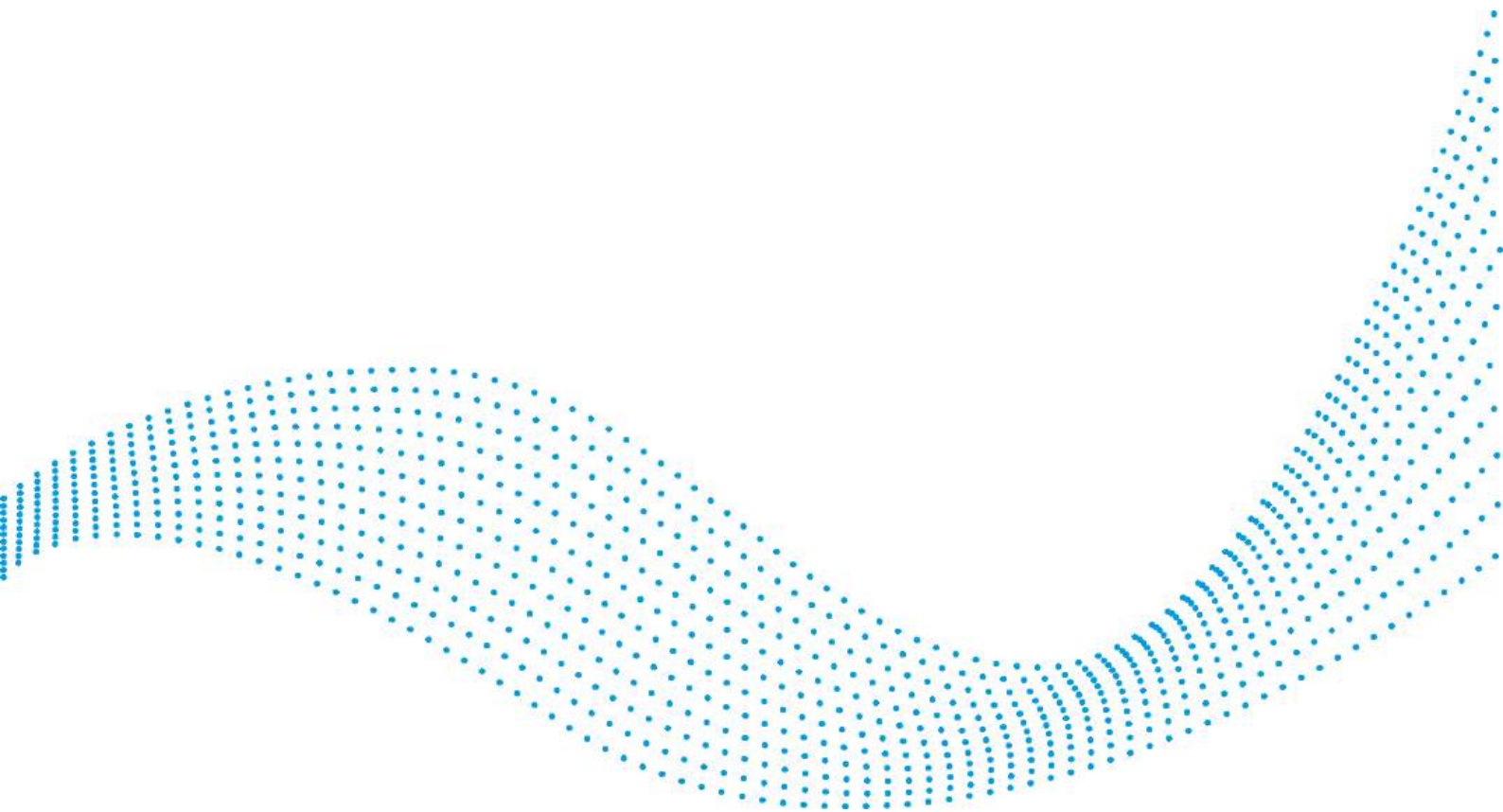
5.4 Anlage zu Punkt 4.4 Beteiligungsbericht KISA für das Jahr 2024



Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen · KISA

BETEILIGUNGSBERICHT

für das Berichtsjahr 2024



Abkürzungsverzeichnis

GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HRB	Handelsregisterblatt
HGB	Handelsgesetzbuch
KDN	Kommunale DatenNetz GmbH
KISA	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
OZG	Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
SAKD	Sächsische Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung
VIS	Verwaltungsinformationssystem

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	4
2	Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA	5
3	Die Unternehmen im Einzelnen	6
3.1	KDN GmbH (Kommunale DatenNetz GmbH)	6
3.1.1	Beteiligungsübersicht	6
3.1.2	Finanzbeziehungen	6
3.1.3	Organe.....	7
3.1.4	Sonstige Angaben	7
3.1.5	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	8
3.1.6	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024	9
3.2	Lecos GmbH	14
3.2.1	Beteiligungsübersicht	14
3.2.2	Finanzbeziehungen	15
3.2.3	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	15
3.2.4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024	16
3.3	ProVitako eG.....	25
3.3.1	Beteiligungsübersicht	25
3.3.2	Finanzbeziehungen	25
3.3.3	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	26
3.3.4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024	26
3.4	Komm24 GmbH.....	36
3.4.1	Beteiligungsübersicht	36
3.4.2	Finanzbeziehungen	37
3.4.3	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	37
3.4.4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024	38
3.4.5	Organe.....	44
4	Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2024	45

1 Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2024 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen und
- den Lagebericht der Beteiligungen.

Für Beteiligungen mit mindestens 25 Prozent werden darüber hinaus folgende Informationen bereitgestellt:

- die Organe der Beteiligungen,
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre und
- die Bewertung der Kennzahlen.

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 24.07.2025

gez. Andreas Bitter
Geschäftsführer

2 Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:

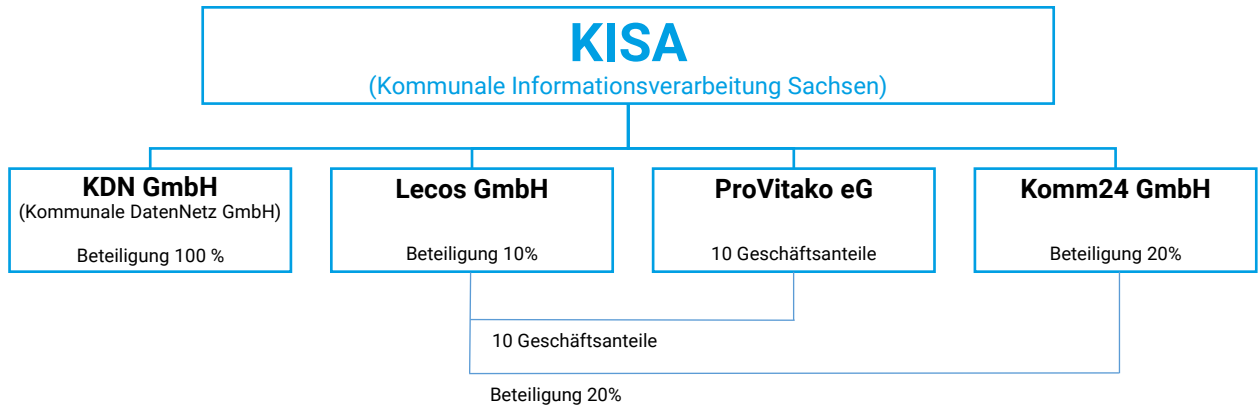


Tabelle 1: Struktur Beteiligungen

3 Die Unternehmen im Einzelnen

3.1 KDN GmbH (Kommunale DatenNetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen DatenNetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

3.1.1 Beteiligungsübersicht

Name:	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
Anschrift:	Saydaer Straße 6 01257 Dresden
Telefon:	0351 3156950
Telefax:	0351 3156966
Internet	www.kdn-gmbh.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB)
Gesellschafter:	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Stammkapital:	60.000,00 Euro
Anteil KISA:	60.000,00 Euro (100%)

Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Daten-netzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

3.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Personalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

3.1.3 Organe

Als Geschäftsführer war im Berichtszeitraum bestellt:

	Eintrag im Handelsregister
Herr Frank Schlosser, Limbach-Oberfrohna, Dipl.-Ing.-Ökonom	30. Januar 2008

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Franz-Heinrich Kohl, Aue-Bad Schlema, Oberbürgermeister	Vorsitzender
Frau Veronica Müller, Dresden, Stellvertretende Geschäftsführerin Sächsischer Landkreistag e. V. (SLKT)	1. Stellvertreterin
Herr Ralf Rother, Wilsdruff, Bürgermeister	2. Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Bischofswerda, Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, Direktor (seit 01.09.2024 Direktor a.D.)	
Herr Ralf Leimkühler, Dresden, Stellvertretender Geschäftsführer Sächsischer Städte- und Gemeindetag e. V. (SSG)	
Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer, Meerane, Bürgermeister a.D	

3.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: Schneider + Partner GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 3 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

Die Gesellschaft ist ab dem 1. Januar 2021 Organgesellschaft in einer umsatzsteuerlichen Organshaft. Organträger ist die Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA), Leipzig.

3.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€	Ist 2024 in T€	Plan 2025 in T€
Bilanz:				
Anlagevermögen	4	4	6	Keine Planbilanz vorhanden
Umlaufvermögen	791	963	586	
aktiver RAP	1,5	1,5	0,9	
<u>Summe Aktiva</u>	<u>797</u>	<u>967</u>	<u>593</u>	
Eigenkapital+ Sonderposten	64	62	66	
Rückstellungen	48	48	48	
Verbindlichkeiten	684	857	478	
passiver RAP	-	-	-	
<u>Summe Passiva</u>	<u>796</u>	<u>967</u>	<u>593</u>	
Gewinn- und Verlustrechnung:				
Umsatz	1.314	1.297	1.310	
sonstige Erträge	2.953	3.210	3.259	
Materialaufwand	3.409	3.377	3.432	0
Personalaufwand	273	289	301	396
Abschreibungen	4,8	2,8	5,5	0
sonst. Aufwand	580	838	830	0
Zinsen / Steuern	0	0	1	0
<u>Ergebnis</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Sonstige:				
Zugang Investitionen	0	0,4	10	
Mitarbeiter	3	3	3	3

Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2022	Ist 2023	Ist 2024	Plan 2025
Vermögenssituation				Berechnung aufgrund fehlender Planbilanz nicht möglich
Vermögensstruktur	0%	0%	1%	
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	8%	6%	10%	
Fremdkapitalquote	92%	94%	89%	
Liquidität				
Liquidität	116%	112%	122%	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz	438	433	437	
Arbeitsproduktivität	4,81	4,49	4,35	0,91

3.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2024 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Branchenentwicklung

Gemäß den Verlautbarungen der Kommunalen Spitzenverbände zur Prognose der Kommunalfinanzen vom 18. Juli 2023 haben die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sowie der Inflation der Jahre 2023 und 2024 die öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen gestellt. Die finanzielle Lage der Kommunen hat sich laut eines Rundschreibens des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy vom 2. April 2025 sich noch schlechter als prognostiziert dargestellt. "Die Zahlen übersteigen unsere ohnehin schon schlimmen Erwartungen. Die Lage der kommunalen Haushalte ist katastrophal. Das ist ein historisch hohes Defizit." Dedy weiter: "Besonders dramatisch ist, dass dieses Defizit weitreichende strukturelle Gründe hat, vor denen wir seit Jahren warnen: Die Ausgaben steigen und steigen, die Einnahmen der Kommunen stagnieren. Im Ergebnis übersteigen die Ausgaben der Kommunen ohne eigenes Verschulden ihre Einnahmen inzwischen deutlich. Bund und Länder haben uns in der Vergangenheit immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, dass sie finanziert werden können. Die Kommunen tragen etwa ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, haben aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Das kann so nicht weitergehen."

Dabei werden die Aufgaben für die Kommunen nicht weniger. Die Herausforderung der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, zum Beispiel die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG), ist für viele Kommunen noch zu meistern. Unverzichtbar sind daher für die Kommunen weiterhin sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzungen. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III wurden entsprechende Anforderungen berücksichtigt. In Vorbereitung der Vergabe des Nachfolgenetzes SVN NG / KDN IV sind erhöhte und neue Anforderungen zu berücksichtigen. Dies sind zum einen steigende Bandbreitenanforderungen auf Grund wachsender online-Lösungen, Unified Communication und Collaboration wie flächendeckender Einsatz von Webkonferenzen, mobile Working oder massiv steigender Nutzung von Cloud-Angeboten von SaaS und PaaS. Dazu gehören aber ebenfalls höhere Anforderungen an die Informationssicherheit auf Grund der weltweit gestiegenen Bedrohungslage.

Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen.

Wichtig ist dafür die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), um Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

Geschäftsverlauf

Insbesondere die Informationssicherheit gewinnt auf Grund immer vielfältigerer Angriffsversuche eine entscheidende Bedeutung. Durch den Ukrainekrieg hat sich die Bedrohungslage weiter verschärft. Mit dem Schritt zum KDN IV werden die sächsischen Kommunen für die in den nächsten Jahren anstehenden Herausforderungen im IT-Netzbereich gerüstet.

Insbesondere zu den im Jahr 2024 durchgeführten Europa- und Landtagswahlen war das SVN / KDN massiven Angriffen aus dem Internet ausgesetzt, welche aber keinen Schaden anrichten konnten.

Um alle gestiegenen Anforderungen für das neue KDN IV im Vergabeverfahren zu berücksichtigen, wurde der Zeitraum für das Vergabeverfahren bis März 2028 verlängert. Ebenso wurden die Verträge zum KDN III mit den Dienstleistern Deutsche Telekom Business Solution und Vodafone Deutschland GmbH verlängert.

Des Weiteren wurden und werden im KDN die Bereiche, welche ein umfangreiches mobiles Arbeiten ermöglichen, weiter ausgebaut, um den erhöhten Lastanforderungen gerecht zu werden.

Im September ist die KDN GmbH in neue Geschäftsräume in Dresden gezogen, da der Mietvertrag der bisherigen Geschäftsräume endete und durch die Vermieterin nicht verlängert wurde.

Finanzlage

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2024 und in den Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Erträge von den Kommunen betragen 1.309.751,62 EUR. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb einschließlich Investitionen im Geschäftsjahr 2024 beliefen sich auf 3.257.809,54 EUR. Das Geschäftsergebnis 2024 war ausgeglichen. Es wurde weder ein Jahresfehlbetrag noch ein Jahresüberschuss erzielt.

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2017 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die reguläre Vertragslaufzeit des KDN III von April 2017 bis März 2023 30,5 Mio EUR als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in den sächsischen Staatshaushalt eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für das KDN III vorliegen. Mit Schreiben vom 27. Dezember 2017 wurde KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die Verlängerung der Vertragslaufzeit des KDN III von April 2023 bis März 2025 weitere 16,904 Mio EUR als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für die vorzeitige Vertragsverlängerung des KDN III bis März 2025 vorliegen. Die Verlängerungsoption wurde seitens der KDN GmbH am 28. Dezember 2017 gezogen.

Diese Finanzierungszusage deckt eine flächendeckende Versorgung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit eigenen Verwaltungsaufgaben mit Breitband 50 Mbit/s synchron und für kreisfreie Städte und Landkreise mit 100 Mbit/s ab. Kreisangehörige Städte und Gemeinden haben einen Eigenanteil in Höhe von 10 % zu tragen.

Mit Schreiben vom 27. Juni 2023 des Sächsischen Staatsministerium der Finanzen wurde der KDN GmbH die Verlängerung der Mittel gemäß des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes bis März 2028 zugesagt.

Im Zuge der Finanzierung konnten wesentliche Risiken wie mangelnde xDSL-Versorgung minimiert werden.

Nach wie vor besteht das Risiko des sehr geringen Budgets für die GmbH-Kosten selbst, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ertragslage

Die für das Geschäftsjahr 2024 geplanten Umsätze konnten von 323 TEUR auf 1.310 TEUR gesteigert werden. Dies liegt darin begründet, dass eine ganze Reihe von Verwaltungen in höhere Bandbreiten und Außenstellenanschlüsse investiert haben.

Chancen- und Risikobericht

Die Risiken im Geschäftsjahr 2024 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau gleichgeblieben.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei Einführungsprojekten sehr erschwert. Wie bereits erwähnt erschwerte der Fachkräftemangel eine kompetente Besetzung der dritten Stelle für einen Netzwerkmanager.

Die erhöhten Basisbandbreiten bergen das Risiko, dass die geplante Dimensionierung der zentralen Netzwerkkomponenten und des zentralen Internetübergangs in der Laufzeit des KDN III nicht mehr ausreicht und angepasst werden muss. Dieses Risiko wurde bei der Beantragung der FAG-Finanzierung betrachtet und in die beantragte und wie o. a. zugesagte Summe aus dem FAG eingepreist.

Chancen werden in der Erbringung bzw. dem Ausbau von weiteren Leistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit, der verstärkten Bereitstellung von Lösungen für mobiles Arbeiten sowie der Bereitstellung von zusätzlichen KDN-Anbindungen für Außenstellen und für kommunale Institutionen, die nicht von der FAG-Finanzierung umfasst sind, z. B. Zweckverbände gesehen. Auch hier wird sich der begonnene Trend zu Anbindungen von Außenstellen, der im Jahr 2018 begonnen hat, weiter fortsetzen.

Bund und Freistaat setzten mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN III eine notwendige Basis darstellt.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

Prognosebericht

Das Jahr 2025 wird neben dem stabilen Netzbetrieb im Wesentlichen von der weiteren Bereitstellung neuer Dienste wie UC/VoIP geprägt sein. Hinzu kommt als Schwerpunkt in den Sommermonaten die Verhandlungen im Rahmen des Vergabeverfahrens des Nachfolgenetzes, welche bis zu vier Verhandlungstagen pro Woche umfassen kann. Beide Netzwerkmanager und auch der Geschäftsführer sind in Teilprojekten des SVN NG/KDN IV und im Kernteam in hohem Maße eingebunden

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt. Zur Stärkung der IT-Sicherheit wurde für das Jahr

2019 eine neue Stelle im Netzwerkmanagement geplant. Diese konnte aber auf Grund des eklatanten Fachkräftemangels bisher nicht besetzt werden.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Erträge von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert.

Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2024

Gemeinsam mit dem Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste (SID) und der Sächsischen Staatskanzlei (SK) sowie den beauftragten externen Beratungsfirmen wurden im Projekt SVN NG/KDNIV wesentliche Fortschritte erzielt und der Teilnahmewettbewerb abgeschlossen.

Anfang März 2025 wurde endlich die seit Jahren offene Stelle im Netzwerkmanagement besetzt und am 4. März Herr Jan Lieder als Prokurist im technischen Bereich bestellt.

3.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2024 einen Anteil von 10 %.

3.2.1 Beteiligungsübersicht

<i>Name:</i>	Lecos GmbH
<i>Anschrift:</i>	Prager Str. 8 04103 Leipzig
<i>Telefon:</i>	0341 2538 0
<i>Internet</i>	www.lecos-gmbh.de
<i>Rechtsform:</i>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<i>Gesellschafter:</i>	Stadt Leipzig Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
<i>Stammkapital:</i>	200.000 EUR
<i>Anteil KISA:</i>	20.000 EUR (10,00 %)

Geschäftsmodell und Aufgaben der Lecos:

Die Lecos GmbH hat sich gegenüber ihrem 90 %-Gesellschafter und Kunden, der Stadt Leipzig, als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche umsetzen und weiterentwickeln konnte. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig beobachtet die Lecos GmbH zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber und berücksichtigt die hieraus gewonnenen Erkenntnisse in der Weiterentwicklung der angebotenen IT-Dienstleistungen und der zum Einsatz kommenden Technologiefelder. Dabei spielen insbesondere die wachsenden Herausforderungen der Veränderung der Arbeitswelten, das Angebot von digitalen Dienstleistungen, des Cloud-Computing, die Automatisierung von Prozessen sowie die Vernetzung von Daten und Anwendungen aus Sicht der Kunden, insbesondere auch im Lichte der Datenschutzgrundverordnung sowie die stetig steigenden Anforderungen an die IT-Sicherheit, als auch aus Sicht der Lecos GmbH im Sinne des steigenden Wettbewerbes eine wesentliche Rolle.

Die Leistungen mit weiteren Kundengruppen des Gesellschafters Stadt Leipzig, u.a. Unternehmen der L-Gruppe und Eigenbetrieben, konnten weiter ausgebaut werden und stellen somit dauerhaft einen wesentlichen Anteil zum Erfolg der Lecos GmbH dar.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2024 bestätigt. Der Umsatz für IT Dienstleistungen mit dem Zweckverband KISA konnte auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen. Auf Basis der im Jahr 2024 geschlossenen Kooperationsvereinbarung

wird ein gemeinsamer Ausbau des Leistungsportfolio in den Fokus genommen, um die Kommunen auf dem Weg zur Kommune der Zukunft aktiv begleiten zu können.

Als IT-Volldienstleister ist die Gesellschaft vorrangig für ihre Gesellschafter tätig.

3.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

3.2.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

Lecos GmbH	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€	Ist 2024 in T€
Umsatz	45.957	49.498	55.979
sonstige Erträge	261	1.332	1.112
Materialaufwand	10.384	11.996	16.732
Personalaufwand	21.429	22.167	26.324
Abschreibungen	4.289	4.484	5.096
sonst. Aufwand	9.170	11.401	7.460
Zinsen / Steuern	466	529	840
<u>Ergebnis</u>	<u>480</u>	<u>253</u>	<u>639</u>
<u>Bilanzsumme</u>	<u>22.463</u>	<u>25.081</u>	<u>26.440</u>

3.2.4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2024 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahr 2024 haben sich die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen weiter fortgesetzt und die deutsche Wirtschaft mit einem preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt von 0,1 % eine Stagnation gezeigt (Herbstprognose ifo Institut). Die Krise ist nach Ansicht des ifo Instituts in erster Linie struktureller Natur. Dekarbonisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel, Corona-Pandemie, Energiepreisschock und eine veränderte Rolle Chinas in der Weltwirtschaft setzen etablierte Geschäftsmodelle unter Druck und zwingen Unternehmen, ihre Produktionsstrukturen anzupassen. Deutschland ist von diesen Veränderungen im Vergleich zu anderen Ländern besonders stark betroffen. Das ifo Institut sieht aber auch konjunkturelle Faktoren. Die Auslastung der vorhandenen gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten sinkt seit mehr als zwei Jahren und die Unterauslastung hat zuletzt nochmals spürbar zugenommen. Laut der jüngsten ifo Konjunkturumfragen klagen die Unternehmen in allen Wirtschaftsbereichen über eine hartnäckige Nachfrageschwäche.

Rahmenbedingungen der IT Branche

Nach einem Wachstum von 4,3 % für 2024 erwartet der Branchenverband Bitkom für 2025, dass die Umsätze im Vergleich zu 2024 um 4,7 % wachsen und voraussichtlich ein Volumen von 235,4 Milliarden Euro erreichen werden. Im laufenden Jahr 2024 werden laut Bitkom am stärksten die Umsätze mit Software wachsen (+9,8 % auf 46,6 Milliarden Euro). Besonders stark legen die Umsätze von Plattformen für die Entwicklung, das Testen und die Bereitstellung von Software zu (+12,8 % auf 12,6 Milliarden Euro). Künstliche Intelligenz wächst innerhalb dieses Segments massiv um 39,2 % auf 1,5 Milliarden Euro. Ebenfalls stark legen die Geschäfte mit Software für die Systeminfrastruktur von Unternehmen (+8,4 % auf 10,4 Milliarden Euro) zu. Sicherheits-Software steht dabei mit plus 12,7 % auf 4,7 Milliarden Euro an der Wachstumsspitze. Die Umsätze mit IT-Dienstleistungen steigen im laufenden Jahr um 4,5 % auf 51,6 Milliarden Euro.

Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich mit Blick auf die Digitalisierungsanforderungen erneut überwiegend positiv entwickelt. Die im Jahr 2020 begonnenen Maßnahmen zur Flexibilisierung der Beschäftigungsorte sowie der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Kunden wurden auch 2024 gefestigt und weiterentwickelt. Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen hat die Digitalisierung von Verwaltungen genauso wie die Leistungen für eine Digitale Schule einen großen Schub erhalten. Dabei stellen auch weiterhin die zur Verfügung gestellten Fördermittel einen großen Anreiz und gleichzeitig große Herausforderungen in der Umsetzung bis Ende 2024 dar. Gleichzeitig hat sich bestätigt, dass eine Veränderung von Arbeitsweisen sowie die Anforderungen das Angebot von digitalen Verwaltungsdienstleistungen, u.a. auch durch das Onlinezugangsgesetz, eingefordert werden und einen konsequenten Ausbau der Infrastrukturen und der Vernetzung von Daten erfordern. Dies muss im Kontext der stetig steigenden Komplexität der

Anforderungen und Vernetzung von Daten insbesondere durch intensive Beratungsleistungen unterstützt werden. Ziel bleibt dabei, die Digitalisierung der Verwaltungen vor allem aus Sicht der Kunden der Verwaltungen als auch der Verwaltung mit neuen Technologien, wie z. B. KI und Cloud-Computing, selbst kontinuierlich voranzutreiben.

Geschäftsverlauf

Für die für das Geschäftsjahr 2024 festgelegten operativen Ziele zum Ausbau sowie zur Stabilisierung der bisherigen Geschäftsaktivitäten der Lecos GmbH bleibt festzuhalten, dass diese auch unter den Herausforderungen 2024 über die Planung hinaus ausgebaut werden konnten. Die Erbringung der In-House Leistungen gegenüber den Gesellschaftern ist wesentlicher nichtfinanzieller Leistungsindikator.

Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben für die Verwaltung und die Schulen konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware sowie der Ausbau mobiler Arbeitsfähigkeit (u.a. zur Absicherung von Home-Office) weiter ausgebaut und im Rahmen der konzeptionellen Weiterentwicklung eines Arbeitsplatzes der Zukunft fortgeführt werden. Die Ausweitung auf die Schulkabinette wurde erfolgreich fortgesetzt und ist vertraglich für die folgenden Jahre fixiert. Dabei werden die Erfahrungen der Pandemie sowie des weiteren Ausbaus der Leistungen im Rahmen des Digitalpakt Schulen konsequent verfolgt und in der weiteren Entwicklung berücksichtigt. Ziel ist dabei, die besten Voraussetzungen für die Umsetzung von „Digitaler Bildung“ zu schaffen. Des Weiteren konnte der stabile Betrieb der Kulturhäuser Gewandhaus zu Leipzig, Theater der Jungen Welt, Oper Leipzig und Schauspiel Leipzig gefestigt und vertraglich für die Jahre 2025 – 2029 gesichert werden. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10 %) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Geschäftsjahr 2024 weiter konsequent umgesetzt werden. Mit dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung wurde die Grundlage für einen gemeinsamen Ausbau der Geschäftsfelder in den Jahren 2025 ff. gelegt. Dies betrifft die strategischen Fragestellungen der Zusammenarbeit und gemeinsamen Leistungserbringung. Dabei steht auch hier die Digitalisierung der Verwaltungen, das Onlinezugangsgesetz sowie die IT-Sicherheit mit Blick auf die „Kommune der Zukunft“ im Vordergrund.

Darüber hinaus wurde die Umsetzung des Digitalpaktes Schulen auf Basis der Erkenntnisse der Pilotschulen intensiv fortgeführt. Dies stellt die Basis für die weitere Umsetzung in allen Schulen ab 2025 dar.

Die Leistungen mit weiteren Kundengruppen des Gesellschafters Stadt Leipzig, u.a. Unternehmen der L-Gruppe und Eigenbetrieben, konnten weiter ausgebaut werden und stellen somit dauerhaft einen wesentlichen Anteil zum Erfolg der Lecos GmbH dar. Das Umsatzvolumen stieg von EUR 3,6 Mio. im Vorjahr auf EUR 3,7 Mio. leicht im Geschäftsjahr.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhouse-Fähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2024 bestätigt. Der Umsatz mit dem Zweckverband KISA in Höhe von EUR 3,9 Mio. (Vorjahr: EUR 2,9 Mio.) konnte auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen. Auf Basis der im Jahr 2024 geschlossenen Ko-

operationsvereinbarung wird ein gemeinsamer Ausbau des Leistungsportfolio in den Fokus genommen, um die Kommunen als Verbandsmitglieder der KISA auf dem Weg zur Kommune der Zukunft aktiv begleiten zu können.

Die Beteiligung der Lecos GmbH an der Komm24 GmbH hat sich 2024 ebenfalls als Erfolg dargestellt, d.h. sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch um der Treiber für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz zu werden. Hierbei agiert die Lecos GmbH in einem hoch komplexen Umfeld, sowohl in der Rolle als Gesellschafter der Komm24 GmbH als auch in der Rolle des Dienstleisters im Infrastruktur- sowie im Beratungs- und Entwicklungsumfeld.

Über das Onlinezugangsgesetz hinaus konnten weitere Leistungen über die Komm24 GmbH vertraglich fortgeführt werden. Damit werden neben dem stabilen Betrieb des Sächsischen Melderegister (SMR) auch Outputleistungen für die Landeshauptstadt Dresden sowie der Betrieb des Kommunalarchiv Sachsen ausgebaut und abgesichert.

Darüber hinaus konnten neben der aktiven Mitarbeit in der Genossenschaft govdigital im Jahr 2024 auch Leistungen für die govdigital erbracht werden. Damit trägt die Mitgliedschaft in der Genossenschaft zur positiven Entwicklung sowohl aus technologischer als auch wirtschaftlicher Sicht bei.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs-/Verfahrensentwicklung und Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen, der Benutzerunterstützung sowie dem konsequenten Ausbau der Leistungen für die Schulen der Stadt Leipzig. Insbesondere die Beratungsleistungen und Vorarbeiten im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung, die in Umsetzung befindliche forcierte Einführung der eAkte und dem damit verbundenen Ausbau des Scandvolumens sowie der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, stellen die Grundlage für die nächsten Projektschritte sowie die mittelfristige Haushaltsplanung der Stadt Leipzig dar.

Besonders hervorzuheben sind die weiteren umgesetzten Projekte zur Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe und deren konsequenter Ausbau des Geschäftes rund um das Personalmanagement. Darüber hinaus lag ein wesentlicher Fokus auf Beratungsleistungen zur Digitalisierung der Verwaltung.

Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde konsequent weiter ausgebaut und mit den Kulturhäusern der Stadt Leipzig vertraglich bis 2029 gesichert.

Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2024 auch in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für den Anwendungsbetrieb der zentralen Fachverfahren sowie der Absicherung der Wahlen. Die gemeinsame strategische Ausrichtung wurde in den Fokus genommen, um gemeinsam die Digitalisierung der Kommunen sowohl aus der Anwendungs- als auch der Infrastruktursicht voranzubringen.

Weitere Aktivitäten im Geschäftsjahr 2024 waren:

- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde mit dem zweiten Rollout Zyklus fortgeführt und wird auch weiterhin für die Schulkabinette fortgesetzt werden.
- Im Jahr 2024 wurden 20 Schulen und Sporthallen mit einer Breitbandanbindung, aktiver Netzwerktechnik und WLAN ausgestattet. Darüber hinaus wurden 4 Schulen im Rahmen des Pilotvorhabens zur Zentralisierung der Schulverwaltungen ertüchtigt. Auf Basis der Erkenntnisse aus dem Pilotvorhaben wird das Vorhaben zur Zentralisierung der Schulverwaltungen 2025 mit 15 Schulen fortgesetzt. Zusätzlich sollen 10 Schulen und Sporthallen mit einer Breitbandanbindung, aktiver Netzwerktechnik und WLAN ausgestattet werden. Für 70 Schulen ist eine Erneuerung der Firewall geplant.
- Die Fachanwendung für den Anmelde- und Vergabeprozess von Kitaplätzen KIVAN konnte auch in 2024 erfolgreich weiterentwickelt und in 10 Bundesländern vertrieben werden. Zusätzlich zum Kernprozess Anmelde- und Vergabe wird zwischen Jugendämtern, Trägern/Einrichtungen und Eltern auch die Abrechnung der Kostenbeiträge der Personensorgeberechtigten in 6 Bundesländern automatisiert erfolgreich eingesetzt. Der in 2022 gewonnene Kunde Frankfurt/Main ist der größte KIVAN (und Lecos) Kunde mit ca. 1.000 Einrichtungen und konnte Ende 2024 erfolgreich produktiv genommen werden. Auch die erfolgreiche Produktivsetzung in der Stadt Halle/Saale bestätigt den Weg zu einer Standardanwendung und macht deutlich, dass mit einer Standardisierung und strukturierten Projektarbeit zügige Implementierungen möglich sind. Die Partnerschaft mit Carlo & Friends bezüglich des Einsatzes der Care-App (Kommunikationsapp) wird weiter fortgeführt, um die Stärken dieser Kommunikationsapp im Bereich Träger und Einrichtungen mit der Datenbasis aus dem Anmelde- und Vergabeprozess zu verknüpfen.
- Parallel zu den aktuell ca. 30 Einführungsprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.
- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.
- Es erfolgte auch 2024 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen sowie im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Digitalpaktes Schulen verbunden wurden.

- Mit der weiteren Produktivsetzung neuer Module im Zusammenhang mit der Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe konnte 2024 der Ausbau des Geschäftsfeldes weiter im Fokus bleiben und dabei auch Maßnahmen zur digitalen Personalakte gemeinsam weiterbearbeitet werden.
- Mit der „Digitalen Werkstatt“ wurde mit der Stadt Leipzig der Rahmen für eine Entwicklung von innovativen Lösungen für die Kunden der Stadt Leipzig gelegt. 2024 stand erneut im Fokus der KI-Technologie. Darüber hinaus konnten weitere Technologieberatungen sowie Methodentransfer durchgeführt werden.
- Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt, die auch konkret von der Lecos GmbH für seine Kunden genutzt werden.
- Im Jahr 2024 konnte das erste Überwachungsaudit unter Berücksichtigung des hohen Schutzbedarfes im Rahmen der Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundschutz erfolgreich durchgeführt werden.

Die Geschäftstätigkeit führte mit einem Umsatz von EUR 56 Mio. zu einer Überschreitung des geplanten Umsatzvolumen von EUR 51,2 Mio. Wesentliche Einflussfaktoren auf die deutliche Überschreitung der Prognose waren der Abschluss von Umsetzungen des Digitalpaktes Schulen mit EUR 2,6 Mio. und Einführung des KM-StA mit EUR 1,2 Mio. Das Jahresergebnis lag mit EUR 0,6 Mio. in Folge verschiedener Sondereffekte über der Planung und Prognose von EUR 0,3 Mio. Im Wesentlichen führten auch Rückstellungsaufösungen für Risikovorsorgen zu Sondererträgen mit positivem Einfluss auf das Jahresergebnis.

Der geplante Liquiditätsaufbau um ca. EUR 0,5 Mio. im Geschäftsjahr 2024 wurde erreicht. Die Kreditverbindlichkeiten liegen zum Bilanzstichtag mit EUR 12,5 Mio. nur unwesentlich über dem Planansatz von EUR 12,4 Mio. Zur Finanzierung von Investitionen in IT und Gebäudetechnik wurden im Geschäftsjahr operative Leasingverträge mit einem Volumen von EUR 0,9 Mio. geschlossen. Die Volumenausweitung der Geschäftstätigkeit konnten damit finanziert werden. Die nicht-finanziellen Ziele der Personalentwicklung eines Aufbaus um 15 Stellen wurde mit einem Mitarbeiterbestand inklusive Auszubildenden von 325 (Vorjahr: 301) am Jahresende erreicht bzw. bedarfsgerecht überschritten.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2024 TEUR 55.979 und lag damit um TEUR 6.481 über dem Vorjahr. Die Umsatzsteigerung entfiel im Wesentlichen auf die Umsetzung von Kundenaufträgen der Stadt Leipzig im Zusammenhang mit Einführung KM-StA (TEUR 882) und dem Digitalpakt Schulen (TEUR 1.939), sowie auf Umsätze mit der Komm24 aus der Dienstleistung für die Entwicklungen und Umsetzungen des Online Zugangsgesetzes (TEUR 358) und Umsatzerlöse aus Aufgaben für die Landtagswahl in Sachsen (TEUR 330).

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

Rechenzentrumsdienstleistungen und Anwendungsentwicklung und -betreuung	65,61% (61,45%)
Sonstiges	6,42% (7,74%)
Telekommunikations-, Netz- und Serverbereitstellung sowie die Endgerätebetreuung	27,97% (30,81%)

Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 84,9 % (Vorjahr: 86,3 %), 7,0 % (Vorjahr: 5,9 %) mit der KISA und der Komm24 GmbH sowie GovDigital eG 4,3% (Vorjahr: 5,1 %). Die verbleibenden 3,7 % (Vorjahr: 2,7 %) Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen sowie Leasings- und Wartungs- bzw. Lizenzkosten für Hard- und Software ausgewiesen. Den Hauptanteil hierbei haben Beschaffungen im Bereich Endgeräteservice (Präsentationstechnik, Tablets) und Telekommunikationstechniken für die Stadt Leipzig und die Ausstattung der Eigenbetriebe und Netz Leipzig GmbH mit aktiven Komponenten. Darüber hinaus sind auch die Leistungen für Datenfernübertragungen, Portoaufwendungen und umsatzrelevanten Fremdleistungen für Kundenprojekte enthalten. Der Materialaufwand sank auf TEUR 16.732 und damit zum Umsatz unterproportional. Die Entwicklung führt zu einem gestiegenen Rohertrag von TEUR 39.247 und einer gestiegenen Rohertragsquote von 70,1 % und ist auf eine Verschiebung in den Leistungskomponenten zurückzuführen und berücksichtigt auch eine Kompensation der erwarteten erhöhten Personalaufwendungen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen um TEUR 4.157 auf TEUR 26.324 ergibt sich im Wesentlichen aus Neueinstellungen, der Tarifierhöhung des TVöD (Tarifvertrag im öffentlichen Dienst) und Erhöhungen im Lecos GmbH Vergütungssystem. Die Personalkostenquote ist infolge der Entwicklung auf 47,0 % (Vorjahr: 44,8 %) angestiegen.

Der sonstige betriebliche Aufwand liegt über dem Vorjahresniveau und enthält im Wesentlichen Leitungsmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten und Verwaltungskosten.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 1.479 (Vorjahr: TEUR 782) und war im Geschäftsjahr wesentlich beeinflusst durch Sonderträge aus Rückstellungsaufösungen in Höhe von TEUR 783.

Investitionen

Die Bilanz zum 31. Dezember 2024 weist einen Anstieg des Anlagevermögens um TEUR 1.520 auf TEUR 13.081 aus. Das Anlagevermögen umfasst mit EUR 4 Mio. im Wesentlichen an Kunden überlassene IT Hard- und Software, die Gegenstand der Leistungserbringung sind. Die Gesamtinvestitionen betragen im Geschäftsjahr 2024 TEUR 8.011.

Schwerpunkte waren auch 2024 Investitionen für neue Aufträge und Hardware für das Roll-Out in der Stadt Leipzig, insbesondere den Schulkabinetten sowie die Erneuerung von Hardware im Rechenzentrum.

Vermögens- und Finanzlage

Aufgrund einer konsequenten Liquiditätsüberwachung, einem regelmäßigen Forderungsmanagement und der planmäßigen Kreditaufnahme konnte die Zahlungsfähigkeit im Jahr 2024 gesichert werden.

Die Gesellschaft verfügt über eine geordnete Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Zum Bilanzstichtag bestehen Kreditlinien in Höhe von TEUR 700, die nicht in Anspruch genommen wurden.

Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch eine tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der teilweise hohen Forderungen gegen die Kunden bei hohem Liquiditätsbedarf für die Zahlung der monatlichen Personalkosten sowie der Investitionsausgaben für die Umsetzung der Aufträge.

Die Risikoanalyse hat die folgenden Risiken bestimmt.

Operative Risiken der Geschäftstätigkeit

Die operativen Risiken aus der Tätigkeit eines IT-Dienstleister umfassen:

- Risiken aus den leistungserbringenden und unterstützenden Prozessen
- Risiken aus der Informationssicherheit
- Risiken aus dem Notfallmanagement
- Risiken aus dem Datenschutzmanagement
- Beschaffungs- und Verfügbarkeitsrisiken
- IT-Sicherheitsrisiken
- Cyberrisiken

Die Organisationsstruktur und die Zuordnung von Verantwortlichkeiten in der operativen Tätigkeit und im Risikomanagement führen zu einer laufenden Verfolgung, Erkennen und Reagieren bei auftretenden Risikosituationen.

Im Personalbereich bestehen zum einen kurzfristige Verfügbarkeitsrisiken aus Ausfall von Mitarbeiter und Fluktuation. Aus strategischer Sicht ist der Wettbewerb um IT-Fachkräfte und Spezialisten zu nennen und damit das Risiko auch mittel- und langfristige Attraktivität als Arbeitgeber zu erhalten, um den Personalbedarf in entsprechender Qualität und Quantität zu halten und weiterzuentwickeln. Diesen vorgenannten Risiken wird durch ein aktives Personalmanagement bei einer offen und arbeitnehmerfreundlichen Unternehmenskultur begegnet.

Finanzwirtschaftliche Risiken bestehen in Liquiditätsrisiken bei einem steigenden bzw. hohen Forderungsbestand und gegebener Abrechnungszeiträume bei einer hohen Anzahl von Einzelabrechnungspositionen und hohen konstanten Personalauszahlungen. Bei weiter steigenden Investitionen für die an Kunden bereitzustellende Hard- und Software sowie Infrastruktur ist eine zeitgleiche Refinanzierung sicherzustellen, um eine Belastung der operativen Liquidität aus dem Investitionsprozess zu vermeiden. Die für die Investitionsfinanzierung erforderliche Bonität für eine auch mittel- und langfristige Kreditgewährung basiert auf der langfristigen Vertragsbindung mit den öffentlichen Kunden. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme des Finanzmittelbestands sowie ggf. der Kreditlinien sowie der planmäßigen Aufnahme von Krediten für Investitionen. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA, der Kulturhäuser, der Komm24 GmbH sowie der SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung) eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Compliance Risiken bestehen in der Beachtung rechtlicher Vereinbarungen vorrangig von Lizenz- und Nutzungsbedingungen und rechtlicher Vorgaben wie vor allem der Datenschutzgrundverordnung beim Umgang mit vertraulichen Daten.

Als Ergebnis unserer Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Chancen für die Lecos GmbH bestehen in der Nutzung von kommunalen Umsätzen aus dem Gesellschafterumfeld, um damit zusätzliche Deckungsbeiträge zu gewinnen. Damit entstehen auch Synergien zur Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch die Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und -automatisierungen bzw. der grundsätzlichen Digitalisierung der Verwaltung, der Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung, Betrieb und Betreuung kommunaler Anwendungen sowie den weiteren Ausbau der Dienstleistungen für die Schulen.

Die Lecos hat in 2024 ein zentrales Transformationsprojekt „Lecos 5.0“ initiiert. Dieses Vorhaben hat grundsätzliche Auswirkungen auf die gesamte Ablauf- und Aufbauorganisation sowie das Führungsmodell der Lecos und führt damit zu einer Hebung von Ertragspotentialen und Absicherung operativer Risiken. Ziel des Projektes sind (a) die Entwicklung und Umsetzung einer optimierten und skalierbaren Aufbau- und (b) Ablauforganisation sowie (c) eines Führungs- und Steuerungsmodells für die Lecos. Das Projekt verläuft unter starker Mitarbeiterereinbindung und -beteiligung, damit die getroffenen Maßnahmen langfristig positive Wirkungen entfalten. Für die Projektbearbeitung wurde ein festes Projektteam installiert, das durch externe Dienstleister ergänzt wird. In diesem Projekt werden alle bereichs- und teamübergreifenden Transformations- und Organisationsmaßnahmen gebündelt - daher werden sämtliche aktuell laufenden Organisations- und Transformationsmaßnahmen, die bereichs- bzw. teamübergreifend sind, in das Transformationsprojekt „Lecos 5.0“ überführt. Die aktive Projektlaufzeit beträgt nach derzeitigem Kenntnisstand bis Juli 2026; daran schließen sich Nacharbeiten an.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Basierend auf dem Sonderpreis für das Primärerrechenzentrum der Lecos GmbH der deutschen Umwelthilfe (DUH) im Rahmen des Wettbewerbes „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ wurde das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt und weiterentwickelt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

In 2023 wurde gemäß § 8 EDL-G wiederholt ein freiwilliges Energieaudit nach DIN EN 16247-1 durchgeführt mit dem Ziel, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie Senkung des Energieverbrauchs unter fachlicher Betreuung zu erreichen. Die Überprüfung und Fortschreibung der gesteckten Ziele erfolgt alle vier Jahre. In den erfassten Verbrauchsgruppen sind die Kosten für Strom mit rund 79 % der größte Kostenblock, gefolgt von 17 % für Fernwärme und Transport (4%). Die größten Verbraucher USV und RLT-Anlagen werden als sehr gut und energieeffizient eingeschätzt. In Folge des Beschlusses der Bundesregierung zum Klimapaket ist die Bepreisung von CO₂ eingeleitet. In Folge, insbesondere vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, hat sich bestätigt, dass Strom seit 2022 jährlich teurer werden wird. Maßnahmen zum kosteneffizienten Umgang der Kostensteigerungen können hierbei Beachtung bei der Vertragsgestaltung mit den Energielieferanten auf die Umsetzung der CO₂-Bepreisung bzw. Bezug von erneuerbaren Energieträgern als auch Einsatz von Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energien (bspw. Photovoltaik u.a.) finden. Geeignete Förderprogramme werden auch zukünftig auf deren Teilnahmerechtigungen der Lecos GmbH geprüft und können Maßnahmen zur Minimierung der erwarteten Kostensteigerungen unterstützen. Schlussendlich werden die Energiekosten in den kommenden Jahren weiter zunehmen und zu einem erheblichen Kostentreiber werden. Konkret gehen die Elektroladesäulen für den Fuhrpark zum Jahresanfang 2025 in Betrieb.

Für das 3. Quartal 2025 ist die Errichtung einer PV-Anlage ohne Einspeisung mit ca. 100kWp geplant.

3.3 ProVitako eG

Im Jahr 2012 erwarb KISA 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

3.3.1 Beteiligungsübersicht

<i>Name:</i>	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG
<i>Anschrift:</i>	Markgrafenstraße 22 10117 Berlin
<i>Telefon:</i>	030 2063156-0
<i>Homepage:</i>	www.provitako.de
<i>Rechtsform:</i>	Eingetragene Genossenschaft
<i>Stammkapital:</i>	225.500 EUR
<i>Anteil KISA:</i>	5.000 EUR

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder sowie weiterer Servicedienstleistungen. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

3.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG. Die ProVitako eG erhielt bei Einkäufen von Technik im Jahr 2024 eine Provision von 0,1%.

3.3.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

ProVitako eG	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€	Ist 2024 in T€
Umsatz	2.360	7.810	39.787
sonstige Erträge	14	106	128
Materialaufwand	1.305	6.136	36.606
Personalaufwand	440	885	1.360
Abschreibungen	9	8	22
sonst. Aufwand	851	1.007	1.425
Zinsen / Steuern	- 62	1	88
<u>Ergebnis</u>	<u>-169</u>	<u>-118</u>	<u>418</u>
<u>Bilanzsumme</u>	<u>2.080</u>	<u>5.049</u>	<u>10.544</u>

3.3.4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2024 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Unternehmensgegenstand/ öffentlicher Zweck

Der Zweck der Genossenschaft liegt in der wirtschaftlichen Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies geschieht durch den gemeinsamen Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Genossenschaftsmitglieder. ProVitako unterstützt darüber hinaus die Mitglieder durch kooperatives Einkaufsmarketing sowie weitere Serviceleistungen, wie z. B. Schulung, Beratung und Betreuung in Unternehmensfragen.

Rahmenbedingungen und Gesamteinschätzung der Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft finanziert sich zu geringen Anteilen aus Mitgliedsbeiträgen und großteils aus Margen, die für die Nutzung von Leistungen der einzelnen Geschäftsarten erhoben werden.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die preisbereinigte gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in Deutschland ging im Jahr 2024 um 0,4 % zurück. Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Die Dienstleistungsbereiche entwickelten sich im Jahr 2024 insgesamt positiv (+0,8 %), jedoch uneinheitlich. Der Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation setzte dagegen seinen Wachstumskurs fort (+2,5 %). Dies galt auch für die vom Staat geprägten Wirtschaftsbereiche: Neben der öffentlichen Verwaltung selbst wuchsen auch die Bereiche Erziehung und Unterricht sowie Gesundheitswesen weiter. Die Bruttowertschöpfung dieser Bereiche zusammen nahm im Vergleich zum Vorjahr deutlich zu (+1,6 %).

(Quelle: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/01/PD25_019_811.html)

Generelle Entwicklungen in der (kommunalen) IT-Branche

Das Jahr 2024 brachte in Deutschland eine Reihe bedeutender Entwicklungen und Ereignisse in der IT-Branche mit sich. Von neuen Gesetzesinitiativen über sicherheitsrelevante Vorfälle bis hin zur weiteren Etablierung von künstlicher Intelligenz und nachhaltigen Technologien.

Einhergehend mit dem seit 2022 andauernden Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine ist eine signifikante Steigerung von Cyberangriffen zu beobachten, die auch im kommunalen Bereich zu Beeinträchtigungen geführt hat und denen sich die IT Dienstleister stellen müssen.

Im Bereich der kommunalen IT ist eine stabile Nachfrage und bei der ProVitako auch eine gut wahrnehmbare Steigerung der über sie bezogenen Leistungen erkennbar. Treiber für diese Nachfrage sind weiterhin die Ausstattungen in den Schulen, durch die dafür erforderliche Infrastruktur, die Präsentationstechnik und die Schülerendgeräte. Wahrnehmbar ist auch eine sich abzeichnende Austauschwelle bei den Arbeitsplatzgeräten in der Verwaltung und bei zentralen Infrastrukturkomponenten in den Rechenzentren.

Insgesamt ist das über ProVitako organisierte Beschaffungsvolumen im Jahr 2024 gestiegen und ProVitako konnte sich als kompetenter Partner für kommunale Beschaffungen etablieren. Gerade bei neuen Beschaffungsvorhaben zeigt sich ein höheres Beschaffungsvolumen, welches durch die Mitgliederanzahl und das Mitmachverhalten (Mitmachquote) getrieben wird. Die ProVitako eG nimmt zunehmend eine führende Position als deutschlandweite zentrale Beschaffungsstelle für kommunale ITK-Produkte ein.

ProVitako-Portfolio: Bedürfnisse erkennen & Bedarfslagen befriedigen

Im Verlauf des Geschäftsjahres wurde ein Fokus auf die Portfoliostrategie der ProVitako gerichtet und diese neu gefasst. Ebenso wurde die Beschaffungsstrategie auf herstellereinspezifische Beschaffungsvorhaben unter dem Aspekt eines Multi-Vendor-Ansatzes ausgeweitet, um unseren Mitgliedern eine durchgängige Betriebs- und Serviceinfrastruktur zu ermöglichen. Mit den konkreten Beschaffungsvorhaben in 2024 wurden die akuten Bedarfslagen im Bereich IT-Personal, Security und Finanzierung umgesetzt und die Nachfolgebeschaffungen für Endgeräte, Server, interaktive Schultafeln und RZ-Virtualisierung auf den Weg gebracht.

Parallel hat sich die ProVitako als Gesicht & Stimme für den kommunalen Public Sector Markt insgesamt engagiert und mit den führenden IT-Herstellern für Server & Storage (Dell, Fujitsu, HPE und Lenovo) sogenannte Konditionenvereinbarungen geschlossen. Diese sollen allen selbst beschaffenden Kommunen auch außerhalb der ProVitako-Community bessere Bezugskonditionen bei deren Eigenbeschaffungen bieten. Innerhalb der ProVitako-Community sind diese Hersteller über bestehende und geplante Rahmenverträge – bedingt durch das hierrüber gebündelte Volumen - zu darüber hinausgehenden Vorteilsbedingungen abrufbar.

Mit der laufenden strategischen Neuausrichtung (Programm ProVi 2025), die im Kern auf die Digitalisierung der Beschaffung mit einem eigenen Marktplatz, der Gestaltung eines umfassenden Beschaffungssystems und eines ganzheitlichen kommunalen ITK-Portfolioansatzes gerichtet ist, soll ein größerer Nutzen für die ProVitako-Community erzeugt werden. Die daraus erhofften Effekte stellen sich bereits früher als erwartet ein. Das Programm ist damit auf einem guten Weg und wir gehen von einem planmäßigen Abschluss in 2025 aus.

Die Erfolge lassen sich insbesondere an den Mitmachquoten – Anzahl teilnehmender Mitglieder an einem Beschaffungsvorgang – erkennen. Dieser Trend ist ungebrochen und führt auch in der Außenwirkung zu einer stärkeren Wahrnehmung der ProVitako als Kompetenzträger für öffentliche Ausschreibungen. Das Auftragsvolumen der einzelnen Ausschreibungen steigt kontinuierlich an und führt bei den Herstellern und Systemhäusern zu einem verstärkten Interesse an der Zusammenarbeit. Konkret wirkt sich die gebündelte Nachfragemacht zunehmend positiv sowohl auf den Preis bzw. die erzielten Rabattsätze als auch auf den Liefer-/Verfügbarkeitsstatus der einzelnen Rahmenvertragsprodukte für unsere Mitglieder aus.

Die Neugestaltung des ProVitako-Beschaffungssystems hin zu einer möglichst weiten Öffnung der Bezugsmöglichkeiten für alle unsere Mitglieder aus den verfügbaren Rahmenverträgen einerseits und die Etablierung einer „mitlernenden-Option“ bei langlaufenden Rahmenverträgen (bis zu vier Jahren) andererseits wurde abgeschlossen und in die Umsetzung gebracht.

Die neu entwickelten Geschäftsarten werden von den Mitgliedern gut angenommen und sind Treiber der weiterhin steigenden Nachfrage bei der ProVitako. Insbesondere die Reseller-Tätigkeit der ProVitako (Streckengeschäft) wird dabei besonders geschätzt.

Die notwendigen Entscheidungen zum Programm ProVi 2025 wurden im Aufsichtsrat und der Generalversammlung vorgestellt, erörtert und soweit notwendig beschlossen. Die daraus resultierende Transition in die Linienorganisation bei der ProVitako wurde bereits in der zweiten Welle in die Umsetzung gebracht.

Geschäftsverlauf - Ertragslage, Finanzlage und Vermögenslage

Zur Neuausrichtung der ProVitako wurde das Programm ProVi 2025 gestaltet und gemeinsam durch Vorstand und Aufsichtsrat auf den Weg gebracht und in der Gesellschafterversammlung am 11.05.2022 vorgestellt. Das Programm ist mit einem B-Case ausgestattet, welcher die Jahre des Invests (2022 - 2024) und die Finanzierung auf Basis des Bilanzgewinnvortrags aufzeigt und die erwartete Entwicklung für 2025 und 2026 darstellt.

Dieser B-Case stellt den Referenzrahmen für die Umsetzung im Zuge der Wirtschaftspläne dar und sieht bewusst ein negatives Ergebnis für die Jahre 2022, 2023 und 2024 sowie die Rückkehr in die Gewinnzone in 2025 und den Ausbau der Ertragslage in 2026 vor.

Der Business-Case des Programms ProVi2025 sieht folgende jährlichen Entwicklungsschritte vor.

Wirtschaftsjahr	Umsatz	Aufwand	(Roh-)Ertrag	Jahresergebnis
2022	71 T€	241 T€	-170 T€	-169 T€
2023	1.640 T€	1.821 T€	-181 T€	-119 T€
2024	2.155 T€	2.180 T€	-25 T€	476 T€
2025	2.654 T€	2.502 T€	152 T€	offen
2026	3.230 T€	2.664 T€	566 T€	offen

(jeweils vor Steuer)

Die Finanzierung des Programms ProVi 2025 erfolgt aus dem zum Ende 2021 bestehenden Bilanzgewinn in Höhe von 387.286,73 €. Ein Rückgriff auf die satzungsmäßigen bzw. die gesetzlichen Rücklagen ist nicht geplant.

Über das Programm und die damit einhergehende Entwicklung wird kontinuierlich dem Aufsichtsrat gegenüber berichtet und in der Generalversammlung im Zuge der Wirtschaftspläne und der Jahresabschlüsse entschieden.

Als Referenzrahmen für die Jahressicht haben wir jeweils die konsolidierte Sicht der Wirtschaftsplanung und der Programmplanung ProVi 2025 zu Grunde gelegt.

Die Umsatzerlöse der Genossenschaft haben sich im Geschäftsjahr 2024 gegenüber der Planung deutlich besser entwickelt. Der Planansatz ging von einem Umsatzerlös von 10.935 T€ aus, welcher im Ergebnis um 28.852 T€ überschritten wurde. Vergleicht man die Umsatzerlöse der Jahre 2023 und 2024 miteinander, so lässt sich feststellen, dass eine Steigerung um ca. 400% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist. Bereits heute lässt sich erkennen, dass das Programm seine Wirkung zeigt und sich die getätigten Investitionen bereits zum Ende des dritten Jahres des Programms mehr als nur eingespielt haben.

Innerhalb der einzelnen Geschäftsarten sind die Veränderungen (Plan und Ist) wie folgt. Für den Bereich der Margen aus Rahmenverträgen ist das Abrufverhalten rund 26 Prozent geringer ausgefallen, als die Planungen die wir erwartet haben. Dies liegt mit einem Anteil von ca. 16 Prozent daran, dass sich das Geschäft vom unmittelbaren Abruf aus Rahmenverträgen hin zum Streckengeschäft verlagert hat.

Im Bereich des Marktplatzes sind wir mit der Ausweitung hin zu den kommunalen Bedarfsträgern bedingt durch den Sicherheitsvorfall bei der SIT nicht signifikant vorangekommen, da zunächst

der Rollout zu den Mitgliedern nachgezogen werden musste. Erste Erlöse für die Unterstützung konnten erzielt werden.

Der Leistungsaustausch innerhalb der Genossenschaft entsprach in Bezug auf die internen Leistungsbeziehungen weitestgehend den aufgestellten Planungen. Es ist ein positiver Trend für diesen Leistungsbezug zu erkennen, der sich aber erst im Folgejahr 2025 deutlicher auswirken sollte. Nicht den Erwartungen entsprechend entwickelte sich die geplante Zusammenarbeit mit govdigital. Der Vorstand hatte eine intensivere Zusammenarbeit erhofft und dies auch wie im Vorjahr mit einem Anteil von 50.000 Euro in die Planungen genommen. Diese hat sich leider bislang nicht eingestellt und auch govdigital hat seine in 2023 noch geleistete Zahlung für den vorbereiteten Leistungsbezug in 2024 eingestellt.

Betrachtet man die Aufwandsseite können folgende Feststellungen getroffen werden:

Insgesamt blieben die Aufwände hinter den aufgestellten Planungen zurück. Beim Personal konnten im Laufe des Jahres 2024 weitere Mitarbeitende eingestellt werden. Es fand eine Aufstockung in den Bereichen Vertrags- und Lieferantenmanagement, Personal- und Organisation, Kundenmanagement sowie im Rechnungswesen statt. Dies führt zu gestiegenen Aufwänden in den personalbezogenen Positionen wie Reisekosten, Telefonkosten, Bürobedarfen sowie den Abschreibungen auf Büroausstattungen. Die Aufwände in den Fortbildungskosten sind gegenüber dem Plan gesunken.

Passend zur Neuausrichtung wurde die Webseite überarbeitet und neugestaltet. Darüber hinaus bestand der Bedarf die Abrechnungen der Margen aus Rahmenverträgen zu vereinfachen. Hierzu wurde ein Werkzeug für ProVitako entwickelt, das auf die künftige ERP-Landschaft einzahlt. In diesem Zuge entstanden Mehraufwände, die durch Einsparungen an anderen Positionen finanziert wurden.

Der Aufwand für Steuer- und Rechtsberatungskosten ist im Jahr 2024 deutlich höher ausgefallen als dies ursprünglich geplant war. Der Vorstand hat unter juristischer Begleitung die gesamte Geschäftsstrategie der ProVitako in einem Gutachtenprozess überprüfen lassen und den Bereich der Zusammenarbeit der Mitglieder im Leistungsaustausch, in einer neuen Struktur aufgesetzt. Hiermit laufen wir jetzt wieder konform zu den OLG Entscheidungen im Kontext von Inhouse Zusammenarbeit.

Aufgrund des gestiegenen Umfangs sind die Prüfungsaufwände für die Vorbereitung des Jahresabschlusses sowie der Prüfprozess des Genoverbandes gegenüber den Planungen angestiegen.

Mit der Etablierung von zwei Beschaffungskonferenzen und einer Hausmesse, in deren Rahmen die Mitglieder ihre Lösungen darstellen können, sind die entsprechenden Aufwände gestiegen. Die Veranstaltungen erfreuen sich einer regen Beteiligung und sorgen für einen intensiven Dialog innerhalb der ProVitako-Community.

Durch die verzögerte Inbetriebnahme des Marktplatzes entstanden der ProVitako im Jahr 2024 geringere Servicekosten, die zu entsprechenden Minderausgaben führten.

Die ProVitako verfügt zum Jahresende 2024 über einen Auftragsbestand aus Rahmenverträgen in Höhe von rd. 18,7 Mio Euro. Das Anlagevermögen beträgt 131 TEUR. Die Eigenkapitalquote

beträgt 12 % (Vj. 15%) der Bilanzsumme. Wir beurteilen die Eigenkapitalausstattung als noch angemessen.

Insgesamt ging der Planansatz von einem Rohertrag von 3.045 T€ aus, welcher im Ergebnis um 135 T€ überschritten wurde. Vergleicht man den Rohertrag der Jahre 2023 und 2024 miteinander, so lässt sich feststellen, dass ein deutlicher Anstieg von rund 90 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist.

Der deutliche Anstieg der Forderungen auf 7.572 T€ (Vj. 4.056 T€) als auch der Verbindlichkeiten 8.424,5 T€ (Vj. 3.921 Teuro) aus Lieferungen und Leistungen resultiert im Wesentlichen aus der Intensivierung des Streckengeschäfts sowie der nachläufigen Rechnungslegung gegenüber der ProVitako.

Die Genossenschaft war im Laufe des Geschäftsjahres 2024 in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen aus eigener Liquidität nachzukommen. Kredite wurden bislang nicht in Anspruch genommen.

Zusammenfassende Beurteilung von Lage und Geschäftsverlauf

In der Gesamtbetrachtung beurteilt der Vorstand die Lage und den Geschäftsverlauf für das Geschäftsjahr 2024 als überdurchschnittlich erfolgreich.

Der Vorstand schlägt vor, den Gewinn in Höhe von 417.272,25 Euro anteilig der gesetzlichen Rücklage (51.634,91 Euro) und der satzungsmäßigen Rücklage (51.634,91 Euro) satzungsgemäß zuzuweisen. Der Bilanzgewinn in Höhe von 413.079,28 Euro soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die wirtschaftliche Planung und Steuerung des Unternehmens werden durch den Vorstand verantwortet. Die ProVitako konzentriert sich auf die wesentlichen finanziellen Steuerungsgrößen Umsatzerlöse und Liquidität. Die Kennzahlen sind alle im positiven Bereich und zufriedenstellend. Unsere wirtschaftliche Lage kann insgesamt als gut bezeichnet werden.

Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

Risikobericht

Im Zuge einer Risikoinventur wurden die Rahmenbedingungen der Genossenschaft betrachtet und in die folgenden Bereiche gegliedert. Über die wesentlichen Risiken wird wie folgt berichtet.

a) betriebsspezifische Risiken

Die Genossenschaft führt Vergabeverfahren mit teils sehr großen Volumen und hoher Marktreichweite durch. Daher sind Anbieter sehr aufmerksam und greifen diese Vorgänge mit Rügen und ggfls. Nachprüfungsverfahren an. Der Vorbereitung der Ausschreibung

(Leistungsverzeichnis, Kalkulation und Losbildung) kommt hohe Bedeutung zu, die eine interne wie externe Qualitätssicherung durchlaufen, um daraus resultierende Fehler, die zur Aufhebung führen könnten, zu vermeiden und auch Vermögensschäden aus fehlenden Rahmenvertragsabrufen im späteren Verlauf des Vertrages nicht entstehen zu lassen.

Der sorgfältige Umgang mit bzw. die bewusste Manipulation von Unternehmensdaten sind durch ein Berechtigungskonzept abgesichert und die Veränderungen im Mitarbeiterstamm werden durch entsprechende Prozesse (Einstellung, Änderung, Kündigung) begleitet. Gleiches gilt für die Anwendungen der Genossenschaft, für die jeweils ein Sicherheitskonzept erstellt wird. Die datenschutzrechtliche Sicht wird über einen eigenen Datenschutzbeauftragten abgedeckt. Das Risiko der Personalbeschaffung im Falle von Kündigungen und Krankheitsfällen hat sich aufgrund der Arbeitsmarktsituation leicht erhöht.

b) finanz- und steuerrechtliche Risiken

Die Genossenschaft hat in 2022 das Programm ProVi 2025 aufgesetzt, welches über einen Business-Case die einzelnen Handlungsfelder abbildet und den Finanzierungsrahmen darstellt. Dieses Programm ist für die Genossenschaft sehr herausfordernd und geht durch die angestrebte Veränderung einerseits von wachsenden Erlösen, aber andererseits auch von steigenden Aufwendungen aus.

Der operative Start des ProVi-Marktplatzes als „Produkt“ hat sich aufgrund eines Sicherheitsvorfalls beim Dienstleister Südwestfalen IT auf das erste Halbjahr 2024 verschoben. Zur Minimierung weiterer Sicherheitsrisiken wurde vom Vorstand eine Betriebsverlagerung zur Deutschen Telekom (Cloud) gefordert und durch den Dienstleister umgesetzt. Zwischenzeitlich ist der Marktplatz mit seinen Produkten Bedarfsmanager und Vergabemanager bei allen Mitgliedern im Einsatz.

Die generelle Beobachtung von Rechtsänderungen (Gesetzen, wie auch aktuellen Rechtsprechungen) werden durch externe Beratung abgesichert, um frühzeitig informiert zu sein und steuernd eingreifen zu können.

In der operativen Abwicklung der Geschäftstätigkeit kommt es immer wieder dazu, dass erbrachte Leistungen erst verspätet durch den Lieferanten abgerechnet werden und ProVitako damit die Umsatzsteuer vorleisten muss, bis der Kunde die Rechnung begleicht. Dies führt zu einer verminderten Liquidität, die zukünftig durch einen Liquiditätskredit ausgeglichen wird.

c) Leistungs- und prozessorientierte Risiken

Um die ausgewogene Entwicklung (Erlös wie Aufwand) zu monitoren, werden sowohl die Erlöse – für alle Geschäftsarten getrennt und insgesamt – als auch die Aufwände – nach Kostenstellen und insgesamt - reportet und komprimiert in den Organen (Vorstand und Aufsichtsrat) berichtet. Den gängigen Risiken wird mit entsprechenden Maßnahmen entgegengetreten.

d) Rechtsrisiken

Die Rechtsrisiken lassen sich in die Bereiche allgemeine Rechtsrisiken und vergaberechtliche Risiken gliedern:

- *allgemeine Rechtsrisiken*

Unter die allgemeinen Rechtsrisiken lassen sich Rechtsstreitigkeiten und andere Konflikte fassen, die evtl. in einer gerichtlichen Auseinandersetzung enden. Derzeit sind keine Rechtsrisiken erkennbar und keine Streitfälle anhängig. Es besteht über die übliche Betriebshaftpflichtversicherung hinaus ein Versicherungsschutz, der auch Schäden im Leistungsaustausch der Mitglieder untereinander abdeckt.

- *vergaberechtliche Risiken*

Zur Absicherung der Geschäftstätigkeit der ProVitako wurde ein externes Rechtsgutachten erstellt, das die einzelnen Geschäftsarten aus vergaberechtlicher Sicht beurteilt.

Die Genossenschaft ProVitako schreibt den Bezug von Leistungen europaweit aus. Bei diesen Ausschreibungsprozessen besteht seitens der Anbieter ein Nachprüfungs- bzw. nachgelagert ein Klagerecht bei vermuteten Rechtsverstößen im Zuge von Vergabeentscheidungen. Derartige Nachprüfungsverfahren gehen mit entsprechenden finanziellen Aufwänden für erforderliche Rechtsberatungen einher. ProVitako sichert dieses Risiko durch eine umfassende juristische Begleitung der Vergabeverfahren ab und reduziert auf diesem Wege das Risiko für die Genossenschaft. Durch dieses Vorgehen entsteht eine juristische Qualitätssicherung, die jedoch nicht zu einer abschließenden Rechtssicherheit führt.

Ein geringes vergaberechtliches Risiko besteht aufgrund der privaten Mitgliedschaft von Vorstandsmitgliedern. Dieses Risiko wird als gering angesehen, da die Mitgliedschaft nur der Bestellung als Vorstand dient und keinerlei anderweitige Nutzung von Leistungen der Genossenschaft bestehen.

Die Genossenschaft agiert im Umfeld der Leistungsaustauschbeziehungen gegenüber ihren Mitgliedern im Rahmen von Inhousegeschäften. Dieses Privileg der vergabefreien Beschaffung unterliegt immer wieder einer Prüfung durch den Gesetzgeber und die Nachprüfungsinstanzen.

ProVitako übernimmt hier die Aufgabe, Anbieter und Nachfrager zusammen zu bringen und unterstützt dabei, Leistungsangebote zu definieren und zu bündeln. Spezialisierungen werden möglich und Kompetenzen gebündelt. Die Idee des Inhouse-Leistungsaustauschs findet Zuspruch bei den Genossenschaftsmitgliedern und dieser positive Trend setzt sich auch in 2024 fort.

Aufgrund der geänderten Rechtslage hat ProVitako im Zuge der Überprüfung der Geschäftstätigkeit diesen Bereich neu strukturiert und agiert nunmehr mittels Rahmenverträgen zu den Mitgliedern. Dieser neue Weg ist aus Sicht der Rechtsberatung mit der aktuellen Rechtslage konform und wird von uns weiterhin beobachtet.

Derzeit findet unter dem Titel der Vergaberechtsmodernisierung eine Neugestaltung der Rahmenbedingungen statt, die u.a. auch Auswirkungen auf das ProVitako Vorgehen haben kann. Die Genossenschaft beteiligt sich gemeinsam mit anderen großen IT Dienstleistern der VITAKO an dieser Diskussion und beurteilt die Situation gemeinsam mit der externen Rechtberatung.

- *Gesamtbild der Risikolage*

In Kenntnis der beschriebenen Risiken und auf Basis der mittelfristigen Planung sieht der Vorstand gegenwärtig keine gravierenden Gefährdungen für die künftige Entwicklung, die einzeln oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken zu einer dauerhaften oder bestandsgefährdenden Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen können.

Prognosebericht

Die Chancen der Genossenschaft liegen in folgenden Bereichen:

1. Begründet durch den Mitgliederzuwachs wie auch die weiterhin steigende Beteiligung der Mitglieder an den Beschaffungsvorhaben können Ausschreibungen mit immer höheren Volumina am Markt platziert werden, die auf Grund der hohen Volumina zu besseren Einkaufskonditionen führen und so den wirtschaftlichen Effekt für die Mitglieder steigern. Der Vorstand wirbt aktiv um das Mitmachen bei Beschaffungsvorhaben und richtet das Portfolio der Genossenschaft kontinuierlich anhand der Erwartungen und den Bedürfnissen der Mitglieder aus. Aus der steigenden Mitmachquote resultiert perspektivisch ein höheres Abrufvolumen und damit verbunden eine verbesserte Margenentwicklung.

2. In der Vergangenheit wurde für die Genossenschaft eine Konzeption zur Einführung eines digitalen Marktplatzes erarbeitet und erprobt. Zwischenzeitlich ist der ProVi-Marktplatz an die Mitglieder ausgerollt – er umfasst das Bedarfsmanagement, zur Erhebung der Beschaffungsbedarfe für Rahmenverträge, sowie das Einkaufsmanagement zum Abruf (Bestellung) der IT-Produkte aus den Rahmenverträgen.

Mit der Nutzung ProVi-Marktplatzes über alle Beschaffungsebenen hinweg entsteht eine deutlich engere Verzahnung der Genossenschaft mit den Bedarfsträgern, die in der Folge die Beschaffung deutlich optimiert und die Zusammenarbeit dauerhaft stärken wird. Mit dem ProVi-Win-Modell stellt ProVitako ihren Mitgliedern zudem eine Option zur Nutzung des Marktplatzes für eigene Zwecke und zur durchgängigen digitalen Abbildung der Beschaffungsprozesse bereit. Dieses wird perspektivisch die wirtschaftlichen Ergebnisse der Genossenschaft verbessern.

3. Aus der ganzheitlichen Gestaltung des Beschaffungssystems der ProVitako werden neue Geschäftsarten erschlossen. Es besteht die Möglichkeit ad hoc Bedarfe direkt bei der ProVitako aus den bestehenden Rahmenverträgen zu beschaffen; die ProVitako wird hier in der Rolle des Enablers tätig und ermöglicht dem Mitglied den Bezug der verfügbaren IT-Produkte (Streckengeschäft). Diese Geschäftsart ist außerordentlich erfolgreich und wird sich auch im Jahr 2025 weiter positiv entwickeln.

Die „mitlernende-Option“ bei langlaufenden Rahmenverträgen, die Entwicklungen, die eng mit den Rahmenvertragsprodukten einhergehen, aufnimmt und den Bezug dieser Produkterweiterungen/-ergänzungen im Zuge von Fulfillmentvereinbarungen an den bestehenden Rahmenvertrag koppelt, konnte erfolgreich ausgeweitet werden; hier wird eine weiterhin steigende Nachfrage gesehen.

Mit dem ProVi-Marktplatz wird der Beschaffungsprozess digitalisiert und eine weitere Beschaffungsoption bereitgestellt. Der sogenannte Best-Preis-Katalog eröffnet die Möglichkeit einen Preisvergleich über mehrere von den IT-Systemhäusern bereitgestellten Zubehör-Katalogen (C-Artikel) zu nutzen um Angebotsvergleiche mit Dokumentation der Vergabeentscheidung durchzuführen. Damit entsteht ein schlanker Beschaffungsprozess für C-Artikel, der vergabekonform ist und den besten Preis gewährleistet. Die Nutzung dieses Beschaffungsweges wird immer wieder nachgefragt und bildet eine große Chance für die Genossenschaft in ihrem Angebotsportfolio. An der Umsetzung dieser Möglichkeit wird mit Hochdruck gearbeitet, um diese in 2025 verfügbar zu machen.

Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet der Vorstand einen weiteren Zuwachs in den unterschiedlichen Geschäftsarten, die zu höheren Margen führen werden. Insgesamt ergeben sich für das Geschäftsjahr 2025 geplante Umsatzerlöse in Höhe von 35.299.220,49 €. Darin ist ein Materialanteil von 30.646.230,38 € enthalten. ProVitako plant somit einen Rohertrag in Höhe von 4.652.990,11 € (Vj. 3.045.447,33 €). Beim Jahresergebnis (vor Steuern, Prämien und Rücklagen) planen wir für 2025 mit einem Erlös in Höhe von 170 T€. Die aktuellen Werte nach Q1/2025 sind plankonform.

3.4 Komm24 GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Komm24 mit Sitz in Dresden (HRB 39020). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2024 einen Anteil von 20 %.

3.4.1 Beteiligungsübersicht

<i>Name:</i>	<i>Komm24 GmbH</i>
<i>Anschrift:</i>	<i>Blasewitzer Straße 41 01307 Dresden</i>
<i>Telefon:</i>	<i>0351 21391030</i>
<i>Homepage:</i>	<i>www.komm-24.de</i>
<i>Rechtsform:</i>	<i>Gesellschaft mit beschränkter Haftung</i>
<i>Stammkapital:</i>	<i>25.000 EUR</i>
<i>Anteil KISA:</i>	<i>5.000 EUR (20 %)</i>

Unternehmensgegenstand:

Die Komm24 GmbH ist eine im Jahr 2019 gegründete gemeinsame Tochter der kreisfreien Städte Chemnitz und Dresden, der Lecos GmbH sowie dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) und hat laut Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2019 den Unternehmenszweck, gemeinsame Vorhaben der sächsischen Kommunen, insbesondere zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der E-Government-Gesetze des Bundes sowie des Freistaates Sachsen zu realisieren sowie andere IT-Leistungen für ihre Gesellschafter zu erbringen.

Das Geschäft der Komm24 war 2024 im Gegensatz zu den Vorjahren weniger geprägt durch die Erst- und Weiterentwicklung von Online-Antragsassistenten. Während es noch im Geschäftsjahr 2023 67 neue Anträge waren, wurden im vergangenen Geschäftsjahr lediglich 19 Antragsassistenten fertig gestellt. Ein wesentlicher Schwerpunkt waren Projekte zu begleitenden Aktivitäten zur Einführung von EfA-Leistungen, wobei es hier zu Anfang des Jahres eine hohe Erwartungshaltung gab, die am Ende nur teilweise eingetreten war. Das Geschäft der Komm24 war auch zunehmend von der Weiterentwicklung bestehender Antragsassistenten geprägt, da sich hier in den vergangenen Jahren ein erheblicher Backlog gebildet hatte. Es wurde auch zunehmend Augenmerk auf solche Themen wie End-to-End Lösungen, Automatisierung von Verwaltungsvorgängen sowie auf eine größere Flächendeckung und Nutzung der Anträge gelegt. Alle Leistungen im Geschäftsfeld OZG wurden im Auftrag der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) erbracht. Die Leistungserbringung für das Rollout, dem Betrieb und dem Support erfolgte vollständig und für die Erst- und Weiterentwicklung größtenteils durch die Gesellschafter der

Komm24 als Subunternehmer. Die hierfür notwendige übergreifende Steuerung aller Leistungen sowie die Buchhaltung und das Controlling wird durch die Komm24 selbst übernommen.

Darüber hinaus betreibt die Komm24 noch das Geschäftsfeld der Leistungsvermittlung in der Rolle als Vermittler von Verträgen zwischen den Gesellschaftern zur Erbringung verschiedener Leistungen.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2024 hatte die Komm24 fünf Mitarbeiter (inkl. Geschäftsführer) und einen Werkstudenten.

Die Komm24 hat ihren Sitz in Dresden und keine weiteren Standorte.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden vier reguläre und eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung sowie zwei Versammlungen der Gesellschaftervertreter statt.

3.4.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Komm24 liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €

3.4.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

Komm24 GmbH	Ist 2022 in T€	Ist 2023 In T€	Ist 2024 In T€
Umsatz	4.643	5.475	5.491
Bestandsveränderungen	-7	80	-80
sonstige Erträge	16	10	17
Materialaufwand	3.839	4.344	4.398
Personalaufwand	332	663	566
Abschreibungen	47	2	491
sonst. Aufwand	149	289	217
Zinsen / Steuern	90	83	82
<u>Ergebnis</u>	<u>195</u>	<u>184</u>	<u>165</u>
<u>Bilanzsumme</u>	<u>1.450</u>	<u>1.781</u>	<u>2.169</u>

3.4.4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2024 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Deutschland nimmt im europäischen Rahmen bei der Verwaltungsdigitalisierung Platz 23 von 27 Ländern ein, hinter Griechenland und vor der Slowakei, Italien, Zypern und Rumänien.¹

Diese schlechte Position Deutschlands kommt nun zunehmend auch in der Bundes- und Landespolitik ins Bewusstsein. Das OZG Änderungsgesetz wurde endgültig am 14. Juni 2024 durch Bundestag und Bundesrat beschlossen. Wesentliche Änderungen sind unter anderem die Einführung einer DeutschlandID (Weiterentwicklung der BundID), die Durchsetzung des Once Only Prinzips sowie die Verpflichtung des Bundes, verbindliche Standards und Schnittstellen festzulegen. Nach spätestens fünf Jahren sollen alle unternehmensbezogenen Verwaltungsleistungen elektronisch angeboten werden.

Im Auftrag des Sächsischen Städte- und Gemeindetages wurde 2024 ein Governance-Check durchgeführt, um nach Wegen zu suchen, wie durch eine Bündelung der Ressourcen und des Knowhows der kommunalen IT-Dienstleister und Stakeholder die Verwaltungsdigitalisierung in Sachsen noch schneller und effizienter vorangetrieben werden kann. Im Ergebnis entstand der Vorschlag, dass sich die wesentlichen kommunalen IT-Dienstleister unter dem Schirm einer zu gründenden Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) in einer gemeinsamen Struktur wiederfinden und operativ gesteuert werden sollen. Die Gründung einer entsprechenden AöR hat auch im Koalitionsvertrag der Sächsischen CDU und SPD Eingang gefunden.² Im Koalitionsvertrag wird weiterhin ausgeführt, dass „bis 2030 sämtliche Verwaltungsleistungen im Freistaat Sachsen online zugänglich“ gemacht werden sollen.

Der Beschluss zu tiefgreifenden Maßnahmen und Änderungen zum Aufbau einer digitalen Verwaltung ist grundsätzlich der richtige Weg. Jedoch wird dieser Weg ein sehr langer sein, denn eine Koordination der vielen Stakeholder im Rahmen einer föderalen Struktur sowie zahlreiche juristische und verwaltungsrechtliche Vorschriften stellen ein nicht unerhebliches Hindernis für eine schnelle Umsetzung dar.³ Auch die Einführung von neuen Standards und Schnittstellen bringt teilweise erhebliche Umstellungsaufwände bestehender Systeme mit sich.

¹ „Mehr Wettbewerb in der Verwaltungsdigitalisierung“ Studie des Kronberger Kreises 74 2024 ISBN: 3-89015-137-X

² „Mutig neue Wege gehen. In Verantwortung für Sachsen.“ Koalitionsvertrag für die 8. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages 2024 bis 2029 Seite 54

³ Siehe auch: „20 Thesen zur digitalen Zeitenwende in Deutschland (Dresdner Forderungen 2.0)“ Gesellschaft für Informatik, Fachgruppe Verwaltungsinformatik (FG VI) Oktober 2024

Geschäftsverlauf und Lage

Im Geschäftsjahr 2024 konnte die Komm24 insgesamt 19 neue Online-Antragsassistenten fertig stellen. Mit 43 bestehenden Antragsassistenten, welche 2024 weiterentwickelt wurden, konnte die Usability und die Aktualität wesentlich verbessert werden. Hervorzuheben ist auch die Weiterentwicklung des Wohngeldantrages, mit 15.337 Aufrufen in 2024 der meistgenutzte Online-Antrag der Komm24, welcher nun fast alle Wohngeldanträge und Wohngeldfolgeanträge unterstützt.

In einigen Projekten wurden insgesamt 4 EfA-Leistungen mit teilweise mehreren Online-Anträgen, bei denen eine Nutzung im Freistaat erwogen wird, analysiert auf die Verfügbarkeit, Anwendbarkeit und entstehenden Kosten in Sachsen. Zur Unterstützung für eine Entscheidungsfindung bei den Kommunen zur Nutzung von EfA-Leistungen wurden 30 Steckbriefe auf www.saechsisch-direkt.de veröffentlicht.

Zur Verbesserung der Nutzbarkeit wurden 2024 10 Antragsassistenten an die Basiskomponente ePayBL angeschlossen, so dass nun ein Zahlungsverkehr über den Online-Antrag möglich ist.

Das bereits 2023 entwickelte Konzept für eine automatische Bereitstellung der Online-Antragsassistenten auf Amt24 wurde 2024 aufgrund hoher Komplexität und der Abhängigkeit von Dritten nur teilweise umgesetzt. Die Arbeiten hierzu werden im laufenden Geschäftsjahr fortgesetzt und abgeschlossen. Das Produkt- und Servicemanagement wurde umgebaut, sowohl auf den Webseiten von Sächsisch Direkt als auch von Komm24 gibt es nun übersichtliche Produktseiten zu allen Online-Antragsassistenten mit allen notwendigen fachlichen und technischen Informationen. Die Bestellung eines neuen Antrags durch die Kommune wurde sehr stark vereinfacht, mit nur wenigen Mausklicks wird der Bereitstellungsprozess bei KISA ausgelöst.

Im Jahr 2024 standen für den Betrieb, dem Rollout, und dem Support und Service ein Budget von 2,4 Mio. Euro (Brutto) zur Verfügung. Diese Leistungen wurden von den Gesellschaftern und Dienstleistern Lecos GmbH und KISA vollständig übernommen. Die Qualität der Serviceleistungen konnte 2024 wesentlich verbessert werden. Mit insgesamt 266 neu ausgerollten Online-Anträgen für sächsische Kommunen wurde ein gutes Ergebnis, aber noch nicht der angestrebte Durchbruch erreicht.

a) Ertragslage

Die Komm24 hatte im Jahr 2024 zwei wesentliche Geschäftsfelder. Die Leistungsvermittlung zwischen den Gesellschaftern, die über die Komm24 im Inhouse-Verfahren Verträge abschließen können und die Umsetzung von OZG-Projekten, beauftragt durch die SAKD.

Der Umsatz im Geschäftsfeld Leistungsvermittlung betrug 2024 1.658 TEuro (Plan: 1.375 TEuro) mit einem Rohertrag von 62,8 TEuro (Plan 56 TEuro). Die Umsatzabweichung ergibt sich aus höheren Umsätzen aus den Verträgen zum Sächsischen Melderegister, dem elektronischen Kommunalarchiv und dem Dokumenten-Managementsystem VIS. Auf diese Umsätze hat die Komm24 keinen Einfluss. Im Jahr 2024 kamen im Geschäftsbereich Leistungsvermittlung keine wesentlichen neuen Verträge hinzu.

Im Geschäftsfeld OZG konnte für die Erst- und Weiterentwicklung im Jahr 2024 ein Umsatz von 2.319 TEuro (Plan: 2.488 TEuro) erzielt werden. Die geringeren Umsätze sind einerseits mit einem

geringeren Auftragseingang (verzögerte Klärung zur Beauftragung von Analysen zu EfA-Leistungen) im ersten Halbjahr 2024 zu erklären, andererseits hatte die Komm24 im Geschäftsjahr 2024 drei Mitarbeiter verloren, was die Kapazitäten zur Umsetzung von Projekten verringerte.

Die bezogenen Leistungen für die Erst- und Weiterentwicklung lagen mit 1.386 TEuro ebenso unter Plan (1.729 TEuro). Trotz geringerem Umsatz wird hier eine größere Rohmarge als geplant erzielt, aufgrund von anteilig höheren Eigenleistungen, sowie einigen Festpreisprojekten aus 2023, die noch Anfang 2024 abgerechnet wurden.

Beim OZG-Betrieb liegen die Umsatzerlöse mit 1.515 TEuro leicht unter Plan (1.624 TEuro), es wurden durch den Dienstleister weniger Tickets abgerechnet als geplant. Die bezogenen Leistungen für den OZG-Betrieb sind adäquat zum Umsatz mit 1.415 TEuro auch etwas unter Plan (1.452 TEuro).

Der Gesamtumsatz für 2024 liegt mit 5.491 TEuro fast genau im Plan (5.488 TEuro).

Im Jahr 2024 wurden 200 TEuro Eigenmittel geplant für Leistungen der Komm24 zur Geschäftsentwicklung im Wesentlichen zur Einführung einer automatisierten Bereitstellung von Online-Antragsassistenten. Von diesen geplanten 200 TEuro wurden in Geschäftsjahr 2024 ca. 99 TEuro in Anspruch genommen.

Die Personalkosten der Komm24 im Jahr 2024 liegen mit 565 TEuro erheblich unter Plan (713 TEuro), begründet durch den Weggang von drei Mitarbeitern im Laufe des Jahres 2024.

Die sonstigen betrieblichen Aufwände sind mit 217 TEuro (Plan: 213 TEuro) höher als geplant, im Wesentlichen begründet durch weniger Ausgaben im Marketing, Rechts- und Beratungskosten und der Personalbeschaffung, die jedoch die periodenfremden Aufwendungen nicht kompensieren konnten.

Durch die geringeren bezogenen Leistungen bei den OZG-Projekten, den geringeren Personalkosten, weniger Eigenmittelverwendung und eingesparten sonstigen betrieblichen Aufwänden liegt das Ergebnis der Geschäftstätigkeit mit 164,6 TEuro 302,8 TEuro über Plan (-138,2 TEuro).

b) Finanzlage

Die Finanzlage wird als gut eingeschätzt. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr 164,3 TEuro.

Der Gesamtcashflow beträgt 163,9 TEuro.

c) Vermögenslage

wesentliche Bilanzposten

Aktiva	TEuro
kurzfristige Vermögenswerte	1.661,6
liquide Mittel	501,1
Rechnungsabgrenzungsposten	6,4
Passiva	
Eigenkapital	693,5
Rückstellungen	204,7
kurzfristige Verbindlichkeiten	1.270,8
Bilanzsumme	2.169,0

Das gesamte Eigenkapital beläuft sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 693,5 TEuro. Die Eigenkapitalquote liegt bei 32,0 % (Vorjahr: 29,7 %).

Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als stabil und gesichert ein. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch die Forderungen und liquiden Mittel gedeckt.

Prognosebericht

Grundsätzlich ist die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Komm24 für das Jahr 2025 gesichert. Dies war, begründet durch die Unsicherheiten in der Haushaltslage und den Landtagswahlen noch bis September 2024 nicht klar. Die Sicherheit für Komm24 ergibt sich aus einem sehr großen Auftragsüberhang (ca. 1,5 Mio. Euro) aus dem Budget von 2024, welches bis zum 30. Juni 2025 abgearbeitet werden muss. Derzeit gibt es keine Anzeichen, dass der sächsische Doppelhaushalt 2025/2026 nicht bis ca. Mitte des Jahres verabschiedet werden kann, sodass ab dann eine Finanzierung aus dem Budget 2025 möglich ist. Entsprechende Mittel sind im Haushalt eingestellt, ein Zuwendungsvertrag hierüber wurde bereits zwischen der SAKD und der Sächsischen Staatskanzlei abgeschlossen.

Das Budget für den OZG-Betrieb wird ab 2025 zu 100% aus FAG-Mitteln bereitgestellt und ist damit unabhängig vom sächsischen Haushalt. Mit einer noch zu beschließenden Änderung des § 29 SächsFAG könnte sogar eine dauerhafte Finanzierung des OZG-Betriebs abgesichert werden.

Die Wirtschaftsplanung für 2025 sieht eine Gesamtleistung von 5.478 TEuro vor, wobei zum Zeitpunkt der Planung lediglich von einem Auftragsüberhang aus 2024 in Höhe von ca. 703 TEuro

ausgegangen wurde und damit die Umsatzerwartung für das erste Halbjahr entsprechend niedriger ausfiel. Mit dem nun vorhandenen Überhang von ca. 1.500 TEuro wird der Umsatz im ersten Halbjahr wesentlich höher ausfallen und sich damit auch ein besseres Gesamtergebnis als geplant (8,2 TEuro) ergeben.

Die Aufgaben und Projekte der Komm24 befinden sich – wie bereits im Vorjahr begonnen – im Wandel. Der Schwerpunkt liegt nicht mehr unbedingt in der Entwicklung zahlreicher neuer Online-Antragsassistenten für Amt24, sondern eher in der Schaffung durchgehender und möglichst für große wie kleine Kommunen passenden Lösungen, welche nicht nur die Online-Anträge abdecken, sondern auch greifbare Vorteile für die Kommunen bringen, wie z. B. effizientere Verwaltungsarbeit und damit Personaleinsparung. Dabei sollen die Themen End-to-End-Digitalisierung, Automatisierung von Verwaltungsvorgängen und der Einsatz von KI betrachtet werden. Schwerpunkt in der Arbeit der Komm24 werden auch Projekte sein, die den Zugang der Kommunen zu den Antragsassistenten bzw. Lösungen wesentlich zu erleichtern und einfacher gestalten.

Jedoch gibt es nach wie vor keine grundlegende konkrete Strategie, wie die Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung in Sachsen beschleunigt und effizienter gestaltet werden kann. Bei der Einführung von EfA-Leistungen für die Kommunen gab es bisher noch keine großen Fortschritte, die Verantwortungsbereiche und Zuständigkeiten sind hier sehr verteilt. Eine Konsolidierung der über 400 in den Kommunen verwendeten Fachverfahren hat noch nicht ansatzweise begonnen, die Registermodernisierung soll frühestens 2028 abgeschlossen sein (Voraussetzung für die Einführung des Once Only Prinzips). Die Unsicherheit über den Einsatz von Digitalisierungslösungen ist in den meisten Kommunen groß. Mit der angestrebten Konsolidierung der kommunalen IT-Landschaft im Ergebnis des Governance-Checks (geschätzt nicht vor 2028) wird zwar die strukturelle Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung geschaffen, es fehlt aber immer noch an einer übergreifenden Strategie.

Chancen- und Risikobericht

a) Risiken aus operativer Tätigkeit

Umfeld-/ Marktrisiken

Derzeit besteht eine große Unsicherheit über den Einsatz und die weitere Verwendung von Online-Antragsassistenten, da hier verschiedene Lösungen miteinander konkurrieren: Die Online-Anträge auf Amt24, entwickelt von Komm24, EfA-Leistungen verschiedener bundesweiter Anbieter mit verschiedenen Zuständigkeiten in Sachsen, Eigenentwicklung von Online-Anträgen durch die Kommunen auf FormCycle, einer Basiskomponente des Freistaates Sachsen oder auch Online-Lösungen von Fachverfahrensherstellern unabhängig von der sächsischen IT-Infrastruktur. Alle diese Lösungen erfordern unterschiedliche Ansätze für die technische Umsetzung, haben komplett unterschiedliche Betriebskonzepte und unterscheiden sich auch von der Administration und den Stakeholdern grundlegend. Hinderlich für eine zentrale Steuerung ist in diesem Fall die Entscheidungsfreiheit der Kommunen zum Einsatz bestimmter Lösungen.

Damit ergibt sich für Komm24 das Risiko, dass für die Zukunft nicht klar ist, ob und welche Leistungen durch die Komm24 entwickelt und angeboten werden sollen. Mittelfristig ist auch nicht

klar, welche Rolle die Komm24 in einer konsolidierten kommunalen IT-Landschaft einnehmen wird.

Risiken in den Leistungsbeziehungen

Auch mit einem verstärkten Einsatz eigener Mitarbeiter der Komm24 in den Projekten und zur Steuerung der Projekte sowie dem Produkt- und Servicemanagement gibt es nach wie vor eine starke Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der Ressourcen bei den Dienstleistern der Komm24. Die Verfügbarkeit dieser Ressourcen kann aber nur sichergestellt werden, wenn es eine verlässliche mittelfristige Planung über deren Einsatz gibt. Darüber hinaus besteht das Problem, dass durch die Änderung der Inhalte der Beauftragungen (Querschnittsprojekte, Analysen, Projekte zu anderen Themen) nicht die hierfür geeigneten Ressourcen zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus ist die Komm24 nach wie vor abhängig von einer Auftragserteilung für OZG-Projekte durch die SAKD. Es gibt zwar einen Rahmenvertrag über das gesamte, der Komm24 zur Verfügung stehende Budget, jedoch hängen die Anzahl und die Art der Einzelabrufe von einer Vielzahl an Faktoren ab.

b) Risikomanagementsystem

Alle erkennbaren Risiken für das Geschäft, der Liquidität und der Haftung werden durch den Geschäftsführer der Komm24 laufend identifiziert und in regelmäßigen Beratungen und Abstimmungen mit den Mitarbeitern der Komm24 bzw. den Geschäftsleitungen der Gesellschafter dargelegt und erforderliche Maßnahmen gemeinsam abgestimmt und festgelegt. Im Jahr 2024 wurde gemeinsam mit Führungskräften der Komm24 das bestehende Komm24 interne Risikomanagement System aktualisiert. In einer Risiko-Matrix werden die strategischen, Markt-, Finanz-, regulatorischen, Leistungs- und sonstigen Risiken betrachtet und regelmäßig angepasst. Darüber hinaus wurde in einem Dokument: „Geschäftsfortführungsplan der Komm24 GmbH 2025/2026 mit einer Risikobetrachtung“, welches zuletzt im September 2024 aktualisiert wurde, die Risiken einer fehlenden zukünftigen Finanzierung behandelt.

Das Gesamtrisiko für den generellen Fortbestand der Komm24 wird als gering eingeschätzt.

c) Chancen

Sehr viele Stakeholder im Umfeld der Verwaltungsdigitalisierung unterstützen den Kurs der Komm24 und setzen sich ebenso für eine Fortführung der Finanzierung eigenentwickelter Online-Antragsassistenten für die Kommunen ein. Komm24 ist einer der ganz wenigen sächsischen IT-Dienstleister, welcher in größerem Umfang Online-Antragsassistenten für die Kommunen anbietet und hier auch in der Lage ist, auf neue Anforderungen schnell und effizient zu reagieren. Mit der angestrebten dauerhaften Finanzierung des Betriebs der bestehenden Online-Antragsassistenten aus FAG-Mitteln ist der Fortbestand gesichert und die Akzeptanz der Kommunen würde sich signifikant verbessern.

Mit der Umsetzung der Ergebnisse des Governance Checks, könnten sich neue Möglichkeiten eröffnen, durch Zusammenschlüsse oder Änderungen in der Gesellschafterstruktur die Geschäftsfelder der Komm24 fortzuführen mit mehr Leistungsfähigkeit und als Teil einer Gesamtlösung für die Verwaltungsdigitalisierung.

d) Einschätzung

Die Perspektiven für die Entwicklung des Unternehmens sind aus Sicht der Geschäftsführung trotz der derzeit herrschenden Unsicherheiten über die weitere Strategie zur Umsetzung des OZG sowie der Umsetzung der Ergebnisse des Governance-Checks in Sachsen gut.

Die Komm24 wird mit hoher Sicherheit auch in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen in der kommunalen IT-Landschaft. Eine wichtige Rolle wird die intensive Zusammenarbeit und strategische Partnerschaft mit vor allem kommunalen Stakeholdern spielen.

Unterstützend wirkt hier auch das Geschäft der Vermittlung von IT-Leistungen zwischen den Gesellschaftern der Komm24.

3.4.5 Organe

Geschäftsführer im Geschäftsjahr 2024 war: Herr Dr. Thomas Schmidt, Dr.-Ing. Informationstechnik, Pulsnitz

Die Gesellschaft macht hinsichtlich der Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung gemäß § 285 Nr. 9a HGB von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2024 wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsvorsitzender: Herr Ulrich Hörning, 1. Bürgermeister Dezernat 1, Stadt Leipzig

Stellvertreter: Herr Andreas Bitter, Geschäftsführer KISA, Leipzig

Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Herr Thomas Weber, Direktor SAKD (bis 31.07.2024)

Herr Mischa Woitscheck, Geschäftsführer des SSG (ab 01.08.2024 bis 31.12.2024)

Herr Thomas Berndt, Direktor SAKD (ab 01.01.2025)

Herr Jan Pratzka, Beigeordneter für Wirtschaft, Digitales, Personal und Sicherheit der Landeshauptstadt Dresden

Herr Ralph Burghart, Bürgermeister Dezernat 1 der Stadt Chemnitz

4 Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2024

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
1	LRA Altenburger Land	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
2	LRA Dahme-Spreewald	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
3	LRA Erzgebirgskreis	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
4	LRA Görlitz	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
5	LRA Gotha	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
6	LRA Leipzig	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
7	LRA Meißen	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
8	LRA Nordhausen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
9	LRA Nordsachsen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
10	LRA Saale-Holzland	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
11	LRA Saale-Orla-Kreis	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
12	LRA Saalfeld-Rudolstadt	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
13	LRA Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
14	LRA Vogtlandkreis	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
15	LRA Weimarer Land	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
16	LRA Zwickau	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
17	SV Altenberg	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
18	SV Altenburg	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
19	SV Annaberg-Buchholz (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
20	SV Aue-Bad Schlema (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
21	SV Augustusburg	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
22	SV Bad Dübén	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
23	SV Bad Lausick	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
24	SV Bad Muskau	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
25	SV Bad Schandau	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
26	SV Bautzen (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
27	SV Belgern-Schildau	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
28	SV Bernstadt a. d. Eigen	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
29	SV Böhlen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
30	SV Borna (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
31	SV Brandis	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
32	SV Burgstädt	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
33	SV Chemnitz	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
34	SV Coswig (Große Kreisstadt)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
35	SV Crimmitschau	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
36	SV Dahlen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
37	SV Delitzsch (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
38	SV Dippoldiswalde (Große Kreisstadt)	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
39	SV Döbeln (Große Kreisstadt)	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
40	SV Dohna	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
41	SV Dommitzsch	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
42	SV Frankenberg/Sa.	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
43	SV Frauenstein	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
44	SV Freiberg (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
45	SV Freital (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
46	SV Gera	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
47	SV Geringswalde	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
48	SV Geyer	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
49	SV Glashütte	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
50	SV Glauchau (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
51	SV Görlitz (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
52	SV Grimma (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
53	SV Gröditz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
54	SV Groitzsch	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
55	SV Großenhain (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
56	SV Großröhrsdorf	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
57	SV Großschirma	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
58	SV Hainichen (Große Kreisstadt)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
59	SV Hartenstein	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
60	SV Hartha	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
61	SV Harzgerode	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
62	SV Heidenau	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
63	SV Hohenstein-Ernstthal (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
64	SV Hohnstein	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
65	SV Hoyerswerda (Große Kreisstadt)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
66	SV Kamenz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
67	SV Kirchberg	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
68	SV Kitzscher	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
69	SV Kölleda	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
70	SV Königstein	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
71	SV Landsberg	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
72	SV Lauter-Bernsbach	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
73	SV Leipzig	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
74	SV Leisnig	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
75	SV Limbach-Oberfrohna	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
76	SV Lommatzsch	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
77	SV Löbnitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
78	SV Markneukirchen	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
79	SV Markranstädt	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
80	SV Meerane	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
81	SV Meißen (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
82	SV Mittweida (Hochschulstadt)	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
83	SV Mügeln	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
84	SV Naumburg	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
85	SV Naunhof	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
86	SV Niesky (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
87	SV Nordhausen	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
88	SV Nossen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
89	SV Oberlungwitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
90	SV Oelsnitz/Erzgeb.	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
91	SV Ostritz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
92	SV Pegau	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
93	SV Pirna (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
94	SV Plauen (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
95	SV Pulsnitz	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
96	SV Rabenau	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
97	SV Radeberg (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
98	SV Radebeul (Große Kreisstadt)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
99	SV Radeburg	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
100	SV Regis-Breitingen	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
101	SV Reichenbach/Vogtland (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
102	SV Reichenbach/O.L.	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
103	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
104	SV Roßwein	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
105	SV Rötha	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
106	SV Rothenburg/O.L.	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
107	SV Sayda	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
108	SV Schkeuditz (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
109	SV Schöneck/Vogtl.	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
110	SV Schwarzenberg/Erzgeb. (Große Kreisstadt) f. GV Pöhl	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
111	SV Stollberg/Erzgeb.	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
112	SV Stolpen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
113	SV Strehla	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
114	SV Suhl	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
115	SV Taucha	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
116	SV Thalheim/Erzgeb.	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
117	SV Tharandt	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
118	SV Torgau (Große Kreisstadt) f. GV Pflückuff	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
119	SV Trebsen/Mulde	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
120	SV Treuen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
121	SV Waldheim	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
122	SV Weimar	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
123	SV Weißenberg	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
124	SV Weißwasser/O.L. (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
125	SV Werdau (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
126	SV Wildenfels	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
127	SV Wilkau-Haßlau	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
128	SV Wilsdruff	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
129	SV Wolkenstein	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
130	SV Wurzen (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
131	SV Zittau (Große Kreisstadt) f. GV Hirschfelde	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
132	SV Zschopau	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
133	SV Zwenkau	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
134	GV Amtsberg	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
135	GV Arnsdorf	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
136	GV Auerbach/Erzgebirge	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
137	GV Bannewitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
138	GV Belgershain	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
139	GV Borsdorf	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
140	GV Boxberg/O.L.	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
141	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
142	GV Burkau	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
143	GV Burkhardtsdorf	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
144	GV Callenberg	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
145	GV Claußnitz	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
146	GV Crottendorf	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
147	GV Cunewalde	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
148	GV Diera-Zehren	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
149	GV Doberschau-Gaußig	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
150	GV Dorfhain	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
151	GV Dürrröhrsdorf-Dittersbach	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
152	GV Ebersbach (01561)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
153	GV Elstertrebnitz	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
154	GV Eppendorf	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
155	GV Erlau	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
156	GV Frankenthal	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
157	GV Gablenz	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
158	GV Glaubitz	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
159	GV Göda	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
160	GV Gohrisch	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
161	GV Großharthau	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
162	GV Großpösna	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
163	GV Großpostwitz/O.L.	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
164	GV Großschönau	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
165	GV Grünhainichen(f. GV Borstendorf)	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
166	GV Hähnichen	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
167	GV Hartmannsdorf	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
168	GV Hartmannsdorf-Reichenau	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
169	GV Hochkirch	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
170	GV Hohendubrau	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
171	GV Kabelsketal	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
172	GV Käbschütztal	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
173	GV Klingenberg	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
174	GV Klipphausen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
175	GV Königswartha	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
176	GV Kottmar	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
177	GV Krauschwitz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
178	GV Kreba-Neudorf	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
179	GV Kreischa	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
180	GV Krostitz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
181	GV Kubschütz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
182	GV Laußig	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
183	GV Leubsdorf	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
184	GV Leutersdorf	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
185	GV Lichtenau	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
186	GV Lichtentanne	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
187	GV Liebschützberg	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
188	GV Löbnitz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
189	GV Lohsa	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
190	GV Lossatal	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
191	GV Machern	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
192	GV Malschwitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
193	GV Markersdorf	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
194	GV Mildenau	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
195	GV Mockrehna	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
196	GV Moritzburg	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
197	GV Mücka	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
198	GV Müglitztal	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
199	GV Muldenhammer	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
200	GV Neschwitz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
201	GV Neuensalz	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
202	GV Neuhausen/Erzgeb.	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
203	GV Neukieritzsch	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
204	GV Neukirch/L.	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
205	GV Neukirchen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
206	GV Niederau	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
207	GV Nünchritz	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
208	GV Obergurig	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
209	GV Oderwitz	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
210	GV Ottendorf-Okrilla	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
211	GV Otterwisch	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
212	GV Petersberg (f. VG Götschetal-Petersb.)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
213	GV Pöhl	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
214	GV Priestewitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
215	GV Puschwitz	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
216	GV Quitzdorf am See	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
217	GV Rackwitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
218	GV Rammenau	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
219	GV Rathen (Kurort)	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
220	GV Rechenberg-Bienenmühle	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
221	GV Reinhardtsdorf-Schöna	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
222	GV Reinsdorf	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
223	GV Rietschen	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
224	GV Rosenbach (f. VV Rosenbach)	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
225	GV Schleife	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
226	GV Schmölln-Putzkau	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
227	GV Schönau-Berzdorf a. d. Eigen	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
228	GV Schwepnitz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
229	GV Sehmatal	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
230	GV Steinberg	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
231	GV Steinigtwolmsdorf	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
232	GV Striegistal	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
233	GV Tannenberg	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
234	GV Taura	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
235	GV Teutschenthal (f. VG Würde/Salza)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
236	GV Trossin	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
237	GV Wachau	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
238	GV Waldhufen	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
239	GV Weinböhma	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
240	GV Weischlitz / Burgstein	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
241	GV Weißkeißel	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
242	GV Wernsdorf	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
243	GV Wiedemar	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
244	VV Diehsa	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
245	VV Eilenburg-West	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
246	VV Jägerswald	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
247	VG Kölleda	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
248	VG Oppurg	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
249	VG Triptis	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
250	Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien GmbH	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
251	ZV Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
252	Schulverband Treuener Land	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
253	AZV Elbe-Floßkanal	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
254	AZV "Gemeinschaftskläranlage Kalkreuth"	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
255	AZV „Oberer Lober“	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
256	AZV „Schöpsau“ Riet-schen	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
257	AZV „Untere Zschopau“	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
258	AZV "Unteres Pließnitz-tal-Gaule"	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
259	AZV „Weiße Elster“	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
260	AZV „Wilde Sau“ Wils-druff	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
261	ZV Abfallwirtschaft Oberes Elbtal Dresden	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
262	ZV „Parthenaue“	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
263	ZV RAVON	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
264	ZV Regionaler Pla-nungsverband Oberlau-sitz-Niederschlesien	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
265	ZV WALL	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
266	Trink-WZV Mildenaу-Streckenwalde	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
267	WAZV „Mittlere Wese-nitz“ Stolpen	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
268	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
269	Kommunaler Sozialver-band Sachsen	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
270	Kommunaler Versor-gungsverband Sachsen	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
271	Kulturbetriebsgesellschaft Meißner Land mbH	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
272	Lecos GmbH	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
273	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
274	Wasser Abwasser Betriebsgesellschaft Coswig mbH	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
275	Stiftung lebendige Gemeinde Neukieritzsch	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
276	Gesellsch.f.soziale Betreuung Bona Vita	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
Gesamt 2024:		3498	100	60.000,00 €	20.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €

Überhänge entstehen aus Rundungen und sind nicht ausgeglichen.

5.5 Anlage zu Punkt 4.5 Beteiligungsbericht SKSD für das Jahr 2024



ZUARBEIT ZUM BETEILIGUNGSBERICHT 2024

**ZWECKVERBAND
SÄCHSISCHES KOMMUNALES
STUDIENINSTITUT DRESDEN**

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht des Sächsischen Kommunalen Studieninstitutes Dresden 2024.....	3
1. Wirtschaftliche Verhältnisse.....	3
2. Vermögens- und Finanzlage	3
3. Ertragslage	4
4. Kennzahlen	4
Jahresrückblick 2024: Schwerpunkte der Arbeit des SKSD	
A. Gremienarbeit auf Landes- und Bundesebene	5
B. Publikationen.....	5
C. Geschäftstätigkeit - Lehrgänge	6
D. Geschäftstätigkeit - Seminare	6
E. Zweckverband.....	8
Beteiligungsübersicht	
A. Allgemeine Angaben	9
B. Aufgaben und Zweck	9
C. Rechtsform	9
D. Mitglieder und Organe.....	9
Anlagen	
Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Beteiligungsübersicht	

Abkürzungsverzeichnis

A I	Angestelltenlehrgang I
A II	Angestelltenlehrgang II
DbU	Dienstbegleitende Unterweisung
VFA	Verwaltungsfachangestellte
VFW	Verwaltungsfachwirte
KfB	Kaufmann/-frau für Büromanagement
AdA	Ausbildung der Ausbilder
QuadaF	Qualifizierung der ausbildenden Fachkräfte
KommBB	Kommunale/r Bilanzbuchhalter/-in
BBiG	Berufsbildungsgesetz
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement

Auszüge aus Lagebericht des Sächsischen Kommunalen Studieninstitutes Dresden 2024

1. Wirtschaftliche Verhältnisse

1.1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 des Zweckverbandes Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden wurde durch die Verbandsversammlung am 21.09.2023 beschlossen. Die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde erfolgte am 30.11.2023. Die Haushaltssatzung wurde am 11.01.2024 öffentlich bekannt gemacht und lag mit dem Wirtschaftsplan vom 16.-24.01.2024 aus.

1.2 Jahresabschluss

Die Rechtsgrundlagen für den Jahresabschluss finden sich in den §§ 24 bis 31 Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO). Darüber hinaus finden für den Jahresabschluss die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluss im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB) Anwendung.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2024 wurde aus den geführten Büchern entwickelt.

Der Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden führt das Rechnungswesen mit der Software DATEV kommunal pro nach den Grundsätzen der doppelten kaufmännischen Buchführung.

Die Bilanz ist in Kontoform aufgestellt und gemäß § 266 HGB gegliedert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und gemäß § 275 HGB gegliedert.

2. Vermögens- und Finanzlage

Aktivseite	31.12.2023	31.12.2024
	in TEUR	in TEUR
Anlagevermögen	81,6	73,9
Umlaufvermögen	1.678,5	1.732,0
Rechnungsabgrenzungsposten	4,1	4,6
	1.764,2	1.810,5
Passivseite	31.12.2023	31.12.2024
	in TEUR	in TEUR
Eigenkapital	630,3	730,5
Rückstellungen	80,4	85,3
Verbindlichkeiten	138,6	93,6
Rechnungsabgrenzungsposten	914,9	901,1
	1.764,2	1.810,5

Der **Jahresüberschuss** soll auf die laufende Rechnung vorgetragen werden.

3. Ertragslage

	31.12.2023 in TEUR	31.12.2024 in TEUR
Umsatzerlöse	2.070,9	2.001,8
sonstige betriebliche Erträge	288,6	268,4
<i>Ordentliche Erträge</i>	<i>2.359,5</i>	<i>2.270,2</i>
Materialaufwand	875,0	832,7
Personalaufwand	970,9	1.020,1
Abschreibungen	35,7	26,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	290,2	293,2
sonstige Zinsen	1,8	2,5
<i>Ergebnis nach Steuern</i>	<i>+ 189,5</i>	<i>+ 100,2</i>
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	+ 189,5	+ 100,2

Die Entgelte bilden die Haupteinnahmequelle des Institutes.

4. Kennzahlen

	31.12.2023	31.12.2024
Vermögens- und Kapitalstruktur		
Eigenkapitalanteil	35,72 %	40,35 %
Verhältnis Eigenkapital zur Bilanzsumme, der Wert sollte über 20 % liegen		
Finanz- und Liquiditätsstruktur		
Anlagendeckung II	772,32 %	988,93 %
Verhältnis Eigenkapital und langfristigen Fremdkapital zum Anlagevermögen, der Wert sollte über 100 % liegen		
Liquidität 2. Grades	258,05 %	288,16 %
Verhältnis flüssige Mittel und Forderungen zum kurzfristigen Fremdkapital, der Wert sollte über 100 % liegen		

Jahresbericht 2024: Schwerpunkte der Arbeit des SKSD

A. Gremienarbeit auf Landes- und Bundesebene

1. **Vorsitz im Berufsbildungsausschuss Sachsen** (Arbeitgebervertretung): Vertretung der Interessen der Kommunen bei Gestaltung von Lehrplänen und Prüfungsordnungen nach BBiG
2. **Vertretung der Interessen der Mitglieder des Zweckverbandes** in verwaltenden und durchführenden **Prüfungsausschüssen für gemeinsame Aufgaben Sachsen**:
 - **Verwaltungsfachwirt/-in (VFW)**,
 - Ausbildung der **Ausbilder (AdA)** und Qualifizierung der ausbild. Fachkräfte (QuadaF)
 - **Verwaltungsfachangestellte/r (VFA)**,
 - **Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement (KfB)**
3. **Bundesverband der Verwaltungsschulen und Studieninstitute (BVS)**: Bundesweite Bündelung von Fachfragen kommunaler Aus- und Fortbildung, Schwerpunkte 2024: Initiative zur Neuordnung VFA geht auf die Ebene der Tarifparteien, KI in der Lehre
4. **Leitung und Geschäftsführung des KGSt-Arbeitskreises Kommunale Fortbildung**: fachlicher Austausch zu aktuellen Themen, Benchmarking, 1. Präsenztagung nach Jahren

B. SKSD-Publikationen

1. **sächsische Lehrbriefe** in Zusammenarbeit mit dem Kommunal- und Schul-Verlag; bundesweiter Vertrieb durch den Verlag mit ISBN-Nummer; Adaption verschiedener länderspezifischer Lehrbriefe durch Bildungseinrichtungen anderer Bundesländer
 - **Neuaufgabe 2024: Sozialrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Bürgerliches Recht, Kommunale Finanzwirtschaft (Doppik)**
 - Lehrbriefe werden inzwischen auch digital verlegt, u. a. Kommunalrecht, Staatsrecht, Personalwesen und öffentliches Baurecht,
 - **Neuentwicklung** eines Lehrbriefes zum Thema „Vergaberecht“
 - **Überarbeitung** aller Lehrbriefe mit letztem Stand vor 2022 mit Ziel der Veröffentlichung in 2025
2. Weiterentwicklung der **verbindlichen Gesetzessammlung „Gesetzbuch24.de** – Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement Sachsen“; in Zusammenarbeit mit dem Boorberg-Verlag und in Abstimmung mit der Landesdirektion Sachsen
3. **VSV Sachsen**: Vertretung der kommunalen Interessen in der Redaktionsgruppe des Boorberg-Verlages

C. Geschäftstätigkeit - Lehrgänge

I Ausbildung

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 5.196 Unterrichtseinheiten im Lehrgangsbereich durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr (5.710 Unterrichtseinheiten) ist damit ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

431 Auszubildende nahmen an den Dienstbegleitenden Unterweisungen in den Ausbildungsberufen Verwaltungsfachangestellte/r und Kaufleute für Büromanagement teil (1. bis 3. Ausbildungsjahr).

II Fortbildung

- 229 Fortbildungsteilnehmende (Vgl. Vorjahr 309)**
- nach dem erfolgreichen Abschluss der Angestelltenlehrgänge II zum/zur Verwaltungsfachwirt/-in (Diplom SKSD) Befähigung für weiterführende **Bachelor- und Master-Studiengänge**
- Angestelltenprüfungen I und II**
 - 2 Sitzungen des Prüfungsausschusses SKSD
 - AI-Prüfung: 13 TN, 10 bestanden, 1 x gut
 - All-Prüfung: 34 TN, 28 bestanden, 7 x gut

Prüfungen für die Qualifizierung der ausbildenden Fachkräfte (QuadaF) werden ab 2025 nicht mehr durch die Landesdirektion Sachsen durchgeführt. Für den Erlass entsprechender Prüfungsregelungen, die dann nicht auf den Vorschriften des Berufsbildungsgesetzes beruhen, besitzt das SKSD aufgrund seiner Satzungshoheit eine eigene Ermächtigungsgrundlage. Das SKSD hat in der Verbandsversammlung am 26.09.24 eine eigene Prüfungsordnung erlassen und nimmt seit 1. Oktober 2024 die Prüfung in diesem Bereich ab.

D. Geschäftstätigkeit - Seminare

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 715 Seminartage durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr (742 Seminartage) ist damit auch ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

I Offene Seminare

Das Web-Seminar verliert zunehmend Interessenten, es werden wieder mehr Präsenzseminare gebucht.

Außerdem führt es sich fort, dass Haushaltsprobleme der Verwaltung sich sofort auf das Anmeldeverhalten zu Veranstaltungen auswirkt.

Anzahl Veranstaltungen	2022	2023	2024
Präsenz-Seminare	192	260	276
Web-Seminare	157	138	96

II Inhouseveranstaltungen

Auch im Jahr 2024 hat der Inhouse-Bereich bedeutende Fortschritte im Kundenservice erzielt. Die Anpassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) wurde erfolgreich umgesetzt und hat sich als vorteilhaft erwiesen. Kostenvoranschläge wurden in der Regel innerhalb eines Tages versendet, was zu einer schnellen Rückmeldung für die Verwaltungen führte und die Budgetprüfung seitens des Amtes immens erleichterte. Die Auftragsicherung konnte somit mit weniger Aufwand im Vorfeld erfolgen, was die Effizienz erheblich steigerte.

Ein wachsender Bedarf an Führungskräfteentwicklungen wurde festgestellt. Aufgrund der Haushalts-situation in den Verwaltungen konnte dieser jedoch nicht in vollem Umfang gedeckt werden. In-house-Veranstaltungen wurden vorrangig nach fachlicher Relevanz gebucht, wobei darüber hinaus Themen wie „Deeskalation“ und „Schutz vor Gewalt“ besonders nachgefragt wurden.

Die Kombination von Präsenz- und Online-Veranstaltungen wurde weiterhin positiv wahrgenommen, auch wenn es Herausforderungen insbesondere bei Führungskräfte- und Kommunikationsthemen gab, welche im Online-Format nicht optimal umsetzbar sind.

Die Entwicklung der durchgeführten Inhouseseminartage spiegelt sich in folgenden Zahlen wieder:

<u>Inhouseseminare</u>	<u>Führungskräfteentwicklung</u>
2023: 138,3	2023: 133,6
2024: 162 (Plan 190)	2024: 113 (Plan: 130)

Im Bereich Coaching und Beratung konnten die Prozessabläufe an den Inhouse-Bereich angepasst werden, was ebenfalls zu einer Effizienzsteigerung führte. Dieses Format wurde zwar zurückhaltend gebucht, die Erfahrungen wurden jedoch als sehr positiv und zielführend beschrieben.

Der SKSD-Infotag, welcher jährlich den Auftakt ins neue Jahr darstellt, wurde sehr gut angenommen und als äußerst positiv bewertet. Besonders der neue Programmpunkt „Moderierter Erfahrungsaustausch“ fand großen Anklang. Die Organisation wurde allgemein sehr gelobt, während eine verbesserte Kommunikation bezüglich des Parkens als Kritikpunkt geäußert wurde. Dieser wurde im Rahmen des Qualitätsmanagements zwecks Organisation der weiteren Info-Tage berücksichtigt.

Das Sächsische Bürgermeisterwochenende, das den Bürgermeister:innen Raum zur Reflexion bietet und Impulse aus der inhaltlichen und methodischen Arbeit liefert, wurde erfolgreich organisiert und durchgeführt. Hierbei wurden insbesondere die reibungslose Organisation, die Kompetenz der Dozent:innen sowie der Austausch unter den Teilnehmer:innen positiv hervorgehoben.

E. Zweckverband

1. Die 21. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung trat am 01.01.2024 in Kraft. Als neue Mitglieder wurden Stadt Riesa und Gemeinde Jahnatal aufgenommen.
2. Der **Jahresabschluss 2023** wurde **nach § 32 SächsEigBV** durch die LiSKA Treuhand GmbH geprüft und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.
3. Der **Jahresabschluss 2023** wurde **nach § 105 SächsGemO** durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Meißen geprüft.
4. **Gremiensitzungen 2024**

Verbandsversammlung	26. September 2024
Verwaltungsrat	20. Juni 2024
Prüfungsausschuss	27. März 2024, 25. September 2024
5. Als neuer **Zweckverbandsvorsitzender** wurde Herr Peter Mühle, Bürgermeister, Neustadt in Sachsen, als neuer **2. Stellvertretender Vorsitzender** wurde Herr Dr. Sven Mißbach, Oberbürgermeister, Stadt Großenhain und als neues Mitglied im **Verwaltungsrat** wurde Frau Dr. Anita Maaß, Bürgermeisterin, Stadt Lommatzsch gewählt.

Beteiligungsübersicht

A. Allgemeine Angaben

Anschrift	Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden (KÖR) An der Kreuzkirche 6 01067 Dresden
Telefon	0351 43835-12
E-Mail	sekretariat@sksd.de
URL	www.sksd.de

B. Aufgaben und Zweck

Dem Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden obliegt die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten der Verbandsmitglieder u. a. einschließlich der Abnahme der Prüfungen sowie die Vertretung der Kommunen in Fachgremien der Aus- und Weiterbildung.

Der Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden unterstützt die Verwaltungen in Landkreisen, Gemeinden, Zweckverbänden, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen und privaten Rechts in Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung durch Beratung in personalwirtschaftlicher Hinsicht sowie durch Konzeption und Durchführung von Bildungsveranstaltungen.

Der Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden konzipiert entsprechend den jeweils aktuellen Entwicklungen in den Kommunen Personalentwicklungsangebote. Zur Erweiterung des Angebotsspektrums werden permanent neue Themen und Arbeitsformen entwickelt.

C. Rechtsform

Das Sächsische Kommunale Studieninstitut Dresden ist als Zweckverband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und nimmt seine Aufgaben in Selbstverwaltung wahr. Sitz des Zweckverbandes ist Dresden.

D. Mitglieder und Organe

Organe des Zweckverbandes Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden sind

- Verbandsversammlung
- Verbandsvorsitzender
- Verwaltungsrat

Verbandsversammlung

Jedes Mitglied des Zweckverbandes hat eine Stimme, Mitglieder mit mehr als 100 Beschäftigten haben zwei Stimmen, mit mehr als 200 Beschäftigten drei Stimmen, mit mehr als 500 Beschäftigten haben fünf Stimmen, mit mehr als 1.000 Beschäftigten zehn und mehr als 5.000 Beschäftigten zwanzig Stimmen.

Mitglieder des Zweckverbandes zum 31.12.2024 sind die

Landkreise	Bautzen, Görlitz, Meißen, Nordsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Städte	Altenberg, Bautzen, Brandis, Coswig, Landeshauptstadt Dresden, Görlitz, Großenhain, Großröhrsdorf, Heidenau, Hoyerswerda, Kamenz, Löbau, Lommatzsch, Neustadt in Sachsen, Niesky, Nossen, Radeberg, Radeburg, Reichenbach/O.L., Riesa, Rothenburg/O.L., Sebnitz, Seifhennersdorf, Stolpen, Weißwasser
Gemeinden	Arnsdorf, Bobritzsch-Hilbersdorf, Dürrröhrsdorf-Dittersbach, Großpostwitz, Halsbrücke, Jahnatal, Klipphausen, Mittelherwigsdorf, Moritzburg, Ottendorf-Okrilla, Rietschen, Schleife, Wachau
Verwaltungsverbände	Am Klosterwasser Weißer Schöps/Neiße Abwasserzweckverband Weißer Schöps Kommunaler Versorgungsverband Sachsen
Verbandsvorsitzender	Torsten Pötzsch, Oberbürgermeister, Stadt Weißwasser/O.L. (bis 26.09.2024, bis 11:30 Uhr) Peter Mühle, Bürgermeister, Stadt Neustadt in Sachsen (ab 26.09.2024, ab 11:30 Uhr)
1. Stellv. Vorsitzender	Jan Pratzka, Beigeordneter, Landeshauptstadt Dresden
2. Stellv. Vorsitzender	Peter Mühle, Bürgermeister, Stadt Neustadt in Sachsen (bis 26.09.2024, bis 11:30 Uhr) Dr. Sven Mißbach, Oberbürgermeister, Stadt Großenhain (ab 26.09.2024, ab 11:30 Uhr)
Verwaltungsrat	
<u>Vorsitzender:</u>	Torsten Pötzsch, Oberbürgermeister, Stadt Weißwasser/O.L. (bis 26.09.2024, bis 11:30 Uhr) Peter Mühle, Bürgermeister, Stadt Neustadt in Sachsen (ab 26.09.2024, ab 11:30 Uhr)

Mitglieder:

Roland Dantz, Oberbürgermeister, Stadt Kamenz
Marion Franz, Beigeordnete, Stadt Heidenau
Jan Pratzka, Beigeordneter, Landeshauptstadt Dresden
Peter Mühle, Bürgermeister, Stadt Neustadt in Sachsen
(bis 26.09.2024, bis 11:30 Uhr)
Stefan Schneider, Bürgermeister, Stadt Großröhrsdorf
Dr. Sven Mißbach, Oberbürgermeister, Stadt Großenhain
Dr. Anita Maaß, Bürgermeisterin, Stadt Lommatzsch
(ab 26.09.2024, ab 11:30 Uhr)

Geschäftsführerin

Gesine Wilke

Stellv. Geschäftsführer

Steffen Pluntke (ab 01.08.2024)

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

**Sächsisches Kommunales
Studieninstitut Dresden****Dresden**

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		2.001.761,09	2.070.932,17
2. Gesamtleistung		2.001.761,09	2.070.932,17
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	14.746,41		494,50
b) übrige sonstige betriebliche Erträge	<u>253.612,16</u>		<u>288.128,92</u>
		268.358,57	288.623,42
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen		832.691,34	874.983,94
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	827.028,71		763.505,16
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	193.050,32		207.350,17
- davon für Altersversorgung EUR 33.876,76 (EUR 30.734,69)			
		<u>1.020.079,03</u>	<u>970.855,33</u>
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		26.547,74	35.785,62
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Raumkosten	141.255,68		141.226,43
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	12.862,19		11.292,69
c) Reparaturen und Instandhaltungen	49.438,12		49.522,42
d) Werbe- und Reisekosten	23.948,92		25.785,01
e) Kosten der Warenabgabe	456,96		0,00
f) verschiedene betriebliche Kosten	63.404,96		60.507,97
g) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	11,00		782,00
h) Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellung in die Wertberichtigung zu Forderungen	258,75		783,55
i) übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>1.543,30</u>		<u>352,76</u>
		293.179,88	290.252,83
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.568,68	1.868,29
9. Ergebnis nach Steuern		100.190,35	189.546,16
10. Jahresüberschuss		100.190,35	189.546,16

Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden

Beteiligungsquoten der Mitglieder per 31.12.2024 nach der Eigenkapitalspiegelmethode

Eigenkapital SKSD per 31.12.2024: 730.512,04 €

Daten nach Prüfung des Jahresabschlusses

Rechenweg Beteiligungsquote in EUR: Beschäftigte der Verwaltung / Anzahl Gesamtbeschäftigte x Eigenkapital

Rechenweg Beteiligungsquote in %: Beteiligungsquote in EUR / Eigenkapital

Nr.	V	Verwaltung	Beschäftigte lt. Stat. LA 30.06.2022	Umlage 2024	Beteiligungs- quote EUR 31.12.2024	Beteiligungs- quote % 31.12.2024	Anzahl Stimmen 2024	Anteil Stimmrecht 2024
1	Stadt	Altenberg	215	2.252,66 €	6.544,17 €	0,896%	3	2,158%
2	Verwaltungsverband	Am Klosterwasser	25	261,94 €	760,95 €	0,104%	1	0,719%
3	Gemeinde	Arnsdorf	30	314,33 €	913,14 €	0,125%	1	0,719%
4	Landkreis	Bautzen	1.930	20.221,58 €	58.745,34 €	8,042%	10	7,194%
5	Stadt	Bautzen	540	5.657,85 €	16.436,52 €	2,250%	5	3,597%
6	Gemeinde	Bobritzsch-Hilbersdorf	25	261,94 €	760,95 €	0,104%	1	0,719%
7	Stadt	Brandis	100	1.047,75 €	3.043,80 €	0,417%	1	0,719%
8	Stadt	Coswig	115	1.204,91 €	3.500,37 €	0,479%	2	1,439%
9	Landeshauptstadt	Dresden	11.345	118.867,20 €	345.319,15 €	47,271%	20	14,399%
10	Gemeinde	Dürrröhrsdorf-Dittersbach	50	523,88 €	1.521,90 €	0,208%	1	0,719%
11	Landkreis	Görlitz	1.710	17.916,53 €	52.048,98 €	7,125%	10	7,194%
12	Stadt	Görlitz	730	7.648,58 €	22.219,74 €	3,042%	5	3,597%
13	Stadt	Großenhain	135	1.414,46 €	4.109,13 €	0,562%	2	1,439%
14	Gemeinde	Großpostwitz	30	314,33 €	913,14 €	0,125%	1	0,719%
15	Stadt	Großröhrsdorf	90	942,98 €	2.739,42 €	0,375%	1	0,719%
16	Gemeinde	Halsbrücke	30	314,33 €	913,14 €	0,125%	1	0,719%
17	Stadt	Heidenau	185	1.938,34 €	5.631,03 €	0,771%	2	1,439%
18	Stadt	Hoyerswerda	335	3.509,96 €	10.196,73 €	1,396%	3	2,158%

Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden

Beteiligungsquoten der Mitglieder per 31.12.2024 nach der Eigenkapitalspiegelmethode

Eigenkapital SKSD per 31.12.2024: 730.512,04 €

Daten nach Prüfung des Jahresabschlusses

Rechenweg Beteiligungsquote in EUR: Beschäftigte der Verwaltung / Anzahl Gesamtbeschäftigte x Eigenkapital

Rechenweg Beteiligungsquote in %: Beteiligungsquote in EUR / Eigenkapital

Nr.	V	Verwaltung	Beschäftigte lt. Stat. LA 30.06.2022	Umlage 2024	Beteiligungs- quote EUR 31.12.2024	Beteiligungs- quote % 31.12.2024	Anzahl Stimmen 2024	Anteil Stimmrecht 2024
19	Gemeinde	Jahnatal	75	785,81 €	2.282,85 €	0,312%	1	0,719%
20	Stadt	Kamenz	215	2.252,66 €	6.544,17 €	0,896%	3	2,158%
21	Gemeinde	Klipphausen	175	1.833,56 €	5.326,65 €	0,729%	2	1,439%
22		KVS	120	1.257,30 €	3.652,56 €	0,500%	2	1,439%
23	Stadt	Löbau	195	2.043,11 €	5.935,41 €	0,812%	2	1,439%
24	Stadt	Lommatzsch	70	733,43 €	2.130,66 €	0,292%	1	0,719%
25	Landkreis	Meißen	1.435	15.035,21 €	43.678,53 €	5,979%	10	7,194%
26	Gemeinde	Mittelherwigsdorf	65	681,04 €	1.978,47 €	0,271%	1	0,719%
27	Gemeinde	Moritzburg	35	366,71 €	1.065,33 €	0,146%	1	0,719%
28	Stadt	Neustadt in Sachsen	135	1.414,46 €	4.109,13 €	0,562%	2	1,439%
29	Stadt	Niesky	110	1.152,53 €	3.348,18 €	0,458%	2	1,439%
30	Landkreis	Nordsachsen	1.230	12.887,33 €	37.438,74 €	5,125%	10	7,194%
31	Stadt	Nossen	160	1.676,40 €	4.870,08 €	0,667%	2	1,439%
32	Gemeinde	Ottendorf-Okrilla	175	1.833,56 €	5.326,65 €	0,729%	2	1,439%
33	Stadt	Radeberg	235	2.462,21 €	7.152,93 €	0,979%	3	2,158%
34	Stadt	Radeburg	60	628,65 €	1.826,28 €	0,250%	1	0,719%
35	Stadt	Reichenbach (O.L.)	35	366,71 €	1.065,33 €	0,146%	1	0,719%
36	Stadt	Riesa	185	1.938,34 €	5.631,03 €	0,771%	2	1,439%

Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden

Beteiligungsquoten der Mitglieder per 31.12.2024 nach der Eigenkapitalspiegelmethode

Eigenkapital SKSD per 31.12.2024: 730.512,04 €

Daten nach Prüfung des Jahresabschlusses

Rechenweg Beteiligungsquote in EUR: Beschäftigte der Verwaltung / Anzahl Gesamtbeschäftigte x Eigenkapital

Rechenweg Beteiligungsquote in %: Beteiligungsquote in EUR / Eigenkapital

Nr.	V	Verwaltung	Beschäftigte lt. Stat. LA 30.06.2022	Umlage 2024	Beteiligungs- quote EUR 31.12.2024	Beteiligungs- quote % 31.12.2024	Anzahl Stimmen 2024	Anteil Stimmrecht 2024
37	Gemeinde	Rietschen	35	366,71 €	1.065,33 €	0,146%	1	0,719%
38	Stadt	Rothenburg (O.L.)	85	890,59 €	2.587,23 €	0,354%	1	0,719%
39	Landkreis	Sächs. Schweiz/Osterzgebirge	1.115	11.682,41 €	33.938,37 €	4,646%	10	7,194%
40	Gemeinde	Schleife	65	681,04 €	1.978,47 €	0,271%	1	0,719%
41	Stadt	Sebnitz	35	366,71 €	1.065,33 €	0,146%	1	0,719%
42	Stadt	Seifhennersdorf	35	366,71 €	1.065,33 €	0,146%	1	0,719%
43	Stadt	Stolpen	35	366,71 €	1.065,33 €	0,146%	1	0,719%
44	Gemeinde	Wachau	30	314,33 €	913,14 €	0,125%	1	0,719%
45	Abwasserzweckverband	Weißer Schöps	5	52,39 €	152,19 €	0,021%	1	0,719%
46	Verwaltungsverband	Weißer Schöps/Neiße	30	314,33 €	913,14 €	0,125%	1	0,719%
47	Stadt	Weißwasser	200	2.095,50 €	6.087,60 €	0,833%	2	1,439%
	Summe		24.000	251.460,00 €	730.512,04 €	100,0000%	139	100,00000%

Stimmen:

bis 100	1
101 - 200	2
201 - 500	3
501 -1.000	5
1.001 - 5.000	10
über 5.000	20